

**Programm zur Landtagswahl
Mecklenburg-Vorpommern 2026**

in einfacherer Sprache

**Freiheit
Leistung
Erfolg**



**Du willst
was reißen?
Wir auch.**

**Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern**

FDP

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaft und Arbeit	5
Mehr Wachstum und gute Bedingungen für Unternehmen.....	6
Die Wirtschaft rund um Meer und Häfen stärken.....	8
Günstige Energie als Vorteil für unser Land.....	9
Aus Wissen sollen neue Produkte und Firmen werden.....	10
Unternehmerinnen und Unternehmer verdienen Anerkennung.....	12
Unternehmen sollen mehr selbst entscheiden.....	13
Regeln für öffentliche Aufträge einfacher machen.....	15
Industrie und neue Ideen stärken.....	17
Neue Ideen, digitale Wirtschaft und KI voranbringen.....	20
Gute Arbeit und genug Fachkräfte.....	23
Tourismus im Land zum Leben und Urlaub machen.....	26
Für eine innovative Landwirtschaft und wirksamen Umweltschutz.....	28
Mehr wirtschaftliche Chancen auf dem Land.....	29
Landwirtschaft 4.0 stärken und zur Landwirtschaft 5.0 weiterentwickeln.....	32
Wälder nachhaltig nutzen und für den Klimawandel stärken.....	34
Fischerei ist Tradition, Versorgung und nachhaltige Wirtschaft.....	35
Angler sind Naturschützer.....	36
Imkerei – Gesunde und reiche Honigernten ermöglichen.....	38
Verbraucherinnen und Verbraucher sollen selbst entscheiden.....	39
Umweltschutz ist keine Frage der Ideologie.....	41
Klimaschutz: Weltweit weniger Treibhausgase ausstoßen.....	43
Weniger Abfall und mehr Wiederverwendung.....	45
Wasser als Lebensgrundlage schützen und Schäden durch Wasser verhindern.....	47
Selbstbestimmung braucht Versorgungs-sicherheit im ganzen Land	49
Ein glückliches Leben in der Familie.....	50
Kind sein in Mecklenburg-Vorpommern.....	52
Selbstbestimmt und würdevoll im Alter leben.....	53
Im Gesundheitswesen steht der Mensch im Mittelpunkt.....	55
Gesundheit fördern und Versorgung sichern.....	56
Freie medizinische Berufe stärken.....	57
Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sichern.....	58
Beste Versorgung in Praxen und Krankenhäusern.....	61
Krankenhausversorgung in Mecklenburg-Vorpommern.....	63
Digitalisierung im Gesundheitswesen.....	65
Weniger Bürokratie im Gesundheitswesen.....	66
Barrierefreies Mecklenburg-Vorpommern.....	67
Pflege soll zu den Bedürfnissen der Menschen passen.....	69
Selbstbestimmung endet nicht mit dem Tod.....	71
Freiheit heißt auch Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt.....	72
Bürger und Staat	73
Infrastruktur – Digitalisierung – Energie	73
Eine einfache Verwaltung gibt den Menschen mehr Freiheit.....	74
Behörden müssen digital zusammenarbeiten.....	76
Schnelles Internet und digitale Angebote überall.....	79
Schnelle Netze und 5G in ganz Mecklenburg-Vorpommern.....	81
Gute Wege und gute Mobilität.....	83

Energiepolitik für die Zukunft.....	87
Straßen, Netze und Gebäude modernisieren.....	94
Finanzen und Haushalt.....	96
Solide Finanzen geben dem Land Handlungsspielraum.....	97
Steuersysteme einfacher und gerechter gestalten.....	101
Starke Städte und Gemeinden.....	105
Starke Städte und Gemeinden für Freiheit und Lebensqualität.....	106
Genug finanzieller Spielraum und ein verantwortungsvoller Haushalt.....	107
Faire und verlässliche Verteilung von Geld.....	108
Moderne, bürgernahe Verwaltung.....	109
Städte und Gemeinden sollen wirtschaftlich mit Augenmaß handeln.....	110
Beste Bildung für Mecklenburg-Vorpommern.....	112
Kinder früh fördern und allen einen fairen Start geben.....	113
Digital stark von Anfang an.....	116
Moderne Schulen braucht das Land.....	117
Gute Schulen stärken Kinder und Jugendliche.....	120
Mehr Lehrkräfte für Mathe, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.....	121
Sichere Schulen in MV: Vorbeugung statt Wegsehen.....	122
Mehr als Klassenzimmer: Lernräume für Kinder und Jugendliche.....	124
Sicher schwimmen – von Anfang an.....	126
Gute Begleitung braucht gute Ausbildung.....	127
Lehrkräfte-Ausbildung neu denken: nah an der Praxis, modern und gut für die Zukunft.....	128
Bildung, die stark macht – von Anfang an.....	129
Wirtschaft verstehen und selbstständig entscheiden können.....	130
Schule als Lebensraum – echte Chancen für jedes Kind.....	132
Motivierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer.....	133
Digitale Bildung beginnt jetzt.....	134
KI in die Schule – Für kluge Köpfe von morgen.....	136
Starke Psyche – starke Kinder.....	138
In der Schule lernen, mit Krisen umzugehen.....	139
Sicherheit erklären: Jugendoffiziere ins Klassenzimmer.....	140
Weltweit denken – europäisch handeln: Bildung verbindet.....	141
Freie Schulen als starke Partner.....	143
Kulturelle Bildung braucht Freiheit.....	144
Kulturelle Bildung ist Zukunftsbildung – Kreativität fördern, Persönlichkeiten stärken.....	145
Mehr Lehre statt Leere in der Ausbildung.....	147
Future Skills an Berufsschulen.....	150
Ausbildung schafft Chancen für die Zukunft.....	151
Studieren, Forschen, Lehren - Unser Hochschulpakt.....	152
Psychische Gesundheit hilft beim Lernen.....	154
Ja zu Kunst und Kultur – Freiheit statt Lenkung.....	155
Mecklenburg-Vorpommern – ein lebendiger Kulturraum mit Zukunft.....	156
Kultur ist digital, kreativ und voller Zukunft.....	158
Aus der Geschichte lernen und Freiheit schützen.....	159
Ehrenamt bedeutet Freiheit und eigene Verantwortung.....	160
Sport stärkt Eigeninitiative, Gemeinsinn und Fairness.....	162
Spitzensport braucht Spitzenförderung.....	164
Guter Brand- und Katastrophenschutz schützt Menschen.....	166
Rechtsstaatlichkeit.....	168
Innen und Recht.....	169
Sicherheit und Ordnung.....	170

**Du willst was reißen?
Wir auch.**

**Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern**

FDP

Cyberkriminalität bekämpfen – ohne Staatstrojaner.....	174
Unabhängige Justiz stärken.....	176
Ausbildung von Juristinnen und Juristen stärken.....	178
Datenschutz und das Recht auf die eigenen Daten.....	179
Mehr Informationsfreiheit für demokratische Kontrolle.....	181
Migration: Aufgaben und Chancen.....	182
Jeder Extremist ist Mist.....	184
Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und Europa.....	186
Freiheit der Meinung schützen.....	188
Rundfunk und Medien.....	189



Du willst was reißen?
Wir auch.

Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern

FDP

Wirtschaft und Arbeit

Mehr Wachstum und gute Bedingungen für Unternehmen

Freiheit, eigene Ideen und persönliche Verantwortung sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Nur eine starke Wirtschaft schafft Wachstum und sichere Arbeitsplätze. Sie sorgt auch für genügend Geld für Bildung, Straßen, digitale Netze und soziale Sicherheit.

Doch die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern wächst seit Jahren nicht dauerhaft. Es gibt zu wenige Investitionen. Planungen und Genehmigungen dauern zu lange. Außerdem fehlen passende Flächen für Unternehmen. Deshalb verlassen Unternehmen das Land oder investieren in anderen Regionen. Neue Arbeitsplätze entstehen nicht. Bestehende Arbeitsplätze gehen verloren. Das können wir uns nicht leisten.

Wir von der FDP wollen der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern neuen Schwung geben. Unsere Wirtschaftswende soll:

- Investitionen erleichtern,
- neue Ideen und Technologien fördern,
- neue Arbeitsplätze schaffen.

Die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern besteht vor allem aus kleinen und mittleren Unternehmen. Diese Unternehmen können schnell handeln. Sie entwickeln neue Ideen und sind nah an ihren Kundinnen und Kunden. Dafür brauchen sie genug Freiheit, einen fairen Wettbewerb und offene Märkte. Eine Politik, die nur verwaltet, verpasst wichtige Chancen.

Mecklenburg-Vorpommern kann ein führender Standort im Ostseeraum werden. Das gilt für Wirtschaft, Forschung, Tourismus und Kultur. Wir wollen diese Möglichkeiten besser nutzen. Eine starke und krisenfeste Wirtschaft ist die Grundlage für Wohlstand, sozialen Frieden und sichere Arbeitsplätze mit Zukunft.

Andere Regionen zeigen: Ein erfolgreicher wirtschaftlicher Wandel ist möglich. Dafür muss die Politik mutige Ziele setzen und Hindernisse abbauen. Genau das wollen wir tun. Mecklenburg-Vorpommern soll ein Bundesland werden, in dem Menschen neue Ideen entwickeln, Unternehmen gründen und gute Arbeit finden.

Für wirtschaftliches Wachstum brauchen Unternehmen schnell passende Industrie- und Gewerbeflächen. Diese Flächen müssen gut vorbereitet sein. Dazu gehören zum Beispiel Straßen sowie Anschlüsse für Strom, Wasser und Internet.

Das Land braucht deshalb eine bessere gemeinsame Planung für Gewerbeflächen. Unternehmen müssen Flächen für eine neue Ansiedlung oder eine Erweiterung schnell und unkompliziert bekommen. Sie brauchen dabei Sicherheit für ihre Planung.

Dafür müssen das Land, die Regionen und die Gemeinden besser zusammenarbeiten. Die verschiedenen Planungen müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Dazu gehört auch die kommunale Bauleitplanung. Damit planen Städte und Gemeinden, wo und wie gebaut werden darf.

Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen einfacher und schneller werden. Es darf nicht mehr jahrelang dauern, weil Behörden verschiedener Ebenen unterschiedliche rechtliche Auffassungen haben oder Aufgaben ungeklärt sind. Solche Verzögerungen schaden Mecklenburg-Vorpommern als Wirtschaftsstandort.

In Regionen mit besonders großen wirtschaftlichen Problemen wollen wir **wirtschaftliche Freiheitszonen** einrichten. Das sind Gebiete, in denen für eine begrenzte Zeit einfachere Regeln gelten sollen. Dort wollen wir:

- Planungen und Genehmigungen deutlich beschleunigen,
- Pflichten zur Dokumentation verringern,
- Investitionen durch steuerliche Vorteile fördern.

So wollen wir neue Unternehmen in diesen Regionen ansiedeln. Wir wollen neue Ideen und Technologien fördern. Außerdem soll auch außerhalb der großen Städte und wirtschaftlichen Zentren neues wirtschaftliches Wachstum entstehen.

Die Wirtschaft rund um Meer und Häfen stärken

Die maritime Wirtschaft ist sehr wichtig für Mecklenburg-Vorpommern. Dazu gehören Werften, Seehäfen, Zulieferbetriebe und Forschungseinrichtungen. Sie bieten große Chancen für die Zukunft.

Wir wollen maritime Wirtschaftszentren aufbauen. Dort sollen Werften, Zulieferbetriebe, Forschung und Unternehmen für neue Technologien eng zusammenarbeiten. Besonders große Chancen sehen wir in diesen Bereichen:

- Bau von Spezialschiffen,
- Technik für Anlagen auf dem Meer, zum Beispiel Offshore-Windparks,
- maritime Verteidigungsindustrie,
- klimafreundliche Antriebe für Schiffe.

Die Bedingungen für die maritime Wirtschaft haben sich verändert. Unternehmen brauchen deshalb genug Flächen, auf denen sie sich entwickeln können. Außerdem müssen kleine und mittlere Betriebe in der Umgebung der Häfen gestärkt werden.

An den maritimen Standorten des Landes sollen starke und spezialisierte Wirtschaftszentren entstehen. Dort sollen Unternehmen gemeinsam Produkte entwickeln und herstellen. Dazu gehören zum Beispiel:

- die Verteidigungsindustrie,
- der Bau von Plattformen für Stromleitungen von Windparks auf dem Meer,
- die Bergung von Munition aus dem Meer,
- der Bau von Forschungs- und Spezialschiffen.

Auch die Umrüstung ganzer Schiffsflotten auf neue Antriebe bietet große wirtschaftliche Chancen. Dadurch können völlig neue Geschäftsfelder entstehen. Dafür brauchen Unternehmen passende und verlässliche Bedingungen.

Wir von der FDP wollen genau diese Bedingungen schaffen. Der Staat soll klare und gute Regeln setzen. Er soll sich aber nicht unnötig in die Arbeit der Unternehmen einmischen oder ihnen vorschreiben, wie sie wirtschaften sollen.

Günstige Energie als Vorteil für unser Land

Mecklenburg-Vorpommern hat sehr gute Bedingungen für erneuerbare Energien und Wasserstoff-Technologien. Bisher profitieren aber andere Regionen stärker von den wirtschaftlichen Vorteilen.

Wir wollen, dass mehr Energie direkt in Mecklenburg-Vorpommern erzeugt, gespeichert und von der Industrie genutzt wird.

Wir von der FDP wollen Klimaneutralität mit verschiedenen Technologien erreichen. Dabei sollen die besten Lösungen im Wettbewerb gefunden werden. Der Staat soll nicht jedes Detail vorgeben. Wichtig ist, dass die Lösungen bezahlbar sind und den Ausstoß von Treibhausgasen möglichst wirksam senken.

Dazu gehören:

- der schnelle Ausbau der Stromnetze,
- moderne Möglichkeiten zur Speicherung von Energie,
- die Speicherung von CO₂,
- eine Kreislaufwirtschaft, in der Rohstoffe wiederverwendet werden.

Wir wollen außerdem verhindern, dass Umweltvorschriften der Europäischen Union und des Bundes weiter verschärft werden.

Wir von der FDP setzen uns für ein neues Strommarkt-System in ganz Europa ein. Der Großhandelspreis für Strom soll nicht überall gleich sein. Stattdessen soll der Preis an einzelnen Punkten im Stromnetz festgelegt werden. So könnte Strom für Unternehmen in Regionen mit viel günstiger Energie preiswerter angeboten werden.

Aus Wissen sollen neue Produkte und Firmen werden

Unsere Hochschulen und Berufsschulen können viele neue Ideen und Technologien entwickeln. Doch aus diesen Ideen entstehen bisher zu selten neue Unternehmen.

Deshalb wollen wir Zentren für Gründungen und neue Ideen stärken. Forschungsergebnisse und geistiges Eigentum sollen leichter zu Produkten werden, die sich verkaufen lassen. Geistiges Eigentum sind zum Beispiel Erfindungen, technische Entwicklungen oder besondere Verfahren.

Wir wollen bürokratische und rechtliche Hindernisse abbauen. So soll der Weg von der Forschung zum eigenen Unternehmen einfacher werden. Studierende, Absolventinnen und Absolventen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen leichter ein Unternehmen gründen und selbstständig arbeiten können.

Auch die Berufsbildungszentren wollen wir gezielt stärken. Sie brauchen mehr finanzielle Unterstützung und eine bessere Ausstattung. Dazu gehören zum Beispiel moderne Gebäude, Werkstätten und digitale Technik.

Berufsbildungszentren sind ein wichtiger Teil der Bildung in Mecklenburg-Vorpommern. Wir von der FDP wollen sie zu regionalen Zentren für neue Ideen und moderne Ausbildung ausbauen. Dort sollen die Fachkräfte von morgen ausgebildet werden.

Wir von der FDP wollen außerdem eine **Agentur für Sprunginnovationen** schaffen. Sprunginnovationen sind völlig neue Technologien, die ganze Wirtschaftsbereiche stark verändern können.

Die Agentur soll solche Technologien gezielt fördern. Dabei soll sie vor allem mit den Hochschulen des Landes zusammenarbeiten. Sie soll Technologien entwickeln, die zu den besonderen wirtschaftlichen Stärken und Möglichkeiten Mecklenburg-Vorpommerns passen. So wollen wir die neuen Ideen aus Unternehmen und Hochschulen noch besser nutzen.

Viele Unternehmen brauchen in den nächsten Jahren eine neue Person, die den Betrieb übernimmt. Deshalb wollen wir einen Fonds für Unternehmensnachfolgen einrichten. Ein Fonds ist ein Geldtopf für einen bestimmten Zweck.

Der Fonds soll Unternehmensnachfolgerinnen und Unternehmensnachfolger finanziell unterstützen. Das Geld, das zurückgezahlt wird, fließt wieder in den Fonds. So kann es später für weitere Betriebsübernahmen genutzt werden.

Der Fonds stärkt das Eigenkapital der Personen, die einen Betrieb übernehmen wollen. Eigenkapital ist eigenes Geld, das für die Übernahme eingesetzt wird. Dadurch werden Betriebsübernahmen leichter. Findet ein Unternehmen keine Nachfolge, droht die Schließung. Das hätte schwere Folgen für die Arbeitsplätze und für die gesamte Region.

Wir von der FDP wollen:

- die soziale Marktwirtschaft konsequent stärken. Wir verteidigen die Freiheit, ein Gewerbe zu betreiben und Verträge abzuschließen. Auch Privateigentum und frei gebildete Preise müssen geschützt werden. Das gilt besonders in Krisenzeiten.
- Bürokratie systematisch abbauen. Neue Regeln wollen wir auf das wirklich notwendige Maß begrenzen. Zu viele Vorschriften verhindern oder verzögern Investitionen.
- vor neuen Gesetzen ehrlich prüfen, welche Kosten dadurch entstehen. Regeln sollen nur beschlossen werden, wenn sie unbedingt notwendig sind.
- allen Gesetzen und Verordnungen ein Ablaufdatum geben. Wird ihr Nutzen nicht nachgewiesen, sollen sie automatisch außer Kraft treten.
- alte und nicht mehr sinnvolle Vorschriften konsequent abschaffen.
- die Wirtschaftspolitik auf gute und verlässliche Bedingungen für Unternehmen konzentrieren. Der Staat soll nicht jedes einzelne Detail vorgeben.
- Mecklenburg-Vorpommern zu einem starken Standort für neue Ideen und Technologien ausbauen. Dafür stärken wir die Zusammenarbeit von Unternehmen, Wissenschaft und Gesellschaft. Gute Ideen sollen schnell zu Produkten und Dienstleistungen werden, die sich am Markt verkaufen lassen.
- für eine begrenzte Zeit wirtschaftliche Freiheitszonen in Regionen mit großen wirtschaftlichen Problemen einrichten. Dort sollen einfachere Regeln gelten. Außerdem wollen wir gezielte Anreize schaffen, damit Unternehmen investieren.

Unternehmerinnen und Unternehmer verdienen Anerkennung

Unsere soziale Marktwirtschaft lebt von Menschen mit neuen Ideen. Diese Menschen werden aktiv, übernehmen Risiken und schaffen einen Nutzen für sich und für die Gesellschaft.

Unternehmerinnen und Unternehmer werden heute aber oft kritisch gesehen. Das wollen wir ändern. Unternehmergeist verdient Respekt und Anerkennung.

Unternehmerinnen und Unternehmer sind nicht nur Arbeitgeber und Steuerzahler. Sie unterstützen auch Sportvereine, Kultur und viele Einrichtungen, die sich für die Gesellschaft einsetzen. Viele Betriebe bilden junge Menschen aus. Dadurch sichern sie Fachkräfte und schaffen Zukunftschancen für ganze Regionen.

Schon in der Schule sollen junge Menschen etwas über Unternehmen und Selbstständigkeit lernen. Sie sollen auch verstehen, welche wirtschaftliche Verantwortung Unternehmerinnen und Unternehmer tragen.

Wir von der FDP wollen:

- für mehr Anerkennung von verantwortungsvollem Unternehmertum sorgen. Besonders verdienen die Menschen Respekt, die in Mecklenburg-Vorpommern Arbeitsplätze schaffen.
- die wirtschaftliche Bildung stärken. Schulen sollen mehr Möglichkeiten für freiwillige Wahlfächer und praktische Angebote erhalten. Dabei können Schülerinnen und Schüler Unternehmertum und Selbstständigkeit kennenlernen.
- mehr Menschen dazu ermutigen, ein Unternehmen zu gründen. Wir wollen den Weg in die Selbstständigkeit einfacher machen und unnötige Bürokratie abbauen.
- ein Gründungsstipendium nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen einführen. Ein Gründungsstipendium ist eine finanzielle Unterstützung für Menschen, die ein Unternehmen gründen wollen. Es soll allen jungen Menschen offenstehen.

Unternehmen sollen mehr selbst entscheiden

Politik und Verwaltung sind nicht die besseren Unternehmer. Im Gegenteil: Der Staat ist bisher immer wieder gescheitert, wenn er Märkte zentral steuern oder Unternehmen ihre Produktion vorschreiben wollte.

Politische Entscheidungsträger tragen kein eigenes wirtschaftliches Risiko. Sie haften nicht mit ihrem privaten Vermögen. Auch ihre eigene wirtschaftliche Existenz hängt nicht vom Erfolg einer Entscheidung ab. Außerdem fehlen ihnen oft genaue Kenntnisse über die jeweilige Branche und die Nähe zum Markt.

Die Folgen solcher Entscheidungen sind teuer. Fehler werden mit Steuergeld ausgeglichen. Notwendige Veränderungen in der Wirtschaft werden verzögert, statt sinnvoll gestaltet. Beispiele aus Mecklenburg-Vorpommern zeigen das. Dazu gehören die teuren Versuche, Werften ohne ein dauerhaft tragfähiges Konzept zu retten. Sie zeigen, wohin staatliche Eingriffe führen können.

Die Aufgabe der Politik ist es, klare und verlässliche Regeln zu setzen. Der Staat muss für einen fairen Wettbewerb sorgen.

Das ist in Mecklenburg-Vorpommern besonders wichtig. Die Wirtschaft des Landes wird stark von sehr kleinen und kleinen Unternehmen geprägt. Dazu gehören zum Beispiel Handwerkerinnen und Handwerker, Landwirte, Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie Menschen, die allein selbstständig arbeiten.

Sie brauchen genug Freiheit für ihre eigentliche Arbeit. Sie sollen ihre Zeit nicht mit zu viel Bürokratie und unnötigen Vorschriften verbringen müssen.

Die richtige Wirtschaftspolitik gibt den Unternehmen in unserem Land mehr Freiheit. So entstehen Wohlstand und mehr Möglichkeiten für jeden einzelnen Menschen. Wir wollen eine Politik, die den Menschen und Unternehmen vertraut. Die Verwaltung soll Vorhaben ermöglichen, statt sie zu verhindern.

Wir von der FDP wollen:

- Mecklenburg-Vorpommern zu einem Vorbild für eine einfache und unbürokratische Verwaltung machen. Das Land soll Vorreiter für persönliche und wirtschaftliche Freiheit werden.
- wirtschaftliche Tätigkeiten des Staates streng begrenzen. Wir wollen dafür die Kommunalverfassung ändern. Gemeinden und andere öffentliche Stellen sollen nur unter klaren und transparenten Bedingungen wirtschaftlich tätig sein. Dabei dürfen sie private Unternehmen nicht vom Markt verdrängen.
- keine planlosen Rettungsversuche mit Steuergeld zulassen. Das Land kann und darf Unternehmen grundsätzlich nicht ihr wirtschaftliches Risiko abnehmen. Es kann auch nicht die Verantwortung für falsche Entscheidungen von Unternehmen übernehmen. Steuergeld ersetzt kein Geschäftsmodell, das dauerhaft funktioniert.

- sofort einen Stopp für neue, nicht notwendige Vorschriften und Bürokratie einführen. Nicht zwingend notwendige Pflichten für Berichte und Dokumente setzen wir auf Landesebene aus. Auf Bundesebene und in der Europäischen Union setzen wir uns für ähnliche Entlastungen ein.
- alle bestehenden Pflichten für Berichte und Dokumente überprüfen. Wir wollen sie auf das unbedingt notwendige Maß verringern. Für jede neue Vorschrift des Landes sollen zwei alte Vorschriften abgeschafft oder zusammengelegt werden.
- jede neue Regel mit einem Ablaufdatum versehen. Vor diesem Datum muss geprüft werden, ob die Regel wirkt und weiterhin nötig ist. Nur dann wird sie verlängert. Sonst endet sie automatisch.
- überflüssige Regeln des Landes konsequent abschaffen. Auch im Bundesrat setzen wir uns für den Abbau unnötiger Regeln ein.
- ein unabhängiges Gremium zur Kontrolle von Vorschriften einsetzen. Darin sollen Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung mitarbeiten. Sie sollen prüfen, wie viel zusätzliche Bürokratie neue Gesetze tatsächlich verursachen.
- die sogenannte Genehmigungsfiktion prüfen und einführen. Das bedeutet: Behörden erhalten feste Fristen für ihre Entscheidungen. Entscheidet eine Behörde nicht rechtzeitig, gilt der Antrag als genehmigt. Wo es möglich ist, soll statt einer Genehmigung eine einfache Mitteilung an die Behörde ausreichen.
- eine digitale Plattform zum Abbau von Bürokratie einrichten. Dort können Unternehmen und Beschäftigte der Verwaltung unnötige, unwirksame oder hinderliche Regeln und Abläufe direkt melden.
- Vorgaben des Bundes oder der Europäischen Union auf Landesebene nicht zusätzlich verschärfen. Regeln, zum Beispiel zum Umweltschutz, müssen ehrgeizig sein. Sie müssen aber auch angemessen sein und dürfen nicht stärker belasten als nötig.
- Bürgerinnen und Bürger sowie Fachverbände frühzeitig und digital an neuen Gesetzen beteiligen. Über ein barrierefreies Online-Portal sollen sie rechtzeitig Einblick in Gesetzentwürfe erhalten. Sie können dort ihr Fachwissen einbringen. Das Verfahren soll transparent sein und spätere Blockaden vermeiden.
- einen rechtlichen Anspruch auf digitale Leistungen der Verwaltung schaffen.
- das sogenannte Once-Only-Prinzip konsequent umsetzen. Das bedeutet: Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen sollen ihre Daten nur einmal an die Verwaltung übermitteln müssen. Einheitliche digitale Verbindungen zwischen den Behörden sollen für einfache und reibungslose Abläufe sorgen.

Regeln für öffentliche Aufträge einfacher machen

Mecklenburg-Vorpommern braucht dringend mehr Investitionen in Straßen, Schulen und öffentliche Gebäude. Doch viele Projekte kommen nicht voran. Ein wichtiger Grund ist das sehr komplizierte Vergaberecht der Landesregierung.

Das Vergaberecht regelt, wie der Staat Aufträge an Unternehmen vergibt.

Die Folgen der komplizierten Regeln sind deutlich: Geld ist vorhanden, kann aber nicht ausgegeben werden. Viele Unternehmen geben kein Angebot ab, weil der Aufwand zu groß ist. Dadurch gibt es oft kaum noch Wettbewerb.

Auch die Behörden haben Probleme mit den vielen Vorschriften. Manche Regeln lassen sich kaum kontrollieren. Dazu gehört zum Beispiel der Vergabe-Mindestlohn. Für die Kontrolle fehlen Personal und einfache Verfahren. Regeln, die nur auf dem Papier stehen und nicht umgesetzt werden können, helfen niemandem.

Wir von der FDP wollen ein modernes und einfaches Vergaberecht. Öffentliche Investitionen sollen schneller, einfacher und näher an der Praxis umgesetzt werden.

Die Regeln sollen sich auf zwei wichtige Ziele konzentrieren:

- einen fairen Wettbewerb,
- einen wirtschaftlichen Umgang mit Steuergeld.

Politische Zusatzforderungen, die nichts mit dem eigentlichen Auftrag zu tun haben, sollen nicht Teil eines Vergabeverfahrens sein. Solche Fragen müssen vorher durch die Politik entschieden werden. Sie gehören nicht in einen einzelnen Auftrag, zum Beispiel für den Bau einer Schule oder Straße.

Heute haben die 16 Bundesländer 16 verschiedene Vergabegesetze. Wir von der FDP fordern deshalb eine grundlegende Modernisierung des Vergaberechts. Alle Regeln, die nichts direkt mit dem Auftrag zu tun haben, sollen gestrichen werden.

Nach unseren Plänen sollen öffentliche Aufträge erst ab den Schwellenwerten der Europäischen Union ausgeschrieben werden müssen. Ein Schwellenwert ist die Geldsumme, ab der die strengen Regeln des Vergaberechts gelten.

Die Schwellenwerte liegen bei:

- 216.000 Euro für Dienstleistungen,
- 5.404.000 Euro für Bauleistungen.

Auch in Zukunft sollen sich die Grenzen an den Schwellenwerten der Europäischen Union orientieren. So wollen wir viele unterschiedliche Grenzwerte und unübersichtliche Regeln vermeiden.

Vergabefremde Vorschriften sollen ohne Ersatz gestrichen werden. Dazu gehören zum Beispiel der Vergabe-Mindestlohn und Vorgaben zu Mindest-Arbeitsbedingungen.

Die Regeln für die Verfahren sollen vereinheitlicht werden. Sie sollen sich im Kern am Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und an der Vergabeverordnung orientieren. Diese Gesetze regeln den fairen Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen.

Wir von der FDP wollen:

- das Vergaberecht grundlegend reformieren. Das bisherige Tariftreue- und Vergabegesetz schaffen wir ab. Wir ersetzen es durch ein schlankes und einfaches Vergabegesetz. Im Mittelpunkt stehen nur der faire Wettbewerb und die Wirtschaftlichkeit.
- alle bürokratischen Regeln streichen, die nichts direkt mit der Vergabe eines Auftrags zu tun haben.
- die Verfahren und Schwellenwerte an das europäische Vergaberecht anpassen.
- die Regeln des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und der Vergabeverordnung auch unterhalb der EU-Schwellenwerte in Mecklenburg-Vorpommern anwenden. Dabei sollen die Verfahren einfacher gestaltet werden.

Industrie und neue Ideen stärken

Mecklenburg-Vorpommern nutzt seine wirtschaftlichen Möglichkeiten bisher nicht vollständig. Viele Unternehmen entwickeln nur wenige neue Produkte oder Verfahren. Außerdem finden oft nur wenige Schritte der Produktion in unserem Bundesland statt. Dadurch bleibt auch nur ein kleiner Teil des wirtschaftlichen Gewinns im Land.

Die Folgen sind:

- Die Löhne liegen oft unter dem Durchschnitt in Deutschland.
- Gut ausgebildete Fachkräfte verlassen Mecklenburg-Vorpommern.

Eine starke Industrie kann das ändern. Industrie schafft gut bezahlte Arbeitsplätze. Sie sorgt außerdem für neue Ideen und technische Entwicklungen. Doch nach fünf Jahren Regierung von SPD und Linkspartei ist die Industrie in Mecklenburg-Vorpommern kaum stärker geworden.

Wirtschaftliche Entwicklung geschieht nicht von allein. Industrie kann in neue Regionen ziehen. Auch ganz neue Wirtschaftsbereiche können entstehen. Bayern und das Ruhrgebiet zeigen, wie stark sich die Wirtschaft einer Region verändern kann.

Das ist auch bei uns an der Küste möglich. Weltweit steigt die Nachfrage nach Technik für Schiffe, Häfen und das Meer. Gleichzeitig verändern digitale Technik und der Wechsel zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft viele Bereiche. CO₂-neutral bedeutet: Insgesamt soll kein zusätzliches klimaschädliches Kohlendioxid entstehen. Diese Veränderungen betreffen die Schifffahrt, die Häfen und die Industrie.

Unsere Unternehmen, Werften, Ingenieurbüros und Forschungseinrichtungen können dafür wichtige Lösungen entwickeln. Mecklenburg-Vorpommern hat gute Hochschulen, moderne Forschungsinstitute und qualifizierte Fachkräfte.

Damit daraus wirtschaftlicher Erfolg wird, brauchen wir bessere Bedingungen und einen klaren Plan.

Große Chancen gibt es zum Beispiel bei:

- Wasserstoff,
- Kernfusion,
- weiteren neuen Energietechniken,
- der maritimen Wirtschaft,
- der Landwirtschaft,
- modernen Produktionsketten, die durch Technik unterstützt werden.

In diesen Bereichen kann Mecklenburg-Vorpommern eine führende Rolle übernehmen.

Unser Land hat dafür gute Voraussetzungen. Es gibt Platz für neue Industriebetriebe, motivierte Fachkräfte und starke Forschung. Als Küstenland haben wir außerdem direkten Zugang zu wichtigen Handelswegen.

Was bisher fehlt, ist eine klare Wirtschaftspolitik. Sie braucht konkrete Ziele und Zahlen, mit denen sich Erfolge messen lassen.

Wir von der FDP wollen die vorhandenen Chancen nutzen. Unser Ziel ist klar: mehr neue Ideen und Technologien, mehr Industrie und mehr gut bezahlte Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir von der FDP wollen:

- die Bedingungen für Industrie, Forschung und private Investitionen verbessern. Hindernisse für neue Ideen und Investitionen wollen wir systematisch abbauen.
- bestehende Unternehmen stärken und neue Industrie nach Mecklenburg-Vorpommern holen. Dabei sollen keine Branchen oder Technologien aus politischen oder ideologischen Gründen bevorzugt werden. Wir wollen auch gezielt mit anderen Bundesländern zusammenarbeiten.
- Forschung und die Nutzung von Forschungsergebnissen in Unternehmen erleichtern. Auch die Gründung neuer privater Unternehmen aus Hochschulen und Forschungsinstituten soll einfacher werden. Dafür brauchen wir einfache Verfahren, klare Aufgaben und weniger Bürokratie.
- dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern in wichtigen Bereichen wettbewerbsfähig bleibt. Dazu gehören die maritime Wirtschaft, die Verteidigungswirtschaft, Energie, Digitalisierung und neue industrielle Technologien. So sollen neue Produkte, Dienstleistungen und Einkommen im Land entstehen.
- Chancen für Wasserstoff, Energiespeicher, Batterietechnik, Kernenergie, maritime Technik und weitere Zukunftsbereiche schaffen. Dabei bleiben wir technologieoffen. Das bedeutet: Der Staat soll nicht vorher festlegen, welche einzelne technische Lösung genutzt werden muss.
- unsere Häfen und Industrieflächen besser auf private Investitionen vorbereiten. Auch Genehmigungen müssen einfacher und schneller werden. Investitionen in Energieimporte, industrielle Produktion, Speicherung und Weiterverarbeitung sollen für verschiedene Technologien möglich sein.
- die Forschungsstandorte in Mecklenburg-Vorpommern ausbauen. Eine gemeinsame Stelle für mehrere Ministerien soll die Forschungsinstitute begleiten und unterstützen. Sie soll die bestehenden Pläne für neue Ideen und Technologien in den Regionen weiterentwickeln. Außerdem soll sie Hindernisse für Forschung auf höchstem Niveau erkennen und beseitigen helfen.
- die Wasserstoff-Industrie aktiv fördern. Dazu gehören die Energieerzeugung auf dem Meer, die Forschung an neuen Wasserstoff-Technologien und der Ausbau unserer Häfen für Wasserstoff-Importe aus anderen Ländern.
- neue und bessere Technologien für Energiespeicher und Batterien fördern.
- Mecklenburg-Vorpommern zu einem Zentrum für neue maritime Technologien und Ideen machen.

- Standorte der Bundeswehr stärker als wichtige Wirtschaftsfaktoren ansehen. Wir wollen uns aktiv für den Ausbau bestehender Standorte und für weitere Ansiedlungen einsetzen.

Neue Ideen, digitale Wirtschaft und KI voranbringen

Für uns von der FDP ist die Wirtschaft der Zukunft digital. Sie nutzt auch Künstliche Intelligenz, kurz KI. KI bedeutet: Computerprogramme können Daten auswerten, Muster erkennen und bestimmte Aufgaben selbstständig lösen.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist das eine große Chance. Gleichzeitig haben viele Unternehmen große Probleme:

- Es fehlen Fachkräfte.
- Der internationale Wettbewerb um neue Unternehmen wird stärker.
- Rohstoffe und andere Mittel werden knapper.
- Die Wirtschaft wächst nur langsam.

Ohne eine klare Politik für neue Ideen und Technologien droht Mecklenburg-Vorpommern weiter zurückzufallen.

Künstliche Intelligenz kann in sehr vielen Wirtschaftsbereichen eingesetzt werden. Deshalb nennt man sie eine Querschnittstechnologie. Sie kann neue Produkte, bessere Arbeitsabläufe und wirtschaftliches Wachstum ermöglichen. Gleichzeitig stellt sie Unternehmen vor neue Aufgaben und Herausforderungen.

Die staatlichen Regeln passen oft nicht schnell genug zu dieser Entwicklung. Häufig versucht der Staat, neue Technologien mit alten Regeln zu kontrollieren. Das bremst neue Ideen und Entwicklungen.

Andere Länder gehen mutiger mit neuen Technologien um. Mecklenburg-Vorpommern soll sich diesem Wettbewerb stellen. Unser Land soll in Deutschland eine führende Rolle bei digitalen Innovationen übernehmen.

Dafür müssen neue Technologien früh in der Praxis getestet werden können. Digitale Unternehmen brauchen außerdem gute und verlässliche Bedingungen.

Fortschritt darf nicht an den Grenzen unseres Bundeslandes enden.

Wir von der FDP wollen:

- eine Offensive mit dem Namen „**Neue digitale Geschäftsmodelle**“ starten. Wir prüfen alle Landesgesetze darauf, ob sie neue Ideen und Technologien behindern. Das betrifft zum Beispiel die Sharing Economy, Künstliche Intelligenz und selbstfahrende Fahrzeuge. Sharing Economy bedeutet: Menschen teilen oder vermieten Dinge und Dienstleistungen über digitale Plattformen. Unnötige Hindernisse wollen wir abbauen. Alte und neue Unternehmen sollen faire Wettbewerbsbedingungen haben.

- besondere Testbereiche für neue Technologien schaffen. Diese Bereiche heißen auch „**Regulatory Sandboxes**“ oder Reallabore. Dort können Unternehmen neue Technologien für eine begrenzte Zeit mit weniger Regeln testen. Dazu gehören zum Beispiel Drohnen, selbstfahrende Fahrzeuge, Wasserstofftechnik und neue Formen des Onlinehandels. Neue Ideen sollen früh in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt und so weit verbessert werden, dass sie auf dem Markt angeboten werden können.
- kleine und mittlere Unternehmen beim digitalen und technischen Wandel aktiv unterstützen. Erfolgreiche Netzwerke wie die „IT-Initiative Mecklenburg-Vorpommern“ und die „IT-Lagune“ sollen als Vorbild für weitere Projekte dienen.
- bessere Bedingungen für Startups schaffen. Startups sind junge Unternehmen mit neuen Geschäftsideen. Besonders die Zahl der Startups im Bereich der Hochtechnologie soll deutlich steigen.
- gezielt privates Risikokapital gewinnen. Risikokapital ist Geld, das private Investoren in neue Unternehmen und Ideen investieren. Dabei besteht die Möglichkeit eines hohen Gewinns, aber auch das Risiko eines Verlustes.
- gemeinsame Projekte von Staat und privaten Unternehmen begleiten. Solche Projekte nennt man **Public Private Partnerships**. An den Universitäten und Hochschulen soll systematisch nach neuen und vielversprechenden Technologien gesucht werden. Gute Ideen sollen früh erkannt und in erfolgreiche neue Unternehmen überführt werden.
- sogenannte Transfer-Hubs fördern. Das sind Orte, an denen Forschung, Unternehmen und Gründer zusammenarbeiten. Dazu gehören Reallabore, gemeinsame Arbeitsräume und Werkstätten für technische Projekte.
- solche Zentren besonders in folgenden Bereichen unterstützen: Künstliche Intelligenz, Robotik, Biotechnologie und Gesundheitswissenschaften, selbstfahrende Fahrzeuge, digitale Landwirtschaft, automatische Produktion und Industrie 4.0, 6G-Mobilfunk, Wasserstofftechnik, Sicherheits- und Verteidigungstechnik.
- die Gewinnung von privatem Wagniskapital mit Nachdruck fördern. Dafür wollen wir regelmäßig mit Industrie, Mittelstand, Banken, Versicherungen und Stiftungen zusammenarbeiten.
- Landesmittel für gemeinsame Investitionsprogramme bereitstellen. Dabei investieren der Staat und private Geldgeber gemeinsam in neue Unternehmen und Technologien. Auch gemeinsame öffentliche und private Innovationsfonds sollen möglich sein.
- Mecklenburg-Vorpommern als Standort für Softwareentwicklung und Datenanalyse stärken. Dafür wollen wir die duale Ausbildung, Weiterbildungen und Studiengänge gezielt ausbauen. Wo gute Softwareentwicklerinnen und Softwareentwickler arbeiten, entstehen auch erfolgreiche Unternehmen.
- die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Wissenschaft ausbauen. Neue Forschungsergebnisse sollen schnell in praktische Angebote und Anwendungen für die Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden.
- eine attraktive Politik für die Ansiedlung digitaler Unternehmen betreiben. Fachwissen und neue Unternehmen sollen nach Mecklenburg-Vorpommern kommen. So entstehen sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

- die erfolgreiche Förderung **DigiTrans** weiterentwickeln. Damit sollen kleine und mittlere Unternehmen auch in Zukunft Unterstützung bei ihrer digitalen Entwicklung erhalten.
- beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz für klare und verlässliche Gesetze sorgen. Wir setzen auf Offenheit für verschiedene Technologien, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung und den Abbau staatlicher Hindernisse. Neue staatliche Förder- und Beratungsstellen wollen wir dafür nicht schaffen.
- den Bau moderner Rechenzentren erleichtern. Rechenzentren verarbeiten und speichern große Mengen digitaler Daten. Wir wollen schnellere Genehmigungen, passende Regeln im Baurecht und eine zuverlässige Energieversorgung. Damit schaffen wir die notwendige Infrastruktur für Technologien, die viele Daten brauchen, zum Beispiel Künstliche Intelligenz.

Gute Arbeit und genug Fachkräfte

Fachkräfte gewinnen und gute Arbeit ermöglichen

Mecklenburg-Vorpommern lebt von den Menschen, die anpacken. Dazu gehören Angestellte, Landwirte, Handwerker, Selbstständige und Menschen im Ehrenamt.

Doch viele Betriebe finden nicht genug Fachkräfte. Deshalb bleiben Arbeitsplätze frei. Unternehmen können Aufträge nicht annehmen. Wirtschaftliche Chancen werden nicht genutzt.

Gleichzeitig verändert sich die Arbeitswelt sehr schnell. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und neue Technologien schaffen neue Berufe. Beschäftigte brauchen dafür neue Kenntnisse und Fähigkeiten. Wer sich nicht darauf vorbereitet, verliert im Wettbewerb um Fachkräfte und neue Ideen.

Wir von der FDP sehen diese Entwicklung als Chance. Gute Arbeit entsteht dort, wo Menschen ihre Fähigkeiten nutzen und weiterentwickeln können. Unternehmen müssen gleichzeitig wachsen können.

Deshalb wollen wir eine Arbeitsmarktpolitik, die:

- mehr Freiheit ermöglicht,
- Weiterbildung unterstützt,
- neue Fachkräfte gewinnt.

Eine gute Ausbildung ist dafür besonders wichtig. Junge Menschen müssen in Mecklenburg-Vorpommern gute berufliche Möglichkeiten finden. Sie brauchen attraktive Ausbildungsplätze und echte Chancen auf beruflichen Aufstieg.

Unternehmen müssen außerdem leichter Fachkräfte aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland gewinnen können. Diese Menschen sollen langfristig in Mecklenburg-Vorpommern bleiben.

Auch Familie und Beruf müssen besser zusammenpassen. Flexible Arbeitszeiten und eine Kinderbetreuung, die zum tatsächlichen Bedarf der Familien passt, helfen dabei. So können mehr Menschen arbeiten.

Wir von der FDP stehen zur Sozialpartnerschaft. Das bedeutet: Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften handeln gemeinsam die Arbeitsbedingungen aus.

Dazu gehört die Tarifautonomie. Sie bedeutet: Arbeitgeber und Gewerkschaften entscheiden selbst über Löhne und Arbeitsbedingungen. Die Politik soll ihnen diese Entscheidungen nicht vorschreiben. Flexible Tarifvereinbarungen sichern das erfolgreiche deutsche Arbeitsmarktmodell. Deshalb lehnen wir jeden politisch begründeten Eingriff in die Tarifautonomie ab.

Die Arbeitswelt der Zukunft braucht zugleich mehr Flexibilität. Viele Menschen arbeiten zunehmend digital und unabhängig von einem festen Ort. Deshalb müssen sich auch die Gesetze verändern. Starre Regeln zu Arbeitszeit und Arbeitsort passen nicht mehr zu vielen Berufen.

Wir wollen mehr Möglichkeiten schaffen. Davon sollen Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen profitieren.

Wir von der FDP wollen:

- uns auf Bundesebene für ein modernes Arbeitsrecht einsetzen. Arbeitszeit und Arbeitsort sollen flexibler werden. Statt einer täglichen Höchstarbeitszeit soll es eine wöchentliche Höchstarbeitszeit geben. Auch bei den vorgeschriebenen Ruhezeiten soll es mehr Spielraum geben.
- uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass sich die Einkommensgrenzen für Mini- und Midijobs automatisch mit dem gesetzlichen Mindestlohn erhöhen. Eine Erhöhung des Stundenlohns soll zu mehr Einkommen führen und nicht dazu, dass Beschäftigte weniger Stunden arbeiten dürfen.
- die berufliche Bildung stärken. Die Verantwortung dafür soll im Wirtschaftsministerium gebündelt werden. Menschen mit Berufserfahrung sollen leichter als Lehrkräfte oder Ausbilder einsteigen können. Berufliche Schulen sollen ihre Angebote schneller und flexibler an den Bedarf der Unternehmen anpassen.
- die Berufsorientierung verbessern. Jugendliche sollen mehr über Berufe im Handwerk erfahren. Wir unterstützen Angebote wie ein Schnupperjahr im Handwerk und einen Informationstag über die Ausbildung im Handwerk, den sogenannten „Craftmen’s Day“.
- Auszubildende, Betriebe und berufliche Schulen dabei unterstützen, europäische Programme besser zu nutzen. Dadurch sollen mehr Auszubildende während ihrer Ausbildung Erfahrungen im Ausland sammeln können.
- Meisterabschlüsse stärker fördern. Die Meisterprämie soll höher werden und für mehr Berufe gelten. Die Meisterprämie ist eine finanzielle Unterstützung für Menschen, die eine Meisterprüfung bestehen.
- ein zusätzliches Förderprogramm mit günstigen Krediten schaffen. Es soll jungen Menschen helfen, kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe mit bis zu 20 Beschäftigten zu übernehmen. So können Betriebe weitergeführt werden. Wissen und Erfahrung bleiben im Land.
- flexibles und mobiles Arbeiten erleichtern. Das soll auch für die Landesverwaltung gelten.
- uns auf Bundesebene für ein steuerfreies Weiterbildungskonto einsetzen. Beschäftigte sollen dort Geld für Fortbildungen sparen können. Auf dieses Geld sollen keine Steuern und Sozialabgaben anfallen.
- Leistung stärker belohnen. Zuschläge für zusätzliche Arbeit sollen steuerfrei sein. Es soll bessere Anreize geben, länger zu arbeiten. Außerdem soll sich die Einkommensteuer automatisch an die Inflation anpassen. Inflation bedeutet: Die Preise steigen und Geld verliert an Kaufkraft.
- uns auf Bundesebene für einen flexibleren Beginn der Rente einsetzen. Dafür wollen wir einen Zeitraum schaffen, in dem jeder selbst über seinen Rentenbeginn entscheiden kann. Die Höhe der Rente soll davon abhängen, wann jemand in Rente geht. So sollen persönliche Entscheidungen möglich sein, die sozial gerecht und dauerhaft bezahlbar sind.

- uns auf Bundesebene für eine umfassende Reform des Sozialsystems einsetzen. Den Menschen darf nicht länger der Eindruck vermittelt werden, Wohlstand sei ohne Anstrengung möglich. Es darf auch nicht der Eindruck entstehen, man könne ohne Bedingungen ein Einkommen erhalten, das andere Menschen erarbeiten.
- daran festhalten: Wer arbeiten kann, muss eine zumutbare Arbeit annehmen. Zumutbar bedeutet, dass die Arbeit unter Berücksichtigung der persönlichen Situation angenommen werden kann.
- die bestehenden Strafen bei Pflichtverletzungen verschärfen. Wer seine Pflichten zur Mitwirkung verletzt oder eine zumutbare Arbeit ablehnt, muss mit Kürzungen der staatlichen Leistungen rechnen. Die rechtlich möglichen Strafen sollen bis zur Grenze ausgeschöpft werden, die das Grundgesetz erlaubt.
- die Aufgaben der Welcome Service Center im Land besser abstimmen und vereinheitlichen. Diese Stellen unterstützen Fachkräfte, die neu nach Mecklenburg-Vorpommern kommen. Sie sollen gezielt Arbeits- und Fachkräfte für alle Branchen gewinnen, vom Handwerk bis zur Industrie.
- Hindernisse für Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben prüfen und abbauen.
- mehr Wohnungen für Beschäftigte und Auszubildende ermöglichen. Dafür setzen wir auf weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungen und flexiblere Regeln für das Bauen. Neue Förderprogramme wollen wir dafür nicht schaffen.
- darauf hinwirken, dass der Bedarf an Fachkräften bei Entscheidungen nach dem Aufenthaltsrecht stärker beachtet wird. Qualifizierte Menschen aus dem Ausland sollen schnell und unkompliziert eine Arbeit aufnehmen können.
- auf Bundesebene fordern, das Recht zur Einwanderung von Fachkräften zu einem modernen Einwanderungsgesetz weiterzuentwickeln. Dazu soll ein Punktesystem gehören. Dabei werden zum Beispiel Ausbildung, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse mit Punkten bewertet.
- uns auf Bundesebene für einheitliche Regeln zur Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse einsetzen. Die Verfahren sollen schneller und flexibler werden.
- die Anerkennungsverfahren verbessern und digitalisieren. Wichtige Anträge sollen vorrangig bearbeitet werden können. Anträge sollen auch auf Englisch möglich sein.
- uns für einheitliche und in der Praxis gut nutzbare Regeln zur Sprachförderung einsetzen.
- die Eingliederung internationaler Fachkräfte verbessern. Behörden und Unternehmen sollen besser zusammenarbeiten. Eine zentrale Internet-Plattform soll Bewerbungen erleichtern. Der Einstieg in den Arbeitsmarkt soll einfacher werden.

Tourismus im Land zum Leben und Urlaub machen

Tourismus stärken und gute Bedingungen schaffen

Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den beliebtesten Urlaubszielen in Deutschland. Das bietet große Chancen für die Wirtschaft, für Arbeitsplätze und für die Lebensqualität im ganzen Land.

Unser Land hat viel zu bieten: die Ostsee, die Seenplatte, die Hansestädte sowie besondere Natur- und Kulturlandschaften. Der Tourismus stärkt auch die ländlichen Regionen. Dafür braucht es gute Bedingungen und die Möglichkeit, privat zu investieren.

Der Tourismus ist ein wichtiger Teil unserer Wirtschaft. Fast 8 Millionen Gäste kommen jedes Jahr nach Mecklenburg-Vorpommern. Sie sorgen für mehr als 30 Millionen Übernachtungen. Davon profitieren viele Bereiche:

- Hotels und andere Unterkünfte,
- Gaststätten und Cafés,
- Freizeitangebote,
- Handel und Handwerk.

Rund ein Drittel aller Arbeitsplätze mit Sozialversicherung hängt direkt oder indirekt von einem starken Tourismus ab. Deshalb braucht die Branche verlässliche Regeln, weniger Bürokratie und eine gute Infrastruktur. Davon profitieren Gäste und Einheimische.

Wir von der FDP wollen den Tourismus für ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen besser zugänglich machen. Das betrifft Verkehrsmittel, Unterkünfte sowie Kultur- und Freizeitangebote.

Gleichzeitig setzen wir auf nachhaltigen Tourismus. Natur- und Kulturlandschaften müssen geschützt werden. Wir wollen hochwertige Angebote statt zu vieler staatlicher Regeln.

Wir von der FDP wollen:

- unnötige Vorschriften für Unterkünfte und Gastronomie abbauen. Genehmigungen, Meldungen und Nachweise sollen digital, einfach und schnell möglich sein.
- zusätzliche Abgaben auf Übernachtungen ablehnen. Bettensteuern und Übernachtungsteuern bremsen den Tourismus und schaffen neue Bürokratie.
- Natur- und Kulturlandschaften als Grundlage des Tourismus schützen und verantwortungsvoll weiterentwickeln. Wir setzen auf eine vernünftige Planung mit klaren Regeln. Betroffene sollen früh beteiligt werden. Entscheidungen müssen verlässlich sein. Konflikte dürfen nicht über Jahre ungelöst bleiben.

- den Tourismus als Motor für die Wirtschaft und die Lebensqualität stärken. Dazu gehört eine Infrastruktur, die Gästen und Einheimischen hilft. Das betrifft Verkehr, Gesundheitsangebote, Freizeit, Kultur und digitale Angebote.
- den Ausbau von Campingplätzen und Stellplätzen für Wohnmobile unterstützen. Diese Orte brauchen eine gute Verkehrsanbindung sowie Möglichkeiten zur Ver- und Entsorgung. Plätze sollen digital buchbar sein. Auch attraktive Rad- und Wanderwege gehören dazu.
- dafür sorgen, dass die Tourismusbranche Förderung und Werbung stärker selbst organisiert. Dabei soll es klare Ziele und eine transparente Finanzierung geben. Die Politik soll so wenig wie möglich über einzelne Details bestimmen.
- Angebote ermöglichen, die auch außerhalb der Hauptsaison Gäste anziehen. Dafür wollen wir Bürokratie abbauen, Verfahren beschleunigen und verlässliche Bedingungen für private Investitionen schaffen.
- das Verbot der Ladenöffnung am Sonntag vollständig abschaffen.
- bessere Bedingungen für Tagungen und Kongresse schaffen. Dafür brauchen wir eine gute Erreichbarkeit, moderne Veranstaltungsorte und professionelle Werbung für den Standort. Mecklenburg-Vorpommern liegt günstig zwischen Hamburg, Berlin, Stettin und dem Ostseeraum.
- die besonderen Bedürfnisse von Saisonbetrieben im Gastgewerbe beachten. Regeln zur Saisonarbeit und staatliche Maßnahmen für den Arbeitsmarkt müssen zur Wirklichkeit in Tourismusregionen passen. Sie dürfen Betriebe nicht durch unnötige Bürokratie belasten.
- die Interessen des Tourismus im Landesraumentwicklungsprogramm stärker beachten. Dieses Programm legt fest, wie Flächen und Infrastruktur im Land langfristig genutzt und entwickelt werden. Wichtig sind dabei besonders die Erreichbarkeit, die Mobilität, der Schutz der Küste, Flächen für touristische Angebote und verlässliche Planungen für Investitionen.

Für eine innovative Landwirtschaft und wirksamen Umweltschutz

Eine saubere Umwelt und ein nachhaltiger Umgang mit der Natur sind wichtig für viele Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern. Das gilt besonders für die Küste, das Meer und den Tourismus.

Auch die Landwirtschaft und die Lebensmittelwirtschaft brauchen gute Böden und eine gesunde Umwelt. Nur so können hochwertige Lebensmittel entstehen. Gute Umweltbedingungen stärken außerdem den Ruf unseres Landes als Herkunftsort gesunder und guter Lebensmittel.

Die Umwelt ist unsere Lebensgrundlage. Das gilt für die Natur und für die Wirtschaft. Es gilt in Mecklenburg-Vorpommern und auf der ganzen Welt.

Eine verantwortungsvolle Umweltpolitik muss deshalb zwei Ziele miteinander verbinden:

- die Umwelt wirksam und mit möglichst geringem Aufwand schützen,
- eine sinnvolle, praktische und zukunftsfähige Nutzung der Natur ermöglichen.

Wir sind überzeugt: Dieses Ziel erreichen wir am besten mit marktwirtschaftlichem Wettbewerb und gezielten Anreizen. Wir setzen nicht auf pauschale Verbote oder ideologisch begründete Regeln.

Wir von der FDP wollen:

- eine Umweltpolitik verfolgen, die realistisch und praktisch umsetzbar ist. Sie soll ohne übertriebene Vorschriften auskommen.
- den Alltag der Bürgerinnen und Bürger nicht bis in ihr Privatleben mit Verboten regeln. Wie jemand sein Haus heizt, welchen Antrieb das eigene Auto hat oder ob Gartenabfälle in einer Feuertonne verbrannt werden, geht den Staat nichts an.
- die verantwortungsvolle Nutzung und Pflege von Böden, Wäldern und Gewässern erleichtern und fördern.
- dafür sorgen, dass Küsten, Fischgründe und Böden auch für kommende Generationen erhalten bleiben.

Mehr wirtschaftliche Chancen auf dem Land

Landwirtschaft, Forstwirtschaft sowie die Fischerei auf Seen und auf dem Meer prägen Mecklenburg-Vorpommern. Sie gehören zur Identität unseres Landes. Sie pflegen die Landschaft, fördern die Kultur und stärken die ländlichen Regionen.

Landwirtinnen und Landwirte schützen und erhalten ihre Böden seit Jahrhunderten. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei sind erfolgreiche und moderne Teile unserer Wirtschaft. Sie sind leistungsfähig und entwickeln sich ständig weiter.

Das gilt für konventionelle und ökologische Betriebe. Alle Betriebe müssen sich immer wieder an neue Bedingungen anpassen. Dafür brauchen sie viele neue Ideen und eine hohe Flexibilität.

Wir von der FDP wollen eine Agrarpolitik, die Landwirte nicht bevormundet. Sie sollen genug Freiheit für eigene wirtschaftliche Entscheidungen haben. Die Landwirte sollen selbst entscheiden:

- welche Rechtsform ihr Betrieb hat,
- wie groß der Betrieb ist,
- wie sie ihre Flächen bewirtschaften.

Denn die Landwirte tragen auch selbst die wirtschaftliche Verantwortung.

Eine liberale Agrarpolitik muss zwei Ziele fair miteinander verbinden: den Schutz der Umwelt und eine Landwirtschaft, die wirtschaftlich erfolgreich arbeiten kann. Wir setzen dafür auf Wettbewerb und gezielte Anreize. Pauschale Verbote lehnen wir ab.

Für uns von der FDP ist der ländliche Raum ein eigener Wirtschafts-, Lebens-, Entwicklungs- und Kulturraum. Er darf nicht nur dazu dienen, Belastungen auszugleichen oder Nutzungen einzuschränken. Wirtschaftlicher Erfolg und wichtige Entscheidungen dürfen nicht nur an anderen Orten stattfinden.

Eigentum verpflichtet auch gegenüber der Gesellschaft. Dieser Grundsatz darf aber nicht dazu führen, dass Eigentümer ihre Flächen praktisch nicht mehr nutzen dürfen, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten.

Auch die Aufgaben der Landwirtschaft verändern sich. Landwirte produzieren weiterhin vor allem Lebensmittel. Sie erzeugen aber auch nachwachsende Rohstoffe. Das sind zum Beispiel Pflanzen, die für Energie, Baustoffe oder andere Produkte genutzt werden.

Wir bekennen uns zu einer Landwirtschaft im ganzen Land. Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft sind wichtige Partner für den Naturschutz und den Tourismus.

Wir von der FDP wollen:

- dafür kämpfen, dass landwirtschaftliche Betriebe den größten Teil ihres Einkommens am Markt verdienen können. Die Politik soll ihnen nicht vorschreiben, wie sie wirtschaften müssen.

- die Entscheidung über die Art der Bewirtschaftung den Betrieben überlassen. Sie sollen selbst entscheiden, ob sie konventionell oder ökologisch arbeiten, den Boden mit einem Pflug oder mit schonenderen Verfahren bearbeiten und ob sie Glyphosat einsetzen. Dabei sollen sie sich nach der Nachfrage, den Bedingungen am jeweiligen Standort und der Wirtschaftlichkeit richten.
- die Bedingungen für landwirtschaftliche Betriebe weiter verbessern. Agrarprodukte sollen in Mecklenburg-Vorpommern erzeugt und weiterverarbeitet werden können. Die Betriebe brauchen dafür verlässliche Regeln und langfristige Planungssicherheit.
- die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln aus allen Arten der landwirtschaftlichen Produktion unterstützen.
- eine eigene Vorsorge des Landes für Notfälle bei der Lebensmittelversorgung aufbauen. Sie soll bei Krisen und Katastrophen schnell und ohne unnötige Bürokratie wirken.
- eine moderne und digital unterstützte Landwirtschaft fördern. Dadurch können Betriebe Dünger, Pflanzenschutzmittel, Wasser und andere Mittel passend zum jeweiligen Standort einsetzen und ihren Verbrauch senken. Das ist für uns der bessere Weg als allgemeine und undifferenzierte Vorgaben zur Senkung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln.
- uns für eine Düngeverordnung einsetzen, die in der Praxis funktioniert und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht. Pflanzen sollen entsprechend ihrem tatsächlichen Bedarf mit Nährstoffen versorgt werden können.
- das Tierwohl laufend verbessern. Dafür wollen wir in ganz Europa einheitliche, hohe und verbindliche Regeln für Tierhaltung und Tiertransporte.
- darauf achten, dass Landwirte die staatlichen Regeln zum Tierwohl auch tatsächlich erfüllen können. Sind Vorgaben praktisch nicht umsetzbar, müssen sie weniger streng gestaltet werden.
- Widersprüche zwischen verschiedenen Gesetzen beseitigen. Das betrifft zum Beispiel Konflikte zwischen Tierwohl und Immissionsschutz. Immissionsschutz bedeutet den Schutz vor Belastungen wie Lärm, Gerüchen oder Schadstoffen.
- deutsche Sonderregeln wie beim Klimaverträglichkeitsgesetz ablehnen. Solche Sonderwege passen nicht zu einer gemeinsamen europäischen Agrarpolitik. Sie benachteiligen deutsche Betriebe gegenüber ihren Wettbewerbern in anderen europäischen Ländern.
- die Chancen für den Export von Produkten aus Mecklenburg-Vorpommern verbessern. Die Nachfrage auf den Weltmärkten wächst. Durch unsere Lage an der Küste haben wir dafür gute Voraussetzungen.
- uns in der Europäischen Union weiter dafür einsetzen, staatliche Direktzahlungen von der erzeugten Menge zu trennen. Direktzahlungen sind finanzielle Leistungen an landwirtschaftliche Betriebe. Sie sollen sich stärker an Nachhaltigkeit und den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft orientieren.
- zusätzliche Anforderungen in der sogenannten ersten Säule der europäischen Agrarpolitik ablehnen, wenn sie über die bereits strengen Fachgesetze und die gute landwirtschaftliche Praxis hinausgehen. Die erste Säule umfasst vor allem die direkten Zahlungen an landwirtschaftliche Betriebe.

- freiwillige und vertraglich vereinbarte Leistungen für Natur- und Umweltschutz aus der sogenannten zweiten Säule der europäischen Agrarpolitik bezahlen. Die zweite Säule unterstützt die Entwicklung der ländlichen Räume sowie besondere Umweltleistungen.
- dabei nicht nur die zusätzlichen Kosten der Landwirte ersetzen. Die Betriebe sollen mit Naturschutzmaßnahmen auch Einkommen erzielen können. Naturschutz soll für Landwirte zu einem wirtschaftlichen Tätigkeitsfeld werden.
- Pflegearbeiten in Schutzgebieten an Landwirte vergeben.
- einen Naturschutz unterstützen, der gemeinsam mit den Landwirten statt gegen sie arbeitet. Das Prinzip „**Pflege durch Nutzung**“ soll ausgebaut werden. Das bedeutet: Landschaften und Lebensräume können durch eine verantwortungsvolle Nutzung erhalten und gepflegt werden.
- staatliche Eingriffe in die Freiheit von Verträgen zwischen Eigentümern von Grundstücken und Landwirten ablehnen.
- dafür sorgen, dass land- und forstwirtschaftliche Flächen bei Bau- und Planungsvorhaben seltener als Ausgleichsflächen genutzt werden. Ausgleichsflächen sollen Schäden an der Natur ausgleichen, die durch andere Vorhaben entstehen.
- ein sachgerechtes Management der Bestände von Bibern, Wildgänsen, Kormoranen und Wölfen unterstützen.
- beim Wolf klare Ziele für die Größe des Bestands festlegen. Problemwölfe sollen rechtssicher entnommen werden können. Eine Entnahme kann auch den Abschuss eines Wolfes bedeuten.
- weitere Forschung und Entwicklung zu Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen unterstützen. Auch ihre Einführung auf dem Markt soll gefördert werden.
- die Forschung und den Einsatz neuer Züchtungsverfahren wie **CRISPR/Cas** ermöglichen. Mit diesem Verfahren kann das Erbgut von Pflanzen gezielt verändert werden. So können Pflanzen widerstandsfähiger werden, weniger Ressourcen brauchen und die Umwelt weniger belasten. Dabei müssen hohe Sicherheitsstandards und klare, nachvollziehbare Regeln gelten.
- Zulassungsverfahren beschleunigen. Dafür brauchen wir klare Aufgaben, digitale Abläufe und weniger Bürokratie.
- die Forschung an Sensoren und Robotern fördern. Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland sollen bei dieser wichtigen Zukunftstechnologie weltweit eine führende Rolle übernehmen.

Landwirtschaft 4.0 stärken und zur Landwirtschaft 5.0 weiterentwickeln

Wir von der FDP wollen moderne und digitale Lösungen für die Landwirtschaft stärker fördern. Dafür sollen auch Gelder der Europäischen Union genutzt werden.

Die Landwirtschaft steht in ganz Europa vor großen Veränderungen. Es fehlen Fachkräfte. Gleichzeitig steigen die Kosten für die herkömmliche Bewirtschaftung von Feldern und Betrieben.

Mecklenburg-Vorpommern gehört bei der **Landwirtschaft 4.0** schon heute zu den führenden Bundesländern. Landwirtschaft 4.0 bedeutet: Digitale Technik, Sensoren, Satelliten und automatische Systeme helfen bei der Arbeit.

Viele Betriebe nutzen bereits moderne Verfahren. Dazu gehören:

- **Section Control:** Satelliten steuern landwirtschaftliche Maschinen. So werden Dünger oder Pflanzenschutzmittel nur dort eingesetzt, wo sie gebraucht werden.
- **Ertragskarten:** Sie zeigen, wie hoch die Ernte auf verschiedenen Teilen eines Feldes ist.
- **Biomassekarten:** Sie zeigen, wie gut Pflanzen auf verschiedenen Flächen wachsen.
- **Sensoren im Stall:** Sie sammeln Daten über die Gesundheit der Tiere.

Wir von der FDP unterstützen die weitere Automatisierung der Landwirtschaft. Auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz soll möglich sein. Diese Entwicklung hin zur **Landwirtschaft 5.0** werden wir nicht behindern.

Damit landwirtschaftliche Betriebe diese Möglichkeiten vollständig nutzen können, brauchen sie überall eine gute und schnelle Internetverbindung. Deshalb muss die digitale Netzinfrastruktur auch in ländlichen Gebieten weiter ausgebaut werden.

Moderne Technik darf aber nicht dazu führen, dass ein Betrieb vollständig überwacht werden kann. Auch dürfen einzelne Unternehmen nicht zu viel Macht über Daten und technische Systeme bekommen.

Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene für klare Regeln ein. Diese Regeln sollen:

- die Sicherheit und den Schutz betrieblicher Daten sichern,
- einheitliche technische Verbindungen zwischen verschiedenen Systemen schaffen,
- gemeinsame Datenformate für die Angebote unterschiedlicher Hersteller festlegen.

So sollen Landwirte verschiedene Systeme miteinander verbinden und den Anbieter leichter wechseln können.

Wälder nachhaltig nutzen und für den Klimawandel stärken

Wir setzen uns für eine nachhaltige und wirtschaftliche Nutzung der Wälder ein.

Holz ist ein wichtiger Rohstoff, der immer wieder nachwächst. Es kann als Bauholz und für Möbel oder Papierprodukte genutzt werden. Reste aus der Holzernte und der Pflege des Waldes können zur Erzeugung von Strom und Wärme dienen.

Die Nutzung von Holz trägt zum Klimaschutz bei. Gleichzeitig stärkt sie die Wirtschaft in der Region.

Der Wald ist aber nicht nur als Lieferant von Holz wichtig. Er schützt die Natur und bietet Menschen einen Ort zur Erholung. Damit ist er auch für Freizeit und Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern von großer Bedeutung.

Wir von der FDP wollen:

- die Aufforstung als Mittel für den Klimaschutz unterstützen. Aufforstung bedeutet, neue Wälder anzupflanzen. Diese Wälder nehmen CO₂ aus der Luft auf und speichern es.
- dafür sorgen, dass diese Speicherung von CO₂ wirtschaftlich belohnt wird. Für neu im Wald gespeichertes CO₂ sollen Emissionszertifikate vergeben werden können. Diese Zertifikate haben einen wirtschaftlichen Wert. Dadurch sollen Anreize für neue Wälder entstehen.
- auf den Flächen des Landes eine echte Offensive zum Schutz des Waldes starten. Geschädigtes Holz soll schnell entfernt und Schädlinge sollen bekämpft werden.
- geschädigte Waldflächen schnell wieder aufforsten. Dafür sollen Baumarten genutzt werden, die mit den Folgen des Klimawandels besser zurechtkommen und zugleich wirtschaftlich nutzbar sind.
- Nachteile privater Forstbetriebe im Wettbewerb mit der Landesforstanstalt abbauen. Die Landesforstanstalt ist für die Wälder des Landes zuständig.
- uns dafür einsetzen, dass die Gesetze zu Forstwirtschaft, Jagd und Naturschutz gleichrangig berücksichtigt werden.
- Jägern ermöglichen, ihren Auftrag zu erfüllen. Dazu gehört die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und der Schutz der biologischen Vielfalt.
- die Wiedereinführung der Jagdsteuer ablehnen. Diese Steuer würde zusätzliche Bürokratie schaffen.

Fischerei ist Tradition, Versorgung und nachhaltige Wirtschaft

Teichwirtschaften, Fluss- und Seenfischerei sowie die Küstenfischerei haben in Mecklenburg-Vorpommern eine lange Tradition. Sie prägen unsere Landschaft und versorgen die Menschen mit hochwertigen Lebensmitteln.

Die gewerbliche Fischerei ist aber bedroht und geht immer weiter zurück. Diese Entwicklung müssen wir stoppen. Sonst verlieren wir wichtiges Wissen, alte Traditionen und einen bedeutenden Teil unserer Wirtschaft.

Die Europäische Union hat ihre gemeinsame Fischereipolitik verändert. Das Ziel ist eine nachhaltige Nutzung der Fischbestände. Es sollen also nur so viele Fische gefangen werden, dass sich die Bestände wieder erholen und dauerhaft erhalten bleiben.

Dadurch sollen sich langfristig sowohl die Fischbestände als auch die Fischerei als Wirtschaftszweig erholen.

Diese Veränderungen müssen aber mit Augenmaß umgesetzt werden. Die heimische Fischerei darf nicht einseitig oder stärker als andere belastet werden.

Angler sind Naturschützer

Mecklenburg-Vorpommern hat mehr als 30.000 Hektar Gewässer, in denen geangelt werden kann. Damit ist unser Land ein besonders attraktiver Ort für Freizeitangler.

Nicht nur Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern angeln an der Ostseeküste, in den Seen und in den Flüssen. Auch viele Gäste besuchen unser Land deshalb.

Die Angelvereine leisten viele Stunden ehrenamtliche Arbeit. Das gilt besonders für den Landesanglerverband und seine regionalen Vereine. Sie übernehmen wichtige Aufgaben für den praktischen Naturschutz. Dazu gehören:

- das Einsetzen von Fischen in Gewässer,
- die Pflege und Bewirtschaftung der Gewässer,
- die Förderung junger Angler,
- die Ausbildung und Prüfung von Anglern.

Die Vereine schützen die Natur, indem sie diese verantwortungsvoll nutzen. Dieses Prinzip muss auch in Zukunft möglich bleiben. Es darf nicht durch unsinnige Vorschriften und zusätzliche Bürokratie erschwert werden.

Für den Fischereischein müssen Angler eine Prüfung ablegen. Dabei lernen sie die wichtigen Regeln. An diese Regeln müssen sie sich halten.

Die Fangverbote für Dorsch und besonders für Aal widersprechen den Maßnahmen der Vereine. Die Vereine setzen Fische in die Gewässer ein, dürfen sie später aber nicht fangen. Deshalb wollen wir diese Fangverbote abschaffen. Falls Schutzmaßnahmen nötig sind, sollen stattdessen sinnvolle Begrenzungen für die Fangmenge gelten.

Wir von der FDP wollen:

- Fischer stärker an der Pflege und Sicherung der Fischbestände beteiligen. Alle Beteiligten sollen gemeinsam handeln. Dabei müssen regionale Besonderheiten und eigene Initiativen vor Ort stärker beachtet werden.
- die Reform der gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Union unterstützen und umsetzen. Ziel ist eine wirtschaftlichere, modernere und nachhaltigere Fischerei. Dabei müssen wir besonders die kleinen und handwerklich arbeitenden Fischereibetriebe berücksichtigen.
- den Aufbau von Aquakulturen fördern, wenn sie sinnvoll und wirtschaftlich sind. Aquakulturen sind Anlagen, in denen Fische oder andere Wassertiere gezüchtet werden. Sie können helfen, die steigende Nachfrage nach Fisch zu decken. Die herkömmliche Fischerei kann dies wegen vieler überfischter Bestände auf Dauer nicht allein leisten.
- ein aktives Kormoran-Management unterstützen. Es soll auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Damit wollen wir Fischbestände und die Vielfalt der Arten schützen und die Schäden durch Kormorane verringern.

- die heutige Winterlagerregelung abschaffen oder durch sinnvollere Maßnahmen ersetzen. Diese Maßnahmen sollen die Fischbestände im Winter schützen.
- Flüsse dort wieder durchgängig machen, wo es möglich ist. Hindernisse für wandernde Fische sollen beseitigt oder überwindbar gemacht werden. So können Lachse, Forellen und Aale wieder zu ihren Laichgebieten gelangen und sich fortpflanzen.
- die EU-Melde-App für Fänge an der Küste wieder abschaffen. Sie verursacht Bürokratie und ihr Nutzen ist mehr als fraglich. Das gilt in ähnlicher Weise auch für Fangbücher.

Imkerei – Gesunde und reiche Honigernten ermöglichen

Wir von der FDP wollen, dass Imker auch in Zeiten des Klimawandels weiterhin hochwertigen Honig herstellen können.

Dafür müssen mehr Menschen erfahren, wie wichtig die Imkerei ist. Imkerinnen und Imker brauchen weiterhin eine gute Ausbildung. Außerdem müssen wir stärker gegen gefälschten oder falsch gekennzeichneten Honig vorgehen.

Wir von der FDP wollen:

- die Zusammenarbeit zwischen Landwirten und Imkern verbessern. Pflanzenschutzmittel sollen weiterhin wirksam eingesetzt werden können. Gleichzeitig darf die wichtige Bestäubung durch Bienen nicht gefährdet werden.
- uns dafür einsetzen, dass politische Vorgaben den Anbau von Raps nicht weiter erschweren. Raps ist im Frühjahr eine wichtige Nahrungsquelle für Bienen.
- dafür sorgen, dass neue öffentliche Grünflächen stärker auf die Bedürfnisse von Bienen ausgerichtet werden. Dort sollen mehr geeignete Pflanzen wachsen.
- konsequent gegen verfälschten und falsch gekennzeichneten Honig vorgehen. Die Kontrolle von Honig aus dem Ausland soll wirksam verbessert werden.
- Schulen im Rahmen der bestehenden Lehrpläne mehr Möglichkeiten geben, freiwillig mit Imkern und anderen Partnern aus der Praxis zusammenzuarbeiten.
- die Förderung für Imker beibehalten. Dazu gehören die Ausbildung, die Fortbildung sowie die Anschaffung technischer Hilfsmittel und von Medikamenten für Bienen.
- die Forschung an Bieneninstituten ausbauen und stärker an der Praxis ausrichten. Wir unterstützen die Entwicklung weiterer Methoden gegen Varroamilben. Diese Milben sind kleine Parasiten, die Bienenvölker befallen und schwer schädigen können.
- uns dafür einsetzen, dass sich neue Tierarten aus anderen Teilen der Welt nicht unkontrolliert ausbreiten. Dazu gehören in der Imkerei die Asiatische Hornisse und der Kleine Beutenkäfer. Diese invasiven Arten können heimische Bienenvölker bedrohen und große wirtschaftliche Schäden verursachen.
- zugleich an die Eigenverantwortung der Imker appellieren. Sie sollen an Programmen teilnehmen und das Auftreten solcher schädlichen Arten melden.

Verbraucherinnen und Verbraucher sollen selbst entscheiden

Verbraucherinnen und Verbraucher können selbst entscheiden. Sie wollen nicht vom Staat bevormundet werden.

Die Auswahl an Waren und Dienstleistungen ist heute oft kompliziert. Trotzdem darf die Politik die Menschen nicht belehren oder ihnen Entscheidungen abnehmen. Das Recht auf Selbstbestimmung muss erhalten bleiben.

Wir von der FDP lehnen Maßnahmen ab, mit denen der Staat das Verhalten der Menschen gezielt steuern will. Freiheit bedeutet auch, manchmal etwas Ungesundes zu essen oder etwas Unvernünftiges zu tun. Das gilt, solange dadurch keine anderen Menschen geschädigt werden.

Wir setzen auf verständliche und sachliche Informationen. Außerdem muss der Staat den Markt wirksam kontrollieren.

Ein guter Verbraucherschutz ist Wirtschaftspolitik für alle Menschen. Er stärkt Verbraucherinnen und Verbraucher. Er schützt ihre Rechte und sorgt dafür, dass sie diese Rechte auch durchsetzen können.

Verbraucher müssen rechtzeitig und verständlich über mögliche Gefahren informiert werden. Sie brauchen klare Informationen und mehr Offenheit. Gleichzeitig soll unnötige Bürokratie vermieden werden.

Das gilt für viele Bereiche, zum Beispiel:

- Lebensmittel,
- Angebote im Internet,
- Gesundheitsleistungen,
- Finanzprodukte.

Verbraucherinnen und Verbraucher können eigenverantwortlich mit Waren, Dienstleistungen und neuen Technologien umgehen. Wir trauen ihnen zu, eigene Entscheidungen zu treffen.

Deshalb wollen wir die Stellung der Verbraucher auf dem Markt stärken. Wir lehnen einen Verbraucherschutz durch zu viele Regeln und Verbote ab.

Wir von der FDP wollen:

- die Kontrolle von Lebensmitteln weiter verbessern.

- den Verbraucherschutz in Mecklenburg-Vorpommern auf drei wichtige Aufgaben konzentrieren: eine wirksame Kontrolle des Marktes, die Durchsetzung bestehender Rechte und verständliche Informationen.
- Werbeverbote für Lebensmittel ablehnen, nur weil diese als angeblich ungesund gelten.
- neue Bagatellsteuern und die Ausweitung bestehender Bagatellsteuern ablehnen. Bagatellsteuern sind zusätzliche Steuern auf bestimmte Produkte, die oft nur geringe Einnahmen bringen, aber Bürokratie verursachen.
- bei neuen staatlichen Regeln die tatsächlichen Kosten für den Verbraucherschutz als Folgekosten berücksichtigen.
- Verbote bestimmter Produktnamen ablehnen. Begriffe wie „Veggie-Burger“, „veganer Speck“, „Tofu-Rippchen“ und „Soja-Schnitzel“ sollen weiterhin verwendet werden dürfen.

Umweltschutz ist keine Frage der Ideologie

Umweltschutz ist wichtig. Er schützt das Eigentum und die Gesundheit der Menschen. Er schützt auch unsere natürlichen Lebensgrundlagen vor echten Schäden.

Eine saubere Umwelt ist für Mecklenburg-Vorpommern besonders wichtig. Viele Arbeitsplätze im Tourismus hängen davon ab. Dabei setzen wir auf einen Tourismus, der wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele miteinander verbindet.

Auch die Landwirtschaft und die Lebensmittelwirtschaft brauchen gute Böden und eine gesunde Umwelt.

Eine verantwortungsvolle Umweltpolitik muss diese Zusammenhänge beachten. Gleichzeitig muss sie eine sichere, bezahlbare und moderne Versorgung mit Energie und Trinkwasser ermöglichen.

Bei der Kreislaufwirtschaft sollen Rohstoffe und Produkte möglichst lange genutzt und wiederverwertet werden. Auch beim zukünftigen Verbrauch von Flächen müssen wir verschiedene Interessen miteinander verbinden. Dazu gehören die Bedürfnisse der Menschen und die Ziele des Umweltschutzes.

Umweltschäden sollen möglichst vermieden werden. Entstehen trotzdem Schäden, gilt das Verursacherprinzip: Wer einen Schaden verursacht, muss für seine Beseitigung bezahlen.

Wir von der FDP stehen zu unserer Verantwortung für den Schutz von Umwelt, Natur und Rohstoffen. Ein vernünftiger Umweltschutz muss praktisch umsetzbar sein. Er muss ohne ideologische Übertreibungen auskommen.

Echte Nachhaltigkeit kann nur durch die Zusammenarbeit in Europa und weltweit erreicht werden. Wir wollen den Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Mitteln gestalten. Dazu gehören Wettbewerb, Anreize und klare Verantwortung.

Wir von der FDP wollen:

- die Nutzung von Ökokonten unterstützen. Auf einem Ökokonto werden bereits umgesetzte Maßnahmen für den Naturschutz erfasst. Sie können später als Ausgleich für Eingriffe in die Natur oder für Bauvorhaben genutzt werden. So lassen sich gesetzlich notwendige Ausgleichsmaßnahmen sinnvoll und flexibel umsetzen. Dabei setzen wir auf klare Informationen und öffentliche Ausschreibungen, an denen sich verschiedene Anbieter beteiligen können.
- unsere Kulturlandschaft gemeinsam mit der Land- und Forstwirtschaft pflegen und weiterentwickeln. Dafür brauchen wir Bewirtschaftungsformen, die sowohl die Umwelt schützen als auch wirtschaftlich tragfähig sind.
- uns dafür einsetzen, Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten. Tiere und ihre Ausscheidungen gehören zu natürlichen und wirtschaftlichen Kreisläufen in der Landwirtschaft. Wir wollen mit passenden gesetzlichen Bedingungen verhindern, dass immer mehr Betriebe die Tierhaltung aufgeben.

- eine allgemeine Begrenzung der Zahl großer Nutztiere pro Hektar ablehnen. Die sogenannte Großvieheinheit ist eine Rechengröße, mit der verschiedene Tierarten miteinander verglichen werden.
- Natur- und Landschaftsschutzgebiete dauerhaft erhalten. Dabei setzen wir besonders auf den Vertragsnaturschutz. Das bedeutet: Der Staat vereinbart freiwillige Naturschutzmaßnahmen mit Landwirten, Forstwirten, Fischern und Jägern vor Ort.
- weitere Verschärfungen des Bundesnaturschutzgesetzes durch zusätzliche Regeln des Landes kritisch prüfen.

Klimaschutz: Weltweit weniger Treibhausgase ausstoßen

Wir von der FDP wollen den weltweiten Klimawandel wirksam und möglichst wirtschaftlich bekämpfen. Der Klimawandel ist eine der größten Gefahren für unsere Freiheit.

Dabei setzen wir auf die Fähigkeit unserer Wirtschaft, neue Lösungen zu entwickeln. Die Politik soll dafür passende und verlässliche Bedingungen schaffen.

Wir wollen in die Forschung an wichtigen Zukunftstechnologien investieren. Dazu gehören:

- grüner Wasserstoff, der mit erneuerbarer Energie hergestellt wird,
- leistungsfähige Batterien,
- intelligente Stromnetze.

Ein weiteres wichtiges Mittel ist für uns der internationale Handel mit Emissionszertifikaten. Ein solches Zertifikat erlaubt den Ausstoß einer bestimmten Menge an Treibhausgasen.

Die Regeln für Emissionen sollen stärker international gelten. Strenge Vorgaben dürfen einzelne Länder nicht im wirtschaftlichen Wettbewerb benachteiligen. Deshalb wollen wir nationale Sonderregeln aufgeben und mindestens gemeinsame europäische Lösungen schaffen.

Um die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen und möglichst darunter zu bleiben, muss die erlaubte Menge an Emissionen begrenzt werden. Deshalb darf es auch nur eine begrenzte Zahl von Emissionszertifikaten geben.

Die Politik soll dabei nicht den Preis für CO₂ festlegen. Sie soll nur bestimmen, wie viele Emissionen insgesamt erlaubt sind. Der Preis der Zertifikate soll sich durch Angebot und Nachfrage am Markt bilden.

Für uns ist die erlaubte Menge der **Nettoemissionen** eine politische Entscheidung. Nettoemissionen sind die Treibhausgase, die nach Abzug der gebundenen Mengen tatsächlich in der Atmosphäre bleiben.

Wer CO₂ bindet, soll dafür zusätzliche Zertifikate erhalten können. Das gilt zum Beispiel für Aufforstung und für neue technische Verfahren.

Langfristig soll CO₂ dort eingespart oder gebunden werden, wo dies am wirksamsten und mit den geringsten Kosten möglich ist.

Der Emissionshandel ist für uns das wichtigste Mittel zur Steuerung des Klimaschutzes. Er ist marktwirtschaftlich und offen für verschiedene Technologien. Der Staat schreibt also nicht vor, welche einzelne Technik genutzt werden muss.

Wenn der Markt entscheidet, können sich die besten Lösungen durchsetzen. So lässt sich das Klima nach unserer Überzeugung wirksamer schützen als durch Subventionen, die den Wettbewerb verändern, oder durch staatlich finanzierte Organisationen.

Wichtige Gesetze für Verkehr und Energie werden nicht vom Land Mecklenburg-Vorpommern beschlossen. Deshalb sind eigene Klimaziele des Landes, die von den Zielen des Bundes abweichen, nicht realistisch. Wir von der FDP lehnen solche Landesziele ab.

Wir von der FDP wollen:

- das Europäische Emissionshandelssystem, kurz **EU-EHS**, konsequent ausbauen. Alle Bereiche der Wirtschaft sollen einbezogen werden. Langfristig wollen wir Emissionshandelssysteme weltweit ausweiten.
- nationale Alleingänge aufgeben und uns für gemeinsame europäische Lösungen einsetzen.
- für Mecklenburg-Vorpommern keine eigenen Ziele zur Klimaneutralität festlegen, die von den Zielen des Bundes abweichen.
- keinen politisch festgelegten CO₂-Preis einführen. Die Politik soll nur die höchstens erlaubte Menge an Emissionen bestimmen.
- Forschung und Entwicklung in wichtigen Fachbereichen fördern. Außerdem wollen wir weitere Forschungsinstitute für Mecklenburg-Vorpommern gewinnen. Besonders die Schiffbauindustrie unseres Landes kann mit neuen Technologien weltweit zum Klimaschutz beitragen.
- die Bindung von Treibhausgasen in den europäischen Emissionshandel einbeziehen. Das soll sowohl für Aufforstung als auch für neue technische Verfahren gelten.
- den Preis der Emissionszertifikate am Markt entstehen lassen. Langfristig soll das Angebot an Zertifikaten kleiner werden. Dadurch steigt der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen.
- Moorflächen und wertvolle Lebensräume schützen. Auch trockengelegte Moore sollen wieder vernässt werden. Dies soll im Einvernehmen mit den Eigentümern und Nutzern geschehen.
- Grünflächen und Kleingärten in Städten gezielt fördern. Wir wollen außerdem Kaltluftschneisen erhalten und entwickeln. Das sind freie Flächen, durch die kühlere Luft in die Stadt gelangen kann. So sollen Städte im Sommer weniger stark überhitzen. Bebaute Gebiete werden dadurch lebenswerter für Menschen, Pflanzen und Tiere.

Weniger Abfall und mehr Wiederverwendung

Wir von der FDP wollen eine Abfall- und Rohstoffpolitik, die der Umwelt und der Wirtschaft nutzt.

Unser Ziel ist:

- möglichst wenig Abfall entstehen zu lassen,
- wertvolle Rohstoffe gut und effizient zu nutzen,
- für entstehenden Abfall die wirtschaftlichste und umweltfreundlichste Lösung zu finden.

Dabei setzen wir auf neue Technologien, Wettbewerb und eine sichere Entsorgung. Rohstoffe müssen verantwortungsvoll genutzt werden. Der Staat soll aber nicht jedes einzelne Verfahren vorschreiben.

Die Entsorgungswirtschaft braucht klare und verlässliche Gesetze. Unternehmen müssen investieren und neue Lösungen entwickeln können. Im Wettbewerb soll sich die Lösung durchsetzen, die effizient, bezahlbar und umweltverträglich ist.

Das dient den Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie der Wirtschaft. Deshalb wollen wir Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern und Entsorgungslösungen.

Auch bei der Biotonne darf es keine Entscheidungen aus rein ideologischen Gründen geben. Die getrennte Sammlung und Verwertung von Bioabfällen ist nicht überall automatisch die beste Lösung.

Wenn eine getrennte Sammlung keinen klaren Vorteil für die Umwelt oder die Kosten bringt, sollen die Kommunen andere Möglichkeiten wählen dürfen. Diese Lösungen müssen flexibel und günstig sein.

Für uns sind drei Punkte besonders wichtig:

- Abfälle müssen sicher entsorgt werden,
- die Kosten müssen angemessen sein,
- Umwelt und Gebührenzahler müssen einen echten Nutzen haben.

Wir von der FDP wollen:

- uns für ein einfaches und verständliches Abfallrecht einsetzen, das in der Praxis funktioniert. Haushalte sollen ihren Müll leichter richtig trennen können. Unnötige Bürokratie wollen wir abbauen und Verbraucher entlasten.
- den Einsatz neuer Technologien zur Sortierung und Verwertung von Abfällen erleichtern. Die Regeln sollen offen für verschiedene technische Lösungen sein. Unnötige rechtliche Hindernisse wollen wir beseitigen.
- uns für einen Wettbewerb um die besten Lösungen zur Entsorgung und Verwertung von Abfällen einsetzen.

- den weiteren Eintrag von Mikroplastik in natürliche und wirtschaftliche Kreisläufe verringern. Dafür wollen wir die Forschung an alternativen Betriebsstoffen und Materialien fördern. Mikroplastik sind sehr kleine Kunststoffteilchen, die in die Umwelt gelangen können.

Wasser als Lebensgrundlage schützen und Schäden durch Wasser verhindern

Der Schutz von Trinkwasser, Küsten, Gewässern und wichtigen Wasseranlagen ist eine zentrale Aufgabe des Staates in Mecklenburg-Vorpommern.

Liberaler Wasserpolitik soll Gesundheit, Eigentum, Infrastruktur und natürliche Rohstoffe wirksam schützen. Dafür brauchen wir klare Aufgaben. Es muss auch das Verursacherprinzip gelten: Wer einen Schaden verursacht, muss für die Folgen aufkommen. Staatliche Mittel müssen sinnvoll und sparsam eingesetzt werden.

Wir von der FDP wollen die Wasserpolitik auf die wichtigsten Aufgaben konzentrieren:

- Trinkwasserquellen schützen,
- Hochwasser- und Küstenschutz sichern,
- konkrete Gefahren für die Umwelt beseitigen,
- klare und rechtssichere Regeln für die Wasserversorgung und Wassernutzung schaffen.

Wir von der FDP wollen:

- die Programme zum Hochwasser- und Küstenschutz fortsetzen und regelmäßig prüfen. Vorrang haben Maßnahmen, deren Wirkung nachgewiesen ist. Sie sollen Menschen, Eigentum, Infrastruktur und Wirtschaftsstandorte schützen.
- natürliche und technische Schutzmaßnahmen sinnvoll miteinander verbinden. Entscheidend sind ihre Wirkung, ihre Angemessenheit und der Bedarf in der jeweiligen Region.
- bestehende Retentionsräume erhalten, wenn sie nachweislich für den Hochwasserschutz notwendig sind. Retentionsräume sind Flächen, die bei Hochwasser Wasser aufnehmen und dadurch Überschwemmungen an anderen Orten verringern können.
- darauf achten, dass Eingriffe in Eigentum und Nutzung angemessen bleiben. Solche Eingriffe dürfen nur auf einer klaren fachlichen Grundlage erfolgen.
- die Bedingungen für eine langfristig sichere, bezahlbare und hochwertige öffentliche Trinkwasserversorgung verbessern.
- unsere Wasserquellen schützen und notwendige Anlagen schneller genehmigen. Dazu gehören zum Beispiel Wasserwerke, Leitungen und Speicher.
- den Eintrag von Schadstoffen nach dem Verursacherprinzip begrenzen. Wer Schadstoffe verursacht, soll dafür angemessen verantwortlich sein.

- klare, verständliche und rechtssichere Regeln für Konflikte bei der Wassernutzung schaffen.
- der öffentlichen Trinkwasserversorgung Vorrang geben. Andere Nutzungen von Wasser sollen verlässlich planbar und effizient sein.
- bei weiteren Wassernutzungen beachten, wie viel Wasser verfügbar ist, welche tatsächlichen Kosten entstehen und wie stark eine Region belastet werden kann.
- den Schutz der Meere stärker beachten. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf alter Munition im Meer, die aus früheren Kriegen stammt und Umwelt sowie Menschen gefährden kann.
- uns gemeinsam mit den anderen Küstenländern beim Bund für eine verlässliche Finanzierung einsetzen. Genehmigungen für die Suche, Bergung und Entsorgung alter Munition sollen schneller erteilt werden.
- bei diesen Aufgaben auf Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern setzen.
- in Mecklenburg-Vorpommern gute Bedingungen für Forschung, praktische Tests und die Ansiedlung von Unternehmen schaffen, die an der Suche, Bergung und Entsorgung von alter Munition im Meer arbeiten.

Selbstbestimmung braucht Versorgungs- sicherheit im ganzen Land

Ein glückliches Leben in der Familie

Für uns von der FDP entsteht Familie überall dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Dabei spielt es keine Rolle, in welchem Familien-oder Lebensmodell sie leben.

Wir setzen auf Freiheit und eine selbstbestimmte Lebensplanung. Jeder Mensch soll das eigene Leben möglichst frei gestalten können. Dazu müssen Familie und Beruf gut miteinander vereinbar sein.

Dafür brauchen Familien:

- eine gute Kinderbetreuung,
- flexible Arbeitszeiten,
- moderne und familienfreundliche Angebote.

Feste Vorstellungen über die Aufgaben von Frauen und Männern wollen wir überwinden. Gleichberechtigung soll im Alltag wirklich gelebt werden.

Eine moderne Familienpolitik muss alle Formen des Zusammenlebens beachten. Dazu gehören zum Beispiel:

- klassische Familien,
- Patchworkfamilien,
- Alleinerziehende,
- Familien mit einem Wechselmodell,
- gleichgeschlechtliche Partnerschaften.

Bei einem Wechselmodell lebt ein Kind abwechselnd bei beiden getrennt lebenden Elternteilen.

Kinder, ältere Menschen und kranke Menschen brauchen verlässliche Unterstützung. Diese Unterstützung darf nicht davon abhängen, in welchem Familienmodell sie leben.

Wir von der FDP wollen gleiche Rechte und faire Bedingungen für alle Lebens- und Familienmodelle.

Wir lehnen jede Benachteiligung wegen der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität ab. Sexuelle Orientierung beschreibt, zu welchem Geschlecht sich ein Mensch hingezogen fühlt. Geschlechtliche Identität beschreibt, welchem Geschlecht sich ein Mensch selbst zugehörig fühlt.

Akzeptanz und Respekt sind für uns nicht verhandelbar.

Wir von der FDP wollen:

- den Kommunen die Kosten für Leistungen nach dem Bundesteilhabegesetz vollständig und verlässlich erstatten. Dieses Gesetz soll Menschen mit Behinderungen eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.
- prüfen, wie viel Geld das Land für die Betreuung kleiner Kinder in Kindertagesstätten und bei Tagespflegepersonen bereitstellt. Die Finanzierung soll an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden.
- die Vielfalt der Träger erhalten. Kinderbetreuung und soziale Angebote sollen weiterhin von öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Einrichtungen angeboten werden können.
- soziale Dienstleistungen besser an die jeweilige Situation einer Familie anpassen. Die Hilfen sollen wirksam sein und die vorhandenen Mittel sinnvoll nutzen. Nicht jede Maßnahme ist für jede Familie gleich gut geeignet.
- uns für Toleranz und gleiche Chancen für alle Menschen einsetzen. Das gilt unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung.
- die gesellschaftliche Anerkennung verschiedener Lebens-, Beziehungs- und Familienmodelle fördern.
- alle Leistungen für Familien darauf prüfen, ob sie einfach und digital beantragt werden können. Unnötige bürokratische Hindernisse wollen wir abbauen.

Kind sein in Mecklenburg-Vorpommern

Für uns von der FDP liegt die Verantwortung für Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern zuerst bei den Eltern. Eltern haben dabei Rechte und Pflichten.

Familien sollen genug Freiheit haben. Sie sollen die Entwicklung ihrer Kinder selbstständig und verantwortlich gestalten können.

Manche Eltern können ihre Aufgaben aber nicht vollständig erfüllen. In solchen Fällen müssen sie sich auf staatliche Hilfe verlassen können. Der Staat soll sie mit Respekt und Verständnis bei der Erziehung und Fürsorge unterstützen.

Wir von der FDP wollen die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken. Dabei wollen wir sie nicht bevormunden oder ihre Freiheit einschränken.

Kinder und Jugendliche sollen nicht nur Thema politischer Entscheidungen sein. Sie sollen selbst mitreden und ihre Umgebung aktiv mitgestalten können. Dafür wollen wir die notwendigen Möglichkeiten schaffen und weiter ausbauen.

Wir von der FDP wollen:

- Kinder und Jugendliche stärker an politischen Entscheidungen beteiligen. Dafür wollen wir Kinder- und Jugendparlamente sowie Beiräte für Kinder in Städten und Gemeinden fördern und ausbauen.
- die Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern, Polizei sowie Kinderärztinnen und Kinderärzten verbessern. Diese Stellen sollen besser ausgestattet und ihre Beschäftigten besser ausgebildet werden. So können Kinder und Jugendliche wirksamer geschützt werden.
- uns für Ombudspersonen in den Jugendämtern der Landkreise und kreisfreien Städte einsetzen. Ombudspersonen sind unabhängige Ansprechpersonen. Sie helfen Kindern, Jugendlichen und Familien bei Konflikten mit dem Jugendamt.
- mit einem Programm des Landes Familien unterstützen, die wegen gesundheitlicher Probleme keine Kinder bekommen können.
- dafür sorgen, dass ein Schwangerschaftsabbruch überall im Land unkompliziert möglich ist.
- uns dafür einsetzen, dass die medizinischen Methoden für Schwangerschaftsabbrüche in der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten gelehrt werden.
- eine Kampagne zur Information und Aufklärung über Genitalverstümmelungen ohne medizinischen Grund unterstützen. Diese Kampagne soll sich mit Eingriffen bei Mädchen und Jungen befassen und die Menschen für die Folgen sensibilisieren.
- uns für die vollständige Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs einsetzen. Das bedeutet: Ein Schwangerschaftsabbruch soll nicht mehr im Strafrecht geregelt und nicht als Straftat behandelt werden.

Selbstbestimmt und würdevoll im Alter leben

Viele ältere Menschen stehen mitten im Leben. Sie sind mobil, engagieren sich und entscheiden selbst über ihr Leben. Wir von der FDP wollen ihr Wissen und ihren Einsatz stärker fördern und in die Gesellschaft einbinden.

Gleichzeitig leiden besonders ältere Menschen immer häufiger unter Einsamkeit. Wir wollen mehr Begegnungen, gesellschaftliche Teilhabe und Wertschätzung ermöglichen. Menschen sollen in jeder Lebensphase wahrgenommen werden und ihre Umgebung mitgestalten können.

Wir stehen für Inklusion und Vielfalt. Inklusion bedeutet: Jeder Mensch soll gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Das gilt auch für Menschen mit Behinderungen. Arbeit, Bildung und Freizeit bieten viele Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben.

Die meisten älteren und kranken Menschen möchten zu Hause in ihrer vertrauten Umgebung gepflegt werden. Auch viele Erwachsene mit schweren Behinderungen leben bei ihren Eltern. Ihre Angehörigen betreuen und pflegen sie oft über viele Jahre.

Diese Verantwortung belastet viele Familien stark. Deshalb brauchen sie eine verlässliche Begleitung und Möglichkeiten zur Entlastung.

Viele Menschen wünschen sich eine ambulante Betreuung. Ambulant bedeutet: Die Betreuung oder Pflege findet zu Hause statt. Dafür brauchen wir:

- weniger Bürokratie,
- mehr Pflegefachkräfte,
- einen fairen Wettbewerb bei sozialen Dienstleistungen.

Das Bundesteilhabegesetz soll Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Mecklenburg-Vorpommern setzt dieses Gesetz bisher nicht ausreichend um.

Die Kosten für diese Leistungen müssen vollständig und verlässlich erstattet werden. Denn für Teilhabe reichen gesetzliche Regeln allein nicht aus. Sie braucht auch eine faire Finanzierung.

Wir von der FDP wollen:

- die öffentliche Infrastruktur strenger darauf prüfen, ob sie barrierefrei ist und den Bedürfnissen der Menschen nach Mobilität und Sicherheit entspricht. Zur öffentlichen Infrastruktur gehören zum Beispiel Straßen, Gehwege, Haltestellen und öffentliche Gebäude.
- Begegnungsstätten für ältere Menschen und für mehrere Generationen fördern. Dort soll es passende Freizeitangebote für ältere Menschen sowie gemeinsame Angebote für Jung und Alt geben. Damit wollen wir Einsamkeit verhindern.

- Wohn-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote für alle Menschen weiterentwickeln und dauerhaft in den zuständigen Einrichtungen verankern. Die Angebote sollen unabhängig von der familiären Situation, der sexuellen Orientierung und der jeweiligen Lebensphase zugänglich sein.
- die Fachkraftquote in der Pflege flexibel an die heutigen Bedingungen und Herausforderungen anpassen. Die Fachkraftquote bestimmt, wie hoch der Anteil ausgebildeter Pflegefachkräfte sein muss.
- Leistungen über das persönliche Budget stärken. Beim persönlichen Budget erhalten Menschen mit Unterstützungsbedarf Geld und können damit notwendige Hilfen selbst auswählen und organisieren.
- gleichzeitig verhindern, dass Leistungen aus der Krankenversicherung missbräuchlich in das persönliche Budget oder in diese besondere Form der Pflegefinanzierung verschoben werden.
- die Pflegeplanung der Kommunen auf ihre eigentliche Aufgabe begrenzen. Sie soll die aktuelle Lage untersuchen und Möglichkeiten für Verbesserungen zeigen. Sie soll aber nicht dazu dienen, den Markt für Pflegeangebote staatlich zu steuern.
- der ambulanten Pflege nach Möglichkeit Vorrang vor der Pflege in einem Heim geben und diesen Vorrang sichern.

Im Gesundheitswesen steht der Mensch im Mittelpunkt

Wir von der FDP wollen ein gutes Gleichgewicht zwischen persönlicher Verantwortung und staatlicher Hilfe im Krankheitsfall.

Jeder Mensch soll auf die eigene Gesundheit achten und Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig darf niemand wegen einer Krankheit in große finanzielle Schwierigkeiten geraten oder seine Lebensgrundlage verlieren.

Deshalb halten wir an der Pflicht zur Krankenversicherung fest. Jeder Mensch muss krankenversichert sein.

Wir stehen für ein solidarisches Gesundheitssystem mit zwei Bereichen:

- der gesetzlichen Krankenversicherung, kurz GKV,
- der privaten Krankenversicherung, kurz PKV.

Beide Bereiche sollen stark bleiben. Versicherte sollen frei wählen können. Dazu brauchen wir verschiedene Krankenkassen und Versicherungsangebote.

Die gesetzliche Krankenversicherung soll die Interessen der Versicherten in den Mittelpunkt stellen. Sie soll verschiedene Modelle anbieten, die in einem fairen Wettbewerb miteinander stehen. Versicherte sollen das Modell wählen können, das am besten zu ihnen passt.

Ein Wechsel zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung soll jedes Jahr möglich sein. Dafür müssen klare Bedingungen gelten. Auch das soziale Prinzip muss beachtet werden.

Ein späterer Wechsel zurück in die gesetzliche Krankenversicherung muss planbar bleiben. Niemand darf durch einen Wechsel plötzlich finanziell überfordert werden.

Für uns gehören Wettbewerb und eine gute medizinische Versorgung zusammen.

Ein gutes Gesundheitswesen braucht außerdem bessere Arbeitsbedingungen für Ärztinnen, Ärzte, Pflegekräfte und weiteres medizinisches Personal.

Gesundheit fördern und Versorgung sichern

Gesundheitsförderung und Vorbeugung müssen wichtiger werden. Vorbeugung bedeutet: Krankheiten sollen möglichst verhindert oder früh erkannt werden.

Das gilt zum Beispiel für:

- Diabetes,
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen,
- Erkrankungen der Wirbelsäule,
- Depressionen.

Für uns von der FDP bedeutet Eigenverantwortung: Menschen mit einer dauerhaften Erkrankung sollen selbst über ihr Leben und ihre Behandlung entscheiden können.

Die Politik muss dafür klare und verlässliche Bedingungen schaffen. Sie soll die Menschen nicht bevormunden, sondern sie dabei unterstützen, eigene Entscheidungen zu treffen.

Selbstbestimmung muss in allen Lebenslagen möglich sein. Menschen sollen so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung und in ihrem vertrauten Umfeld leben können.

Dafür müssen die vorhandenen Angebote im Wohnviertel besser genutzt und miteinander verbunden werden. Dazu gehören zum Beispiel medizinische Versorgung, Pflege, Beratung, soziale Angebote und Hilfe im Alltag.

Auch Angehörige sollen stärker unterstützt und einbezogen werden. Dafür brauchen sie verlässliche Bedingungen und passende Hilfen. Staatliche Bevormundung lehnen wir ab.

Wir von der FDP wollen:

- der Vorbeugung von Krankheiten eine größere Bedeutung geben. Dafür wollen wir gemeinsam mit Krankenkassen sowie niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten Informations- und Aufklärungskampagnen durchführen.
- die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten im Gesundheitswesen stärken. Dazu gehören zum Beispiel Ärzte, Krankenhäuser, Pflegekräfte, Krankenkassen, Beratungsstellen und soziale Dienste.

Freie medizinische Berufe stärken

Wir von der FDP wollen selbstständiges Unternehmertum in medizinischen Berufen wieder stärker fördern.

Wir schätzen die Freien Berufe. Dazu gehören zum Beispiel selbstständige Ärztinnen, Ärzte, Zahnärzte und Therapeuten. Sie arbeiten unabhängig und tragen selbst Verantwortung für ihre beruflichen Entscheidungen.

Ärztinnen und Ärzte aller Fachrichtungen sollen medizinische Fragen selbstständig entscheiden können. Das gilt auch für Pflegekräfte und therapeutische Fachkräfte, denen bestimmte medizinische Aufgaben übertragen wurden.

Medizinisches Fachpersonal verbindet die persönlichen Bedürfnisse eines Menschen mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und beruflicher Erfahrung. Auf dieser Grundlage wählt es nach sorgfältiger Abwägung die wirksamste und nützlichste Behandlung für den einzelnen Patienten aus.

Doch Bürokratie und wirtschaftlicher Druck schränken die freie Wahl der Behandlung immer stärker ein. Wenn solche Einschränkungen nicht sachlich begründet sind, muss die Politik wirksam dagegen vorgehen.

Wir brauchen auch in Zukunft engagierte Fachkräfte in Medizin und Pflege. Dafür müssen diese Berufe wieder attraktiver werden. Dazu gehören angemessene und verlässliche wirtschaftliche Bedingungen.

Freiheit und Verantwortung schaffen Vertrauen zwischen Patienten und medizinischem Fachpersonal. Dieses Vertrauen wollen wir stärken.

Wir von der FDP wollen:

- uns für eine Reform der Gebührenordnung für Zahnärzte einsetzen. Diese Ordnung legt fest, wie zahnärztliche Leistungen berechnet werden.
- eine moderne Gebührenordnung für Ärzte anstreben. Sie soll die Freiheit bei der Wahl einer geeigneten Behandlung grundsätzlich beachten.
- Pflegefachkräfte und Hebammen dabei unterstützen, weitere übertragene medizinische Aufgaben selbstständig auszuführen. Dieses Angebot soll auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse ausgebaut werden.

Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sichern

Mecklenburg-Vorpommern steht vor zwei großen Herausforderungen. Wegen der älter werdenden Bevölkerung brauchen immer mehr Menschen medizinische Versorgung. Gleichzeitig kommen die bisherigen Strukturen an ihre Grenzen.

Ärztinnen und Ärzte sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte mit eigener Praxis bleiben die wichtigste Grundlage der Versorgung. Zusätzlich brauchen wir neue Lösungen. Dazu gehören Telemedizin und Telepflege, Medizinische Versorgungszentren (MVZ) und moderne Krankenhäuser. In einem MVZ arbeiten verschiedene medizinische Fachkräfte gemeinsam unter einem Dach.

Bisher dauern viele Projekte zu lange. Ein Grund sind komplizierte Aufgaben zwischen dem Sozialministerium, dem Landesamt für Gesundheit und Soziales, den Kommunen und den Zulassungsausschüssen. Wenn Genehmigungen Jahre dauern, gehen Geld und Fachkräfte verloren.

Deshalb wollen wir von der FDP eine zentrale digitale Stelle für Investitionen im Gesundheitsbereich schaffen. Diese sogenannte One-Stop-Agency soll Projekte von der ersten Planung bis zur Aufnahme der ersten Patientinnen und Patienten begleiten.

Über ein zentrales Internet-Portal sollen Anträge digital eingereicht werden können. Dort soll jederzeit sichtbar sein, wie weit ein Antrag bearbeitet ist. Jedes Projekt bekommt eine feste Ansprechperson. Diese Person soll die Zusammenarbeit der Behörden organisieren und auf Fristen achten.

Zusätzlich soll es einen digitalen Versorgungsatlas geben. Er zeigt wichtige Daten für die Planung neuer Angebote. Dazu gehören Informationen über die Bevölkerung, häufige Krankheiten und die vorhandene medizinische Infrastruktur.

Besonders wichtig ist für uns außerdem, einen Mangel an Ärztinnen und Ärzten, anderen Gesundheitsfachkräften und Pflegeunternehmen auf dem Land zu verhindern.

Das gilt besonders für die ambulante Versorgung, also die Behandlung außerhalb eines Krankenhauses. Vor allem Hausärztinnen und Hausärzte werden gebraucht. Deshalb müssen Praxisgründungen und die Übernahme bestehender Praxen attraktiver werden. So wollen wir eine medizinische Unterversorgung verhindern.

Wir von der FDP wollen:

- eine zentrale digitale One-Stop-Agency für Investitionen im Gesundheitsbereich schaffen. Diese Stelle soll der einzige Ansprechpartner für Projekte sein, die die Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern verbessern. Sie begleitet ein Projekt von der ersten Idee bis zur Eröffnung. Sie soll nicht nur ein modernes digitales Projekt sein, sondern Mecklenburg-Vorpommern auch als Gesundheitsstandort attraktiver machen.

- die dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Ärztinnen und Ärzten, Zahnärztinnen und Zahnärzten, Kammern, der Kassenärztlichen Vereinigung und den Kommunen stärken. Gemeinsam sollen Strategien für eine gute ärztliche Versorgung auf dem Land und in den Städten entwickelt und weiter verbessert werden.
- niedergelassene medizinische Fachkräfte von unnötiger Bürokratie entlasten. Außerdem wollen wir bestehende Arztpraxen in unterversorgten Regionen erhalten und neue Praxen fördern.
- mehr Projekte zur Telemedizin fördern und beim Aufbau der notwendigen Technik helfen. Telemedizin bedeutet, dass medizinische Beratung und Betreuung auch digital aus der Entfernung stattfinden können. Nach dem Vorbild des Pilotprojekts „Telemedizinische Assistenz“ aus Rheinland-Pfalz wollen wir besonders die hausärztliche Versorgung auf dem Land stärken.
- uns für mehr Studienplätze in medizinischen Fächern an den Hochschulen des Landes einsetzen. Außerdem wollen wir den Pflegeberuf durch mehr Studienangebote attraktiver machen.
- Studienplätze gezielt an Menschen vergeben, die sich nach ihrem Abschluss in Mecklenburg-Vorpommern niederlassen wollen. Zusätzlich soll es ein Stipendiensystem besonders für Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern geben.
- die medizinische Versorgung auf dem Land durch das Berufsbild der Community Health Nurse, kurz CHN, stärken. Eine CHN ist eine besonders qualifizierte Pflegefachkraft. Sie kann Menschen vor Ort selbstständig betreuen und bestimmte medizinische Aufgaben übernehmen.
- gemeinsam mit Hochschulen, zum Beispiel der Hochschule Neubrandenburg und der Universitätsmedizin Rostock, schnell einen Masterstudiengang „Community Health Nursing“ einrichten.
- ein Landesstipendium mit dem Namen „MV-Health-Pioniere“ schaffen. Studierende sollen finanzielle Unterstützung bekommen, wenn sie sich verpflichten, nach ihrem Abschluss mindestens fünf Jahre in einer unterversorgten ländlichen Region Mecklenburg-Vorpommerns zu arbeiten.
- rechtliche Hindernisse abbauen. Mecklenburg-Vorpommern soll über eine Initiative im Bundesrat das geplante Pflegekompetenzgesetz voranbringen. Community Health Nurses sollen dadurch bestimmte medizinische Aufgaben rechtssicher übernehmen können, die bisher Ärztinnen und Ärzten vorbehalten sind.
- neue Versorgungszentren fördern. Wir wollen Gesundheitszentren unterstützen, in denen Community Health Nurses eigenverantwortlich gemeinsam mit Ärztinnen und Ärzten arbeiten. Dafür wollen wir Bürokratie abbauen und eine finanzielle Unterstützung für die Startphase anbieten.
- bessere BAföG-Regeln für Studiengänge mit Staatsexamen erreichen. Studierende sollen bessere Bedingungen bekommen, wenn sie vor dem ersten Staatsexamen länger als die vorgesehene Regelstudienzeit brauchen.
- die Aus- und Weiterbildung in der Altersmedizin, der Psychiatrie für ältere Menschen und der Palliativmedizin fördern. Palliativmedizin begleitet schwer und unheilbar kranke Menschen und soll ihre Beschwerden lindern. Damit wollen wir auch den Ausbau entsprechender Einrichtungen unterstützen.

- einen Pakt für Pflege in Mecklenburg-Vorpommern ermöglichen. Dieser Pakt soll nicht nur beraten, sondern konkrete Verbesserungen bei Personal, Versorgung und Arbeitsbedingungen schaffen. Pflegekräfte sollen entlastet werden. Probleme in der Pflege auf dem Land sollen gezielt angegangen werden. Auch pflegende Angehörige sollen wirksam unterstützt werden.

Beste Versorgung in Praxen und Krankenhäusern

Wir von der FDP wollen, dass jede Patientin und jeder Patient die medizinische Versorgung erhält, die wirklich gebraucht wird. Das gilt für die ambulante und für die stationäre Versorgung.

Ambulant bedeutet: Die Behandlung findet zum Beispiel in einer Arztpraxis statt. Die Patientin oder der Patient muss nicht im Krankenhaus bleiben.

Stationär bedeutet: Die Patientin oder der Patient wird im Krankenhaus aufgenommen und bleibt dort mindestens über Nacht.

Beide Bereiche müssen besser zusammenarbeiten. Die Versorgung soll sich stärker an den Bedürfnissen der Patienten orientieren. Die bisher oft strenge Trennung zwischen Praxen und Krankenhäusern wollen wir abbauen.

Wir wollen eine gemeinsame Planung für ganz Mecklenburg-Vorpommern. Dabei sollen die ambulante und die stationäre Versorgung zusammen betrachtet werden.

Medizinische Versorgungszentren der Stufe I sollen die medizinische Grundversorgung sichern. Dort sollen ambulante Behandlungen und kurze Aufenthalte mit Übernachtung möglich sein.

Dabei gilt der Grundsatz „**ambulant vor stationär**“. Eine Behandlung soll also möglichst ohne Aufenthalt im Krankenhaus stattfinden, wenn dies medizinisch möglich ist.

Das Land plant, wie viele Krankenhausbetten gebraucht werden. Diese Planung soll jedes Jahr abgestimmt werden. So können die vorhandenen Plätze und Angebote möglichst sinnvoll genutzt werden.

Die ambulante Versorgung wird vor allem durch selbstständige Ärztinnen und Ärzte sowie andere medizinische Fachkräfte gesichert.

Zusätzlich wollen wir neue Arbeits- und Versorgungsmodelle schaffen. Sie sollen es jungen Ärztinnen und Ärzten erleichtern, Familie und Beruf miteinander zu verbinden.

Besonders wichtig sind Lösungen gegen den Ärztemangel auf dem Land. Dafür müssen Praxen und Krankenhäuser eng zusammenarbeiten.

Auch die Apotheken vor Ort bleiben unverzichtbar. Apothekerinnen und Apotheker helfen mit ihrem Fachwissen, wenn Medikamente knapp sind oder Lieferprobleme bestehen. Durch Botendienste bringen sie Medikamente außerdem bis zur Wohnungstür.

Wir von der FDP wollen:

- die Versorgung mit verschreibungspflichtigen Medikamenten im ganzen Land sichern. Gleichzeitig wollen wir die fachkundige Beratung durch Apothekerinnen und Apotheker stärken.
- die Aufklärung junger Menschen über verschiedene Verhütungsmethoden durch Hausärztinnen und Hausärzte fördern. Die Kosten dafür sollen über die Krankenkassen abgerechnet werden können.
- für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen Apotheken vor Ort und Versandapotheken aus dem In- und Ausland sorgen. Ein allgemeines Verbot des Versands von Medikamenten lehnen wir ab.
- die Versorgung von Menschen mit Post Covid, Long Covid und ME/CFS verbessern. Das gilt für Praxen, Krankenhäuser und die Rehabilitation. Auch die Forschung zu diesen Erkrankungen wollen wir stärken. ME/CFS ist eine schwere Erkrankung, die unter anderem zu starker und dauerhafter Erschöpfung führen kann.
- die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessern. Dabei geht es um die Behandlung seelischer und psychischer Erkrankungen.

Krankenhausversorgung in Mecklenburg-Vorpommern

Wir setzen uns für eine moderne und verlässliche Versorgung in Krankenhäusern ein. Patientinnen und Patienten sollen möglichst nah an ihrem Wohnort behandelt werden können. Das gilt für die Städte und für den ländlichen Raum.

Dabei beachten wir die neuen gesetzlichen Vorgaben. Gleichzeitig wollen wir die medizinische Versorgung gemeinsam planen. Behandlungen in Arztpraxen und Krankenhäusern sollen zusammen betrachtet und besser aufeinander abgestimmt werden.

Medizinische Versorgungszentren, kurz MVZ, und andere Gesundheitszentren sollen die Grundversorgung in den Regionen sichern. Dort sollen ambulante Behandlungen und kurze Aufenthalte mit Übernachtung möglich sein.

Solche Zentren können Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte stärker an eine Region binden. Sie schaffen außerdem verlässliche Angebote für Patientinnen und Patienten.

Bei der Planung müssen die Besonderheiten der einzelnen Regionen beachtet werden. Medizinische Leistungen für Kinder sollen getrennt berechnet werden. Die Finanzierung der Krankenhäuser soll sich daran orientieren, welche Versorgung tatsächlich gebraucht wird.

Wir unterstützen auch Krankenhäuser in privater Trägerschaft.

Universitätskliniken und Krankenhäuser mit der höchsten Versorgungsstufe sollen ihre besonders spezialisierten Angebote bündeln. Sie sollen sich auf schwere Erkrankungen und komplizierte Behandlungen konzentrieren. Gleichzeitig sollen sie Forschung und medizinische Ausbildung fördern.

Häufige und weniger komplizierte Behandlungen sollen weiterhin nah am Wohnort stattfinden. Dafür sind MVZ und regionale Krankenhäuser zuständig. Sehr schwierige Fälle sollen in spezialisierten Krankenhäusern wirksam und auf höchstem medizinischem Niveau behandelt werden.

Wir von der FDP wollen:

- eine dauerhafte Verbesserung der Finanzierung von Investitionen fordern. Das gilt für Krankenhäuser mit der höchsten Versorgungsstufe sowie für kleinere, spezialisierte Krankenhäuser. Nur mit ausreichenden Investitionen können alle Bürgerinnen und Bürger die notwendige und hochwertige Versorgung erhalten.
- uns dafür einsetzen, dass eine höhere Behandlungsqualität auch finanziell belohnt wird. Qualitätsverträge sollen bei allen Leistungen im Krankenhaus möglich sein. In diesen Verträgen werden besondere Anforderungen an die Qualität einer Behandlung vereinbart.
- die Reform der Krankenhausstrukturen verantwortungsvoll weiterentwickeln. Falsche finanzielle Anreize müssen beseitigt werden. Krankenhäuser sollen nicht dazu angeregt werden, unnötige Behandlungen anzubieten oder mehr Leistungen als nötig zu erbringen.

- zusätzliche Vorhaltekosten zunächst durch eine regionale Grundfinanzierung der Länder absichern. Vorhaltekosten entstehen, wenn Krankenhäuser Personal, Räume und Geräte jederzeit bereithalten müssen – auch wenn diese nicht ständig genutzt werden.

Digitalisierung im Gesundheitswesen

Wir von der FDP wollen die Digitalisierung im Gesundheitswesen schneller voranbringen. Digitale Technik kann die tägliche Arbeit aller Beschäftigten im Gesundheitswesen erleichtern.

Deutschland liegt bei der Digitalisierung im internationalen Vergleich weit zurück. Deshalb müssen alle Beteiligten vollständig digital zusammenarbeiten können. Dazu gehören:

- Arztpraxen,
- Krankenhäuser,
- Rettungsdienste,
- Pflegeunternehmen und Pflegeeinrichtungen,
- Apotheken,
- Patientinnen und Patienten.

Patientendaten müssen schnell und sicher verfügbar sein. So können medizinische Fachkräfte besser zusammenarbeiten und notwendige Informationen schneller erhalten.

Dabei muss der Schutz der persönlichen Gesundheitsdaten jederzeit gewährleistet sein.

Wir von der FDP wollen:

- klare und verständliche technische Regeln für digitale Anwendungen im Gesundheitswesen schaffen.
- offene technische Standards fördern. Dadurch sollen verschiedene Programme und Geräte Daten miteinander austauschen können. Das nennt man Interoperabilität.
- einen freien Zugang zum Markt erhalten. So können verschiedene Anbieter digitale Lösungen entwickeln und im Wettbewerb die besten Angebote schaffen.
- die Bedingungen für Telemedizin und Telepflege verbessern. Telemedizin ermöglicht zum Beispiel Beratung und Behandlung per Video. Telepflege nutzt digitale Technik zur Unterstützung der Pflege.
- dafür sorgen, dass Telemedizin und Telepflege einfach, ohne unnötige Bürokratie und auch für Menschen mit Einschränkungen nutzbar sind.
- ermöglichen, dass Menschen dafür ihre eigenen Geräte wie Smartphones verwenden können. Die Anwendungen müssen praktisch und leicht bedienbar sein

Weniger Bürokratie im Gesundheitswesen

Wir von der FDP wollen die Bürokratie im Gesundheitswesen deutlich verringern.

Ärztinnen und Ärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie andere Beschäftigte im Gesundheitswesen verbringen jedes Jahr viele Millionen Stunden mit Bürokratie. Dazu gehören zum Beispiel Dokumentationen, Berichte und Formulare.

Das ist nicht akzeptabel. Seit Jahren kritisieren alle Beteiligten im Gesundheitswesen die wachsenden bürokratischen Vorgaben. Diese Vorgaben verbessern die Versorgung nicht. Im Gegenteil: Durch die Bürokratie bleibt weniger Zeit für die Patientinnen und Patienten.

Wir von der FDP wollen:

- dafür sorgen: Wer Dokumentationen oder Berichte verlangt, soll auch die dadurch entstehenden Kosten tragen. So konzentriert sich das Gesundheitswesen stärker auf das Wichtigste: die Behandlung und Pflege von Patientinnen und Patienten. Außerdem soll diese Regel unnötig genaue Gesetze und Vorschriften verhindern.

Barrierefreies Mecklenburg-Vorpommern

Die Sozialpolitik muss besonders auf Menschen mit Behinderungen und ihre Familien achten.

Für uns gilt der Grundsatz: **„Nicht über uns ohne uns.“** Das bedeutet: Menschen mit Behinderungen müssen bei Entscheidungen mitreden können. Ihre Erfahrungen und Bedürfnisse müssen berücksichtigt werden.

Wir müssen die Lebenswirklichkeit von Menschen verstehen, die zum Beispiel einen Rollator oder einen Rollstuhl nutzen. Barrierefreiheit bedeutet mehr als nur abgesenkte Bordsteine. Angebote und Wege müssen im Alltag wirklich nutzbar sein. Nur dann können Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am Leben teilnehmen.

Gezielte Baumaßnahmen sollen Hindernisse für die Mobilität abbauen. Menschen mit Behinderungen sollen möglichst selbstständig und selbstbestimmt leben können.

Wir brauchen außerdem mehr Kurzzeitpflege für Menschen mit Behinderungen in jedem Alter. Dort werden Menschen für eine begrenzte Zeit betreut. Das entlastet Angehörige, die sich sonst um sie kümmern. Die Kurzzeitpflege kann auch in einer Krise die Betreuung übernehmen.

Auch besondere Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder mit Behinderungen entlasten ihre Familien. Dabei wird die Betreuung am Nachmittag immer wichtiger.

Wir von der FDP wollen:

- das **Bundesteilhabegesetz** einfacher und praktischer umsetzen. Dieses Gesetz soll Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Dazu wollen wir digitale Zugänge und einheitliche Anträge schaffen. Die notwendige Unterstützung muss tatsächlich bei den Menschen ankommen.
- Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sowie Förder- und Betreuungsangebote flexibler gestalten. Wir wollen außerdem Menschen mit Behinderungen dabei unterstützen, eine Arbeit in einem Unternehmen oder einer Organisation aufzunehmen.
- bei der Barrierefreiheit nicht nur Menschen mit eingeschränkter Beweglichkeit berücksichtigen. Auch die Bedürfnisse von Menschen mit Einschränkungen beim Sehen, Hören oder Wahrnehmen sollen stärker beachtet werden.
- Schulkindergärten passend zum tatsächlichen Bedarf fördern. Diese Einrichtungen bereiten Kinder mit Behinderungen auf die Schule vor. Die Förderung soll unabhängig davon sein, welche Organisation die Einrichtung betreibt.
- bei neuen öffentlichen Gebäuden die Barrierefreiheit von Anfang an einplanen. Auch bestehende öffentliche Gebäude sollen weiter barrierefrei umgebaut und erweitert werden.
- die Anforderungen des Denkmalschutzes und die Regeln für Barrierefreiheit sinnvoll miteinander verbinden.

- die Verordnung über Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen großzügiger gestalten. Wir wollen außerdem prüfen, ob professionelle Unterstützung nach den Wünschen und dem Bedarf der betroffenen Menschen einbezogen werden kann.

Pflege soll zu den Bedürfnissen der Menschen passen

In Mecklenburg-Vorpommern leben immer mehr ältere Menschen. Viele von ihnen brauchen eine gute und fachliche Betreuung. Das ist eine große Aufgabe für die ganze Gesellschaft.

Alle müssen dabei zusammenarbeiten:

- Familienangehörige,
- private und kommunale Pflegedienste,
- sowie Pflegeheime.

Menschen mit einem hohen Pflegebedarf müssen dort gut und passend zu ihren persönlichen Bedürfnissen betreut werden.

Das Land muss alle Beteiligten bei ihrer Arbeit unterstützen. Es muss klare Regeln für eine gute Pflege geben. Diese Regeln müssen aber im Alltag erfüllbar und praktisch sein.

Zu strenge oder nicht erfüllbare Regeln können neue Pflegeplätze verhindern. Manche Vorschriften für den Bau von Pflegeheimen führen sogar dazu, dass bestehende Pflegeplätze wegfallen. Deshalb wollen wir die geltenden Regeln kritisch prüfen.

Das Land muss auch neue Formen der Betreuung entwickeln und fördern. Forschung und moderne Technik sollen die Lebensqualität älterer Menschen verbessern.

Dabei müssen auch die Stadt- und Gemeindeplanung einbezogen werden. Dazu gehört zum Beispiel das **Quartiersmanagement**. Das bedeutet: Wohngebiete werden so geplant und organisiert, dass Menschen dort gut leben und die nötige Unterstützung erhalten können. Neue Lösungen sollen direkt vor Ort umgesetzt werden.

Wir von der FDP wollen:

- Forschungs- und Entwicklungsprojekte starten. Sie sollen neue Lösungen entwickeln, die das Leben von Menschen mit Pflege- oder Betreuungsbedarf verbessern. Das gilt für Menschen jeden Alters. Besonders große Möglichkeiten sehen wir bei **Künstlicher Intelligenz** und Robotern.
- ambulant betreute Wohnformen und Pflege-Wohnungsgenossenschaften praktisch unterstützen. Dort leben pflegebedürftige Menschen möglichst selbstständig und erhalten bei Bedarf Hilfe. Wir wollen Bürokratie abbauen. Klare Vorgaben der Kreistage sollen außerdem verhindern, dass die Landkreise gleiche Regeln unterschiedlich auslegen. So sollen Menschen wirklich selbstbestimmt wohnen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

- eine gemeinsame digitale Pflegeplattform für alle Anbieter fordern. Die Nutzung dieser Plattform soll verpflichtend sein. Sie soll jeden Tag aktuell zeigen, wo freie Pflegeplätze und andere freie Angebote vorhanden sind. Die Pflegeunternehmen sollen jederzeit erreichbar und mit der Plattform verbunden sein. Dadurch sollen pflegende Angehörige und das Entlassmanagement entlastet werden. Das Entlassmanagement organisiert die weitere Versorgung nach einem Aufenthalt im Krankenhaus.
- ein Online-Verzeichnis für freie Plätze in der Kurzzeitpflege einführen. Außerdem soll es eine Beratungshotline geben, die jederzeit erreichbar ist. Das soll pflegende Angehörige entlasten.
- die ärztliche Versorgung in Pflegeheimen deutlich verbessern.
- Pflegekräften mehr Möglichkeiten geben, selbstständig zu entscheiden und zu handeln. Grundlage dafür sind die neue allgemeine Pflegeausbildung und ein Pflegestudium.
- Arbeitsabläufe durch besondere Studiengänge besser und wirksamer gestalten. Dazu gehören **Advanced Nursing Practice** und **Community Health Nursing**. Diese Studiengänge bilden Pflegekräfte für erweiterte Aufgaben und mehr Verantwortung aus. Solche Fachkräfte sollen einen festen Platz in der Versorgung bekommen. Das gilt besonders für Krankenhäuser und Gesundheitszentren auf dem Land.
- darauf drängen, dass Pflegekräfte aus dem Ausland schnell alle nötigen Genehmigungen für ihren Aufenthalt erhalten. Dafür soll es ein zentrales Verfahren geben, das zwischen den Ministerien abgestimmt ist. Pflegeeinrichtungen sollen sich nicht selbst gleichzeitig um Visum, Anerkennung der Ausbildung, Bildung und Aufenthaltsrecht kümmern müssen. Alle Pflegekräfte sollen für die gleiche Arbeit gleich bezahlt werden. Ihre Herkunft darf dabei keine Rolle spielen.
- uns dafür einsetzen, dass eine ausländische Ausbildung durch Weiterbildungen ergänzt wird, wenn sie nicht der deutschen Ausbildung entspricht.
- die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften verbessern und ihnen berufliche Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Pflegekräfte sollen von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Auch digitale Programme zur Unterstützung ihrer Arbeit sollen gefördert werden.
- doppelte Prüfungen und Kontrollen abbauen. Der Medizinische Dienst und die Heimaufsicht sollen nicht unnötig die gleichen Qualitätsprüfungen und Besuche in Pflegeheimen durchführen.
- Hospize und ihre Arbeit fördern. Hospize begleiten schwer kranke und sterbende Menschen. Wir unterstützen sowohl die hauptberuflichen als auch die ehrenamtlichen Mitarbeitenden.
- das Thema Wohnen im Alter stärker voranbringen. Dabei wollen wir auch Technik berücksichtigen, die ältere Menschen im Alltag unterstützt.
- die Pflegeausbildung weiter stärken. Sie soll in ganz Mecklenburg-Vorpommern mit den bundesweiten Gesetzen für Pflegefachkräfte und Pflegefachassistenten abgestimmt werden.
- uns dafür einsetzen, dass gemeinsame Lernorte wie **SkillsLabs** und Simulationszentren allen Auszubildenden offenstehen. Dort können sie Pflegesituationen praktisch und sicher üben. So verbessern wir die Nähe zur Praxis, die Qualität der Ausbildung und den Austausch zwischen verschiedenen Einrichtungen.

Selbstbestimmung endet nicht mit dem Tod

Die Art, wie Menschen trauern und Verstorbene bestatten, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Viele Menschen wünschen sich heute persönliche Formen des Abschieds. Auch unterschiedliche Kulturen und Religionen spielen eine größere Rolle.

Das Bestattungsrecht in Mecklenburg-Vorpommern muss diese Veränderungen berücksichtigen. Menschen sollen auch über ihren Tod hinaus selbst bestimmen können.

Jeder Mensch soll frei und bewusst entscheiden können, wie und wo er bestattet werden möchte.

Friedhöfe sollen wichtige Orte für Trauer und Erinnerung bleiben. Gleichzeitig sollen sie durch neue und kreative Ideen weitere Aufgaben übernehmen können.

Wir von der FDP wollen:

- die Gesetze über Verstorbene, Friedhöfe und Bestattungen modernisieren. Wir wollen den **Friedhofszwang für Totenasche** abschaffen. Friedhofszwang bedeutet: Die Asche eines verstorbenen Menschen muss bisher grundsätzlich auf einem Friedhof oder an einem dafür erlaubten Ort beigesetzt werden. Die Abschaffung soll mehr Freiheit bei der Wahl des Bestattungsortes und der Bestattungsform schaffen.
- erlauben, dass die Asche eines verstorbenen Menschen würdevoll im privaten Bereich aufbewahrt werden kann. Die Asche soll auch auf mehrere Erinnerungsurnen verteilt werden dürfen. Dafür wollen wir klare und rechtssichere Regeln schaffen. Diese Regeln sollen die Würde der verstorbenen Person, die Nachvollziehbarkeit und die Rechte anderer betroffener Menschen schützen.
- erlauben, dass Totenasche auf privaten Grundstücken außerhalb von Friedhöfen verstreut werden darf. Dafür muss die Eigentümerin oder der Eigentümer des Grundstücks zustimmen.
- weitere moderne Bestattungsformen ermöglichen. Dazu gehören besonders Bestattungen auf geeigneten Seen und anderen Binnengewässern. Außerdem sollen kleine Teile der Asche würdevoll zu Erinnerungsstücken verarbeitet werden dürfen, zum Beispiel zu Schmuck oder einem Diamanten. Dafür soll es klare Regeln geben.
- endlich eine einfühlsame Regelung für sogenannte **Sternenkinder** schaffen. Damit sind Kinder gemeint, die vor, während oder kurz nach der Geburt sterben. Wenn Mutter und Kind bei der Geburt sterben, soll eine gemeinsame Bestattung möglich sein.

Freiheit heißt auch Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es seit Jahren immer mehr Fälle von häuslicher und sexualisierter Gewalt. Diese Entwicklung ist alarmierend.

Hinter jedem Fall steht ein Mensch. Die erlebte Gewalt kann das weitere Leben tief und dauerhaft beeinflussen.

In unserem Land gibt es viele engagierte Beratungsstellen und Hilfseinrichtungen. Ihre Mitarbeitenden leisten jeden Tag sehr wichtige Arbeit. Viele dieser Stellen sind aber stark überlastet. Sie haben zu wenig Geld, zu wenig Personal und zu wenige freie Plätze. Das betrifft besonders die Frauenhäuser.

Manchmal müssen Einrichtungen Menschen ablehnen, obwohl diese dringend Schutz brauchen. Das ist menschlich nur schwer zu ertragen. Es stellt auch infrage, ob wir unserer Verantwortung gegenüber den Betroffenen gerecht werden.

Wir von der FDP sind überzeugt: Eine freie Gesellschaft muss Verantwortung übernehmen und die Selbstbestimmung der Menschen schützen. Deshalb muss sie Gewalt entschlossen verhindern und Betroffene zuverlässig schützen.

Wir von der FDP wollen:

- die Finanzierung des Beratungs- und Hilfenetzes in Mecklenburg-Vorpommern stärken.
- die öffentliche Information des Landes über sexualisierte und häusliche Gewalt deutlich ausbauen. Die Menschen sollen verschiedene Formen von Gewalt besser erkennen und verstehen. Informationen und Hilfe sollen leicht zugänglich sein. So wollen wir die Aufklärung und die Vorbeugung verbessern.
- ein **Monitoringsystem** für das Beratungs- und Hilfenetz einführen. Damit sollen die Arbeit, die Auslastung und die finanzielle Belastung der Beratungsstellen regelmäßig erfasst werden. So kann das Land früh erkennen, wo mehr Unterstützung nötig ist, und passend zum tatsächlichen Bedarf handeln.

Bürger und Staat

Infrastruktur –

Digitalisierung –

Energie

Eine einfache Verwaltung gibt den Menschen mehr Freiheit

Wir von der FDP sagen: Die staatliche Verwaltung ist für die Bürgerinnen und Bürger da. Sie ist kein Selbstzweck.

Nach unserer Meinung beschäftigt sich der Staat zu oft mit Dingen, die nicht zu seinen wichtigsten Aufgaben gehören. Er greift außerdem immer stärker in das Privatleben der Menschen ein. Auch Unternehmen können sich immer weniger selbst organisieren.

Wir brauchen deshalb einen grundlegenden Wandel in der Verwaltung. Die Verwaltung soll den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen mehr vertrauen. Heute ist das Handeln der Behörden oft von Misstrauen geprägt.

Bevor eine Behörde einen Antrag ablehnt, soll sie prüfen und erklären, welche Lösung möglich ist. Wir wollen eine Verwaltung, die Vorhaben ermöglicht, statt sie vor allem abzulehnen.

Beschäftigte in der Verwaltung sollen mehr eigenen Entscheidungsspielraum erhalten. Sie sollen Entscheidungen mutiger und schneller treffen können. Dazu gehört auch ein guter Umgang mit Fehlern. Wer eine vernünftige Entscheidung trifft und dabei einen Fehler macht, soll keine Nachteile befürchten müssen. Nur so kann das Personal schneller und großzügiger entscheiden.

Weniger Personal erfordert einfachere Verfahren

Auch die Verwaltung ist vom demografischen Wandel betroffen. Viele Beschäftigte werden in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand gehen. Zahlreiche freie Stellen können dann nicht neu besetzt werden.

Darauf müssen sich das Land und die Kommunen vorbereiten. Wir brauchen deshalb:

- weniger Regeln,
- einfachere und bessere Verfahren,
- eine umfassende Digitalisierung,
- und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz.

Die Verwaltung wird künftig nicht mehr jeden einzelnen Fall so genau kontrollieren können wie bisher. Deshalb brauchen wir mehr vereinfachte und einheitliche Regelungen. Digitale Prüfungen sollen Fehler schnell erkennen und mögliche Lösungen zeigen.

Nur ein reformierter Staat und eine moderne Verwaltung können ihre wichtigsten Aufgaben weiterhin zum Wohl aller Menschen erfüllen.

Bei jeder staatlichen Aufgabe muss deshalb geprüft werden:

- Ist diese Aufgabe überhaupt notwendig?
- Welche staatliche Ebene kann sie am besten und mit dem geringsten Aufwand erledigen?
- Muss dafür Personal eingesetzt werden?
- Oder kann die Aufgabe digital erledigt werden?

Behörden müssen digital zusammenarbeiten

Die Digitalisierung bietet große Chancen.ungsverfahren können dadurch einfacher, schneller und günstiger werden. Das gilt nicht nur für einzelne Behörden. Auch verschiedene Behörden müssen digital zusammenarbeiten können.

Dafür brauchen sie sichere digitale Verbindungen und passende technische Schnittstellen. Eine Schnittstelle ermöglicht den Austausch von Daten zwischen verschiedenen Computersystemen. Behörden auf allen Ebenen und aus allen Fachbereichen sollen Daten vollständig digital austauschen können. Es soll nicht nötig sein, digitale Daten auszudrucken und später erneut einzugeben.

Datenschutz ist wichtig. Er darf aber nicht als Vorwand genutzt werden, um notwendige Schnittstellen und den sicheren Austausch von Daten zu verhindern.

Ein Beispiel ist der Gewerbesteuermessbescheid. Er bestimmt die Grundlage für die Gewerbesteuer eines Unternehmens. Im Jahr 2026 sollte dieser Bescheid längst sicher und digital zwischen Landes- und Kommunalbehörden übermittelt werden können. Schließlich müssen Unternehmen ihre Steuererklärungen bereits digital einreichen.

Daten nur einmal abfragen

Wir wollen das **Once-Only-Prinzip** umsetzen. Das bedeutet: Eine Behörde fragt Daten nur einmal ab. Danach können andere Behörden diese Daten über sichere und datenschutzgerechte Verbindungen nutzen.

Bürgerinnen und Bürger sollen dieselben Angaben nicht mehrmals an eine oder mehrere Behörden schicken müssen. Doppelte Abfragen kosten auf beiden Seiten unnötig Zeit und Geld.

Papier, Stift, Fax und verpflichtende Termine im Amt dürfen nicht länger der Normalfall sein. Lange Bearbeitungszeiten, veraltete Öffnungszeiten und der Wechsel zwischen Papier und digitalen Verfahren kosten Zeit und Geld.

Ein moderner Staat bietet:

- digitale Anträge,
- elektronische Zahlungen,
- eine digitale Anzeige des Bearbeitungsstands,
- sichere Verbindungen für den Datenaustausch,
- und deutlich schnellere Verfahren.

Wir von der FDP wollen:

- einen Rechtsanspruch auf digitale und barrierefreie Verwaltungsleistungen einführen. Menschen ohne digitalen Zugang müssen eine gleichwertige andere Möglichkeit erhalten.
- das Once-Only-Prinzip konsequent umsetzen und gemeinsam mit den Kommunen organisieren. Daten sollen nur einmal erhoben und danach Behörden auf allen Ebenen zur Verfügung gestellt werden.
- alle Aufgaben und Arbeitsweisen der Landesverwaltung kritisch prüfen. Nicht notwendige Aufgaben werden gestrichen. Notwendige Aufgaben werden einfacher und digital erledigt.
- bei jedem neuen Gesetz und jedem neuen Verwaltungsverfahren von Anfang an an die digitale Umsetzung denken. Vorschriften und Verfahren, die nicht digital umgesetzt werden können, sollen so lange geprüft und verändert werden, bis eine digitale Umsetzung möglich ist.
- die Einführung der elektronischen Akte in allen Landesbehörden beschleunigen. Noch vor dem Jahr 2030 soll es keine Papierakten mehr geben.
- bis 2030 dafür sorgen, dass kein Antrag mehr auf Papier gestellt werden muss. Auch Formulare sollen nicht mehr mit der Post verschickt werden müssen. Stattdessen soll es vollständig digitale Verfahren geben. Diese sollen jederzeit erreichbar, sicher und leicht zu bedienen sein. Anträge sollen mit wenigen Klicks erledigt werden können. Was Banken, Versicherungen und der Online-Handel können, muss auch der Staat können.
- zuverlässige digitale Schnittstellen für alle Landesbehörden, Landkreise und Kommunen schaffen. Unterschiedliche Computersysteme müssen miteinander arbeiten können. Der digitale Datenaustausch muss einen wirklichen Nutzen bringen. Die Systeme müssen auch mit den Behörden des Bundes und anderer Bundesländer zusammenarbeiten können.
- die Digitalisierung im Land und in den Kommunen fördern. Besonders unterstützen wir:
 - die Planung des Glasfaserausbaus,
 - Konzepte für die IT-Sicherheit,
 - den Schutz der Privatsphäre im Internet,
 - digitale Notfallpläne,
 - digitale Verwaltungsangebote,
 - und Strategien für offene staatliche Daten.
- Gemeinden und Landkreise sollen dabei stärker zusammenarbeiten.
- bei der Digitalisierung der Verwaltung auf **offene technische Standards** setzen. Wo es sinnvoll ist, soll auch **Open-Source-Software** genutzt werden. Bei Open Source ist der Programmcode einsehbar und kann geprüft und weiterentwickelt werden. Dadurch wollen wir Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern verringern, die IT-Sicherheit erhöhen und die digitale Selbstständigkeit des Staates stärken.
- für mehr Offenheit und eine bessere Nutzung von Daten sorgen. Bürgerinnen und Bürger sollen ihre eigenen Verwaltungsdaten einfach digital einsehen und nutzen können.

- **Open Data** ausbauen. Das bedeutet: Verwaltungsdaten ohne persönliche Angaben sollen von den Behörden selbstständig veröffentlicht werden. Die Daten müssen rechtssicher, leicht durch Computer lesbar und nutzbar sein. Es muss aber klare Ausnahmen geben, zum Beispiel zum Schutz persönlicher Daten, der Sicherheit und bestehender Schutzrechte.
- das Serviceportal von Mecklenburg-Vorpommern zu einer zentralen Anlaufstelle für alle digitalen Verwaltungsleistungen ausbauen. Ein gesamtes Verfahren soll dort vom Antrag bis zur Entscheidung digital durchgeführt werden können. Bürgerinnen und Bürger sollen den Bearbeitungsstand sehen können. Außerdem soll es verbindliche Fristen geben. In den Kommunen soll es zusätzlich Stellen für persönliche Hilfe geben.
- Förderprogramme der Europäischen Union und des Bundes für Mecklenburg-Vorpommern vereinfachen und zusammenfassen. Das gilt für bestehende und zukünftige Programme.
- uns dafür einsetzen, dass sich die **DVZ M-V GmbH**, das Datenverarbeitungszentrum des Landes, wieder auf ihre wichtigsten Aufgaben konzentriert. Wir fordern außerdem eine Überarbeitung des Datenverarbeitungszentrumsesetzes von Mecklenburg-Vorpommern. Bei staatlichen IT-Aufgaben soll mehr Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern möglich sein.
- die Aufgaben in der Verwaltung klar benennen und regeln. Bürgerinnen und Bürger sollen digital sehen können, wo ihr Antrag gerade bearbeitet wird und welche Schritte bereits abgeschlossen sind. Was bei der Verfolgung eines Pakets möglich ist, muss auch bei einem Verwaltungsverfahren möglich sein.
- Anträge schneller bearbeiten lassen. Langsames Handeln der Behörden soll Folgen haben. Bürgerinnen und Bürger müssen Fristen einhalten und müssen bei einer Verspätung mit Folgen rechnen. Das Gleiche soll auch für Behörden gelten.
- geeignete Verfahren durch eine **Genehmigungsfiktion** beschleunigen. Das bedeutet: Wenn eine Behörde nicht innerhalb der festgelegten Frist entscheidet, gilt die Genehmigung automatisch als erteilt.
- dafür sorgen, dass Verwaltungen eigene Fachkenntnisse für die Digitalisierung aufbauen. Sie brauchen vor Ort Fachkräfte für das Projektmanagement. Diese sollen IT-Projekte planen und gemeinsam mit privaten Unternehmen begleiten.
- den Kommunen ermöglichen, stärker mit schnellen und flexiblen privaten Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern zusammenzuarbeiten. Die Verwaltung plant die Projekte. Spezialisierte IT-Unternehmen setzen sie um.

Schnelles Internet und digitale Angebote überall

Eine gute digitale Infrastruktur ist heute sehr wichtig für einen Wirtschaftsstandort. Dazu gehören schnelles Internet und leistungsfähige Mobilfunknetze.

Viele moderne Anwendungen brauchen überall zuverlässige und schnelle Netze. Dazu gehören zum Beispiel:

- medizinische Beratung und Behandlung über das Internet,
- selbstfahrende Fahrzeuge,
- digitale Technik in der Landwirtschaft,
- vernetzte und automatisierte Industrie,
- und selbstständig fahrende Schiffe.

Die digitale Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern ist noch immer schlechter als im deutschen Durchschnitt. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen müssen mit diesen Nachteilen leben.

Die Landesregierung hat dadurch Chancen nicht genutzt. Sie hat Nachteile für den Wirtschaftsstandort hingenommen und die Modernisierung gebremst.

Wir von der FDP wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern beim digitalen Ausbau den deutschen Durchschnitt erreicht. Später soll das Land zu den besten Bundesländern gehören. Dabei wollen wir uns auch an den modernsten digitalen Standorten in Europa orientieren.

Unser Ziel sind überall verfügbare **Gigabit-Netze**. Das sind besonders schnelle Internetverbindungen. Sie sollen zuverlässig, bezahlbar und leistungsfähig sein.

Wirtschaft, Bildung und Telemedizin brauchen solche Netze. Sie müssen auch genug Leistung für neue technische Entwicklungen in der Zukunft bieten.

Digitalisierung bedeutet mehr als schnelles Internet

Die Politik darf sich bei der Digitalisierung nicht nur um den Ausbau der Netze kümmern. Auch die Verwaltung muss digitaler werden.

Digitale Verfahren sollen:

- Behörden leistungsfähiger machen,
- Arbeitsabläufe verbessern,
- und die Bearbeitung von Anliegen sichern.

Das ist besonders wichtig, weil die Bevölkerung älter wird, Nachwuchskräfte fehlen und der Staat sparen muss. Trotzdem müssen die Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zuverlässig bearbeitet werden.

Die Verwaltung muss sich stärker an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Sie muss ihre bisherigen Abläufe prüfen und vereinfachen.

Alle neuen Regeln müssen digital umgesetzt werden können. Bestehende Verfahren dürfen nicht einfach unverändert vom Papier auf den Computer übertragen werden. Sie müssen grundsätzlich neu, einfacher und digital gedacht werden.

Wir wollen eine umfassende Strategie für die Digitalisierung. Gute bestehende Ideen wollen wir übernehmen und durch neue Lösungen ergänzen. Daraus soll mit Mut und Entschlossenheit ein klarer und verlässlicher Plan entstehen.

Dabei darf es keinen Unterschied zwischen Stadt und Land geben. Mecklenburg-Vorpommern soll überall digital funktionieren.

Schnelle Netze und 5G in ganz Mecklenburg-Vorpommern

Wir haben das Geld und die technischen Möglichkeiten, um Mecklenburg-Vorpommern zu einem führenden Land bei der Digitalisierung zu machen. Diese Möglichkeiten werden bisher aber nicht vollständig genutzt.

Die Digitalisierung scheitert nicht an der Technik. Sie scheitert an einer Verwaltung, die nicht wirksam genug arbeitet, und am fehlenden politischen Willen.

Stabile und flächendeckende Internet- und Mobilfunknetze gehören zur notwendigen Grundversorgung. Sie sind auch eine wichtige Voraussetzung für digitale Arbeitsplätze und neue Unternehmen außerhalb der Städte.

Mecklenburg-Vorpommern darf nicht länger als eine Region gelten, in der man wegen des schlechten Internets eine Pause von der digitalen Welt machen muss.

Wir von der FDP wollen:

- alle Möglichkeiten nutzen, um den Ausbau des schnellen Internets zügig umzusetzen. Es darf nicht bei Ankündigungen oder beim Einwerben von Fördermitteln bleiben. Das gilt besonders für Menschen, bei denen bereits eine Breitbandleitung im Boden liegt, die aber trotzdem noch keinen Anschluss haben.
- schnell dafür sorgen, dass bisher schlecht versorgte Gebiete besseres Internet erhalten. Für sogenannte **weiße Flecken** wollen wir Übergangslösungen prüfen. Weiße Flecken sind Gebiete ohne ausreichende Internetversorgung. Als Übergang können zum Beispiel Richtfunk oder Internet über Satelliten genutzt werden.
- den Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes besonders fördern. Eine genaue Untersuchung soll zeigen, wo noch Funklöcher bestehen. Diese Lücken sollen so schnell wie möglich geschlossen werden. Dabei wollen wir bereits an den künftigen 6G-Standard denken. Dieser soll voraussichtlich ab etwa 2030 auf 5G folgen.
- uns bei Verhandlungen mit der Europäischen Union dafür einsetzen, dass die Grenze für staatliche Förderung beim Hochladen von Daten regelmäßig an die technische Entwicklung angepasst wird. So sollen auch Gebiete Förderung erhalten können, deren Upload-Geschwindigkeit nicht mehr den aktuellen Anforderungen entspricht.
- die Zusammenarbeit zwischen Städten, Gemeinden und Landkreisen bei der Digitalisierung fördern. Verschiedene Ausbaugebiete sollen stärker zu gemeinsamen Regionen verbunden werden. Dadurch soll der Netzausbau auf dem Land und in den Städten besser aufeinander abgestimmt werden.

- Breitbandprojekte von Bürgerinnen und Bürgern fördern und bekannter machen. Das gilt zum Beispiel für einzelne, abgelegene Häuser und Grundstücke im ländlichen Raum.

Gute Wege und gute Mobilität

Gute Verkehrswege sind für Mecklenburg-Vorpommern sehr wichtig. Sie stehen für Freiheit und Mobilität.

Ohne gute Verkehrswege können Waren von der Küste nicht im ganzen Land verteilt werden. Touristinnen und Touristen können uns schlechter erreichen. Auch die Menschen in unserem großen und dünn besiedelten Bundesland kommen dann nicht schnell von einem Ort zum anderen.

Gute Verbindungen mit Straßen, Schienen und Wasserwegen sind eine wichtige Grundlage für eine starke Wirtschaft. Der Verkehr ist auch selbst ein wichtiger Teil der Wirtschaft. Das zeigen zum Beispiel unsere Häfen.

Unsere gute Lage in Europa nutzen

Mecklenburg-Vorpommern hat eine gute Ausgangslage. Unser Bundesland liegt im Herzen Europas. Unsere Straßen und Wasserwege verbinden Skandinavien mit Osteuropa.

Wir können von diesen Verbindungen und vom Handel noch stärker profitieren. Dafür müssen wir unsere gute Lage nutzen. Wir müssen die Verkehrswege erhalten und weiter ausbauen.

Unser Bundesland steht im Wettbewerb mit Häfen in anderen deutschen Bundesländern. Es steht auch im Wettbewerb mit Häfen in unseren europäischen Nachbarländern. Ein Beispiel ist das geplante Container-Terminal in Swinemünde.

Auch bei den Straßen gibt es Wettbewerb. Der Fehmarnbelt-Tunnel wird bestehende Wege für Verkehr und Waren verändern. Dadurch kann sich auch die wirtschaftliche Leistung in andere Regionen verlagern. Das kann starke Folgen für die Mitte und den Osten von Mecklenburg-Vorpommern haben.

Damit wir in diesem Wettbewerb bestehen können, muss die Verkehrspolitik einen höheren Stellenwert bekommen.

Flugverkehr besser planen

Mecklenburg-Vorpommern ist nicht nur über Straßen, Schienen und Wasserwege erreichbar. Unser Bundesland ist auch an den Flugverkehr angeschlossen.

Bis heute fehlt aber ein gutes und langfristig funktionierendes Konzept für diese Verbindung. Bisher wurde viel Steuergeld ausgegeben. Trotzdem ist keine wirkliche Verbindung mit anderen Regionen in Deutschland oder im Ausland entstanden.

Das Ziel liberaler Verkehrspolitik ist: Menschen und Waren sollen schnell, zuverlässig und sicher durch unser Land und in unser Land kommen. Sie sollen dabei frei von politischer und ideologischer Bevormundung sein.

Zuverlässiger Schienenverkehr

Im regionalen Bahnverkehr sollen die Züge zuverlässig und pünktlich fahren.

Die Anzeigen an den Bahnsteigen und in den Apps müssen richtig sein. Bei Störungen müssen die Apps die Reise sofort neu planen.

Fahrgäste sollen ihre Tickets über Apps buchen können. Die Apps sollen auch zuverlässig zeigen, wie man zum Bahnhof und vom Bahnhof zum Ziel kommt. Diese Informationen sollen in Echtzeit aktualisiert werden.

Mobilität ist persönliche Freiheit

Mobilität ist auch für Menschen wichtig, die kein eigenes Fahrzeug fahren können. Dazu gehören junge Menschen, die noch keinen Führerschein haben. Dazu gehören auch ältere Menschen, die nicht mehr selbst fahren können.

Deshalb brauchen wir im ländlichen Raum zuverlässige und bezahlbare Angebote. Diese Angebote sollen die Mobilität sichern.

Mögliche Angebote sind:

- Rufbusse, die nach vorheriger Bestellung fahren,
- geförderte Fahrdienste durch Nachbarn oder Dorfgemeinschaften,
- selbstfahrende Fahrzeuge, wenn vorherige Modellprojekte erfolgreich waren.

Junge Menschen sollen früher einen Führerschein machen können. Jugendliche ab 16 Jahren dürfen an Kommunalwahlen und Landtagswahlen teilnehmen. Wer ihnen diese Verantwortung zutraut, sollte ihnen auch zutrauen, in Begleitung verantwortungsvoll ein Fahrzeug zu führen.

Wir von der FDP wollen:

- für eine Verkehrspolitik ohne ideologische Vorgaben kämpfen. Sie soll wirtschaftliche Effizienz, die freie Wahl des Verkehrsmittels und Umweltschutz miteinander verbinden.
- die Städte und Gemeinden beim weiteren Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur unterstützen. Radwege und Fahrradstraßen sollen dort saniert und verbessert werden, wo es nötig ist.
- unsere Seehäfen durch gute Bedingungen unterstützen. Die Häfen sollen besser an das Schienen- und Straßennetz angeschlossen werden. Umweltauflagen und Gebühren sollen so gestaltet sein, dass unsere Häfen keinen Nachteil gegenüber Häfen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben.
- uns auf europäischer Ebene für ein gemeinsames Verkehrskonzept im Ostseeraum einsetzen. Die Länder müssen ihre Planungen besser miteinander abstimmen. Nationale Alleingänge sollen vermieden werden. Verkehrs- und Wirtschaftswege sollen nicht unnötig doppelt gebaut werden. Solche Doppelungen können auch der Umwelt schaden. Das betrifft zum Beispiel das geplante Container-Terminal in Swinemünde.

- bereits geplante Projekte für Straßen, Schienen und Wasserwege schnell umsetzen. Lücken im Verkehrsnetz sollen geschlossen werden. Dazu gehören besonders:
 - der Ausbau einer leistungsfähigen Bundesstraße von Ost nach West,
 - die Elektrifizierung und Verbesserung von Bahnstrecken für Geschwindigkeiten bis zu 160 Kilometern pro Stunde,
 - tiefere Fahrrinnen und Hafenbecken in den Häfen Rostock, Wismar, Sassnitz und Stralsund.
- Damit können die wichtigen europäischen Verkehrswege in Mecklenburg-Vorpommern gestärkt werden. Diese europäischen Verkehrswege heißen Transeuropäisches Verkehrsnetz, kurz TEN.
- digitale Technik für eine moderne und intelligente Verkehrssteuerung einsetzen. Dazu gehören zum Beispiel:
 - Geschwindigkeitsanzeigen auf Autobahnen, die sich an die Verkehrslage anpassen,
 - miteinander verbundene Ampeln,
 - digitale Parkleitsysteme, mit denen man auch direkt bezahlen kann.
- das gesamte Autobahnnetz in Mecklenburg-Vorpommern für sogenannte Gigaliner freigeben. Gigaliner sind besonders lange Lastwagen.
- für einheitliche Regeln bei Großraum- und Schwerlasttransporten sorgen. Eine zentrale Stelle soll dafür zuständig sein. Nicht jede Region auf der Strecke soll eigene Regeln und Auflagen machen. Zu viel Bürokratie darf diese Transporte nicht unnötig bremsen.
- in geeigneten Regionen Modellprojekte für selbstfahrende Fahrzeuge erlauben.
- die Mobilität im ländlichen Raum sichern. Dazu sollen das bestehende Rufbus-System und seine Finanzierung geprüft und bewertet werden.
- ein Konzept für den öffentlichen Nahverkehr im ganzen Bundesland erarbeiten. Alle öffentlichen Verkehrsmittel in den Regionen sollen besser miteinander verbunden werden. Das gilt auch für die Verbindungen in die großen Regionen rund um Hamburg, Berlin und Stettin. Es sollen mehr Verkehrsangebote entstehen, die sich am tatsächlichen Bedarf der Menschen orientieren.
- uns für den Erhalt des Deutschlandtickets einsetzen. Dafür braucht es eine langfristig sichere Finanzierung. Das Land Mecklenburg-Vorpommern soll die notwendigen Zuschüsse bezahlen.
- die Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr verbessern. Barrierefreiheit bedeutet, dass auch Menschen mit Behinderungen die Verkehrsmittel und Haltestellen selbstständig nutzen können. Dafür brauchen wir eine klare Strategie und eine gesicherte Finanzierung.
- uns für bessere Verbindungen der Deutschen Bahn zu den Städten in unserem Bundesland einsetzen. In Zukunft soll nicht mehr monatelang darum gestritten werden, ob wenig wirtschaftliche Verbindungen erhalten bleiben. Es müssen frühzeitig Pläne entwickelt werden, wie Menschen bei einem Wegfall dieser Verbindungen mit anderen Angeboten befördert werden können.

- private Mobilitätsplattformen ermöglichen, die miteinander funktionieren können. Das sind zum Beispiel Apps, die verschiedene Verkehrsmittel und Anbieter verbinden. Dafür braucht es offene technische Schnittstellen. Alle Anbieter sollen einen fairen und gleichen Zugang zum Markt erhalten.
- die Mobilität junger Menschen erhöhen. Das Mindestalter für den Führerschein der Klasse AM soll auf 14 Jahre sinken. Mit diesem Führerschein darf man zum Beispiel bestimmte Motorroller fahren. Außerdem soll sich Mecklenburg-Vorpommern auf Bundesebene für einen Modellversuch zum „Begleiteten Fahren mit 16“ einsetzen.

Energiepolitik für die Zukunft

Wir von der FDP stehen zu den Zielen für den Klimaschutz.

Wir lehnen aber einen Wettbewerb zwischen den Bundesländern ab, bei dem jedes Land die Klimaziele noch früher erreichen will. Solche früheren Ziele sind oft nicht realistisch. Außerdem dürfen die Bundesländer viele wichtige Regeln für Verkehr und Energie nicht selbst beschließen. Dafür ist vor allem der Bund zuständig.

Die Klimaziele müssen auf vernünftige Weise erreicht werden. Dabei müssen die Naturgesetze beachtet werden. Wir wollen Technologieoffenheit. Das bedeutet: Die Politik soll nicht vorschreiben, welche Technik benutzt werden muss. Sie soll klare Ziele festlegen. Danach sollen die besten Ideen und Techniken im Wettbewerb zeigen, wie diese Ziele erreicht werden können.

Eine gute Energiepolitik wird an ihren tatsächlichen Ergebnissen gemessen. Politische Symbole allein helfen nicht.

Energieversorgung ist mehr als Strom

Die Energieversorgung eines modernen Industrielandes ist ein kompliziertes System. Es geht nicht nur um Strom.

Energie wird auch gebraucht für:

- die Heizung von Gebäuden,
- chemische und industrielle Prozesse,
- Kraftstoffe für Verkehr und Mobilität,
- Industrie und Gewerbe.

Diese verschiedenen Bereiche müssen besser miteinander verbunden werden. Das nennt man Sektorenkopplung. Dadurch kann noch viel CO₂ eingespart werden.

Energie muss bezahlbar bleiben

Energie muss für Unternehmen und private Haushalte bezahlbar sein.

Die Energiekosten sind wichtig für den internationalen Wettbewerb. Sie beeinflussen auch die Kosten für die Menschen vor Ort.

Mecklenburg-Vorpommern gehört heute zu den Regionen mit den weltweit höchsten Stromkosten. Das macht unser Land für neue Unternehmen weniger attraktiv. Gleichzeitig werden die privaten Haushalte zu stark belastet.

Wettbewerb und Emissionshandel

Unserer Meinung nach können Klimaneutralität und bezahlbare Energie am besten durch einen starken Wettbewerb neuer Ideen erreicht werden.

Wir unterstützen deshalb einen weltweiten Emissionshandel. Dabei bekommt der Ausstoß von CO₂ einen Preis. Dieser Preis soll weltweit und in allen Bereichen gelten.

So entsteht ein Anreiz, Energie sparsam und wirksam einzusetzen. Teure und unwirksame Techniken können sich dann auf Dauer nicht mehr am Markt halten.

Die Politik soll nicht vorhersagen oder erzwingen, welche Technik in Zukunft genutzt wird. Sie soll gute Bedingungen schaffen. Dazu gehören zum Beispiel:

- der Emissionshandel,
- die Planung und der Ausbau der notwendigen Infrastruktur.

Wir wollen staatliche Förderungen durch marktwirtschaftliche Lösungen ersetzen. So sollen die Energiepreise in Mecklenburg-Vorpommern langfristig wieder wettbewerbsfähig werden.

Verschiedene Energiequellen nutzen

Schon heute ist klar: Wahrscheinlich können wir nicht auf bestimmte Techniken und Energieträger verzichten.

Wir brauchen alle Formen der erneuerbaren Energie:

- Windenergie,
- Sonnenenergie,
- Wasserkraft,
- Biogas,
- Erdwärme.

Manchmal liefern diese Energiequellen aber nicht genug Energie. Dann müssen wir die benötigte Energie zu bezahlbaren Kosten anders herstellen können.

Neben Gaskraftwerken setzen wir uns deshalb für die Produktion von Wasserstoff in Mecklenburg-Vorpommern ein.

Schon heute wird zeitweise mehr Windstrom erzeugt, als direkt gebraucht oder transportiert werden kann. Diese überschüssige Energie soll schnell für die Herstellung von Wasserstoff genutzt oder in Batterien gespeichert werden.

Wasserstoff als Energieträger

CO₂-neutral hergestellter Wasserstoff kann fossile Brennstoffe ersetzen. Fossile Brennstoffe sind zum Beispiel Erdöl, Erdgas und Kohle.

Wasserstoff kann direkt genutzt werden. Er kann auch die Grundlage für synthetische Kraftstoffe sein. Das sind künstlich hergestellte Kraftstoffe.

Wasserstoff kann in vielen Bereichen eingesetzt werden:

- in der Industrie,
- für Autos und Lastwagen,
- für Flugzeuge und Schiffe,
- zum Heizen von Gebäuden.

In Fahrzeugen kann Wasserstoff zum Beispiel in Brennstoffzellen genutzt werden. Eine Brennstoffzelle erzeugt aus Wasserstoff Strom.

Anders als Strom kann Wasserstoff über weite Strecken transportiert werden. Das ist zum Beispiel möglich:

- durch Leitungen,
- mit Tankfahrzeugen,
- mit Schiffen.

Mit dem Seehafen Rostock besitzt Mecklenburg-Vorpommern bereits eine wichtige Infrastruktur für den Export. Diese Infrastruktur muss aber weiter ausgebaut werden.

Chancen für Wirtschaft und Arbeitsplätze

Regionen mit viel Sonne und Wind haben gute Möglichkeiten für die Herstellung von grünem Wasserstoff. Grüner Wasserstoff wird mit Strom aus erneuerbaren Energien produziert.

Unsere Küste und die Windparks auf See bieten dafür großes Potenzial. Dort können auch synthetische Kraftstoffe aus erneuerbarem Strom hergestellt werden.

So kann die Energiewende sinnvoll vorangebracht werden. Gleichzeitig können Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe zu wichtigen Produkten für Mecklenburg-Vorpommern werden.

Unser Bundesland kann dadurch ein bedeutender Standort für Forschung und Industrie werden. So können neue und gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen.

Bürger und Gemeinden beteiligen

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie von der Gesellschaft akzeptiert wird.

Das gilt besonders für die Menschen und Gemeinden, die direkt vom Ausbau der erneuerbaren Energien betroffen sind.

Deshalb wollen wir das Bürgerbeteiligungsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern praktisch verbessern. Betroffene Bürgerinnen und Bürger sowie Gemeinden sollen wirklich und deutlich an den Projekten beteiligt werden.

Mit wenigen Euro kann man keine echte Zustimmung erreichen.

Wasserstoff muss auch importiert werden

Die Möglichkeiten zur Stromerzeugung in Deutschland werden voraussichtlich nicht ausreichen, um den gesamten Wasserstoff für unsere Industrie herzustellen.

Wasserstoff soll viele Anwendungen klimaneutral machen. Deshalb werden wir große Mengen Wasserstoff aus anderen europäischen Ländern und aus Ländern außerhalb Europas importieren müssen.

Unsere Häfen können dabei eine wichtige Rolle übernehmen. Sie können zu wichtigen Orten werden für:

- den Umschlag von Wasserstoff,
- den Transport,
- die Lagerung,
- die Weiterverarbeitung.

Keine vorgeschriebene Heiztechnik

Wir von der FDP lehnen den Zwang ab, eine bestimmte Heizungsart zu nutzen.

Wir lehnen auch die Pflicht ab, sich an ein Wärmenetz anzuschließen oder es zu benutzen. Ein Wärmenetz versorgt mehrere Gebäude über gemeinsame Leitungen mit Wärme.

Wir wollen stattdessen attraktive und klimafreundliche Angebote vor Ort. Diese Angebote sollen die Menschen ohne Zwang überzeugen.

Wir vertrauen den Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden. Sie sollen Wärmenetze planen, wenn diese vor Ort sinnvoll sind.

Verpflichtende und teure Wärmeplanungen für ganze Regionen sind unnötig, wenn die örtlichen Bedingungen und Bedürfnisse vernünftig geprüft werden.

An verschiedenen Orten können unterschiedliche Lösungen richtig sein. Zum Beispiel:

- ein Wärmenetz zusammen mit einer Biogasanlage,
- Wasserstoff im Gasnetz,

- Wärme aus tiefer Erdwärme,
- Abwärme aus Industriebetrieben,
- einzelne Wärmepumpen für Gebäude.

Die besonderen Bedingungen einer Region müssen beachtet werden. Nur so kann die beste und günstigste Wärmeversorgung gefunden werden.

Wir von der FDP wollen:

- uns für eine Energiepolitik einsetzen, die vier Ziele gleich wichtig behandelt:
 - Umweltschutz,
 - eine sichere Energieversorgung,
 - die Zustimmung der Bevölkerung,
 - bezahlbare Energie.

Der Ausbau der Stromnetze und der Speicher muss genauso wichtig sein wie der Bau neuer Anlagen zur Energieerzeugung. Erneuerbare Energien sind für die gesamte Wirtschaft nur dann wirklich nützlich, wenn es leistungsfähige Netze und Speicher gibt.

- für Technologieoffenheit eintreten. Heute weiß niemand sicher, welche Energieträger sich langfristig in den verschiedenen Bereichen durchsetzen werden. Deshalb brauchen wir einen echten Wettbewerb im Rahmen eines ehrgeizigen Emissionshandels.

Alle Techniken, die von der Gesellschaft akzeptiert werden und für die es interessierte Anbieter gibt, sollen am Wettbewerb teilnehmen können. So wollen wir die ehrgeizigen Klimaziele mit neuen Ideen und möglichst geringen Kosten erreichen.

- die Forschung zur Kernfusion aktiv begleiten. Bei der Kernfusion soll auf ähnliche Weise Energie erzeugt werden wie in der Sonne.

Das Forschungsprojekt „Wendelstein“ des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in Greifswald gehört weltweit zu den führenden Projekten. Wenn nötig, wollen wir uns dafür einsetzen, politische Verfahren zu beschleunigen.

Außerdem wollen wir weitere große und innovative Forschungsprojekte nach Mecklenburg-Vorpommern holen.

- uns auf Bundesebene für eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, kurz EEG, einsetzen. Ungenutzte Energie soll dadurch für die Herstellung von Wasserstoff eingesetzt werden können.
- uns dafür einsetzen, dass die Landesraumentwicklungsplanung schnell aktualisiert wird. Diese Planung legt fest, wie Flächen im Bundesland in Zukunft genutzt werden können.
- die Herstellung aller Arten von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen in Mecklenburg-Vorpommern technologieoffen begleiten. Das gilt auch für die Entwicklung und Erforschung von Antrieben mit Wasserstoff.
- prüfen, wie die vorhandenen Erdgasleitungen im Land für die Speicherung und den Transport von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien genutzt werden können.
- die unwirksame Pflicht zur kommunalen Wärmeplanung abschaffen. Die Wärmeplanung soll wieder freiwillig sein. Sie soll dort stattfinden, wo sie einen wirklichen Vorteil bringt.
- sicherstellen, dass bei der Wärmeversorgung von Gebäuden verschiedene Techniken genutzt werden können.

- ein Bürgschaftsprogramm für den Bau kleiner Wärmenetze einrichten. Bei einer Bürgschaft übernimmt das Land einen Teil des finanziellen Risikos. Dadurch sollen kleine Wärmeversorger leichter Kredite für notwendige Investitionen erhalten.

Straßen, Netze und Gebäude modernisieren

Eine gute Infrastruktur ist die Grundlage für ein freies, wirtschaftlich starkes und modernes Mecklenburg-Vorpommern.

Dazu gehören Straßen, Brücken, Bahnstrecken, Häfen, Energie-Netze und Daten-Netze für Internet und digitale Kommunikation.

Diese Infrastruktur ist wichtig, damit Menschen zur Arbeit kommen und Unternehmen investieren können. Waren müssen zuverlässig transportiert werden. Außerdem sollen alle Regionen an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein großes Flächenland mit wenigen Einwohnern pro Quadratkilometer. Deshalb sind funktionierende Verkehrs- und Versorgungsnetze besonders wichtig.

Wenn Straßen gesperrt sind, Bahnverbindungen nicht zuverlässig fahren oder Planungen viele Jahre dauern, wird das ganze Land geschwächt.

Heute gibt es viele Probleme. Bei Straßen und Brücken wurden notwendige Investitionen zu lange aufgeschoben. Genehmigungen dauern oft sehr lange. Planungsbehörden sind überlastet. Außerdem werden verschiedene Verkehrsmittel in der Verkehrspolitik aus ideologischen Gründen gegeneinander ausgespielt.

Das lehnen wir ab. Infrastrukturpolitik muss praktisch sein und das wirtschaftliche Wachstum unterstützen.

Unser Ziel ist klar: Bestehende Infrastruktur soll zuerst erhalten und saniert werden. Neue Projekte sollen dort entstehen, wo sie nötig sind.

Planung und Bau müssen schneller werden. Die Finanzierung muss dauerhaft und verlässlich sein. Straßen, Schienen, Häfen sowie Energie- und Daten-Netze müssen konsequent modernisiert werden.

Mecklenburg-Vorpommern hat eine gute geografische Lage. Unser Bundesland liegt zwischen Skandinavien, Osteuropa sowie den großen Regionen Hamburg und Berlin.

Diese Lage müssen wir gezielt nutzen. Unsere Häfen, unsere Verkehrswege von Ost nach West und unsere Verbindungen zu den europäischen Verkehrsnetzen bieten große wirtschaftliche Chancen. Dafür müssen wir diese Verbindungen konsequent ausbauen und weiterentwickeln.

Wir von der FDP wollen:

- Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Dazu wollen wir auch sogenannte Genehmigungsfiktionen nutzen. Das bedeutet: Wenn eine Behörde nicht innerhalb einer festen Frist entscheidet, kann eine Genehmigung unter bestimmten Bedingungen als erteilt gelten. So sollen Verfahren nicht endlos verzögert werden.

- den Erhalt bestehender Infrastruktur vor Neubauten stellen. Der große Sanierungsbedarf bei Landesstraßen und Brücken muss Schritt für Schritt und nach einem festen Plan abgearbeitet werden.
- die Finanzierung der Landesstraßen dauerhaft und verlässlich sichern.
- die Verkehrsverbindungen von Ost nach West stärken. Dafür brauchen wir leistungsfähige Bundesstraßen und Bahnverbindungen zwischen Vorpommern, der Mecklenburgischen Seenplatte und Westmecklenburg.
- Städte und Gemeinden finanziell stärker entlasten. Investitionsmittel sollen über den kommunalen Finanzausgleich verteilt werden. Der kommunale Finanzausgleich regelt, wie das Land Geld an Städte und Gemeinden weitergibt. Kleine und komplizierte Förderprogramme sollen dadurch vermieden werden.


Du willst was reißen?
Wir auch.

Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern

FDP

Finanzen und Haushalt

Solide Finanzen geben dem Land Handlungsspielraum

Eine solide Haushaltspolitik ist eine wichtige Grundlage unserer Demokratie. Sie schützt den Rechtsstaat und sorgt dafür, dass das Land handeln kann. Sie schützt auch die persönliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger.

Ein Staat darf nicht dauerhaft mehr Geld ausgeben, als er einnimmt. Sonst fehlen in Zukunft wichtige finanzielle Spielräume. Das schränkt auch die Möglichkeiten der Menschen ein.

Wenn der Staat immer neue Schulden macht, folgen später oft höhere Steuern und Abgaben. Bezahlen müssen das die heutigen Familien und besonders ihre Kinder. Eine solche Politik kann auch stabile Preise und die wirtschaftliche Entwicklung gefährden. Das Leben wird dadurch für alle teurer. Schulden lösen die Probleme nicht. Sie verschieben die Belastungen nur in die Zukunft.

Für uns von der FDP ist klar: Strenge Regeln für neue Schulden müssen in der Landesverfassung stehen. Sie schützen die Freiheit der Bürger und sichern die Handlungsfähigkeit des Landes.

Wenn Bund und Länder diese Regeln lockern, gefährden sie Vertrauen und Stabilität. Dagegen werden wir entschieden vorgehen.

Wir werden genau prüfen, wofür zusätzliches Geld ausgegeben wird. Geld aus neuen Schulden darf nicht für laufende Ausgaben genutzt werden. Dazu gehören zum Beispiel regelmäßig anfallende Personal- oder Verwaltungskosten. Neue Schulden dürfen auch nicht dazu dienen, Lücken im normalen Landeshaushalt zu schließen.

Kredite sollen nur für Investitionen aufgenommen werden, die zukünftiges Wachstum ermöglichen. Dazu gehören zum Beispiel moderne Infrastruktur und neue Technologien. Unser Ziel ist eine klare und verlässliche Haushaltsdisziplin.

Mecklenburg-Vorpommern hat unserer Meinung nach kein Einnahmeproblem. Das Land hat ein Ausgabenproblem. Die Steuereinnahmen sind so hoch wie nie zuvor. Trotzdem steigen die Ausgaben noch schneller.

Immer neue Programme und Aufgaben erhöhen die Kosten. Ein privater Haushalt würde in einer solchen Lage Prioritäten setzen und sparen. Die Landesregierung steuert das Land dagegen auf eine Finanzierungslücke von mehreren Milliarden Euro zu.

Deshalb muss das Land jetzt alle Aufgaben kritisch prüfen:

- Was ist wirklich notwendig?
- Was ist zwar wünschenswert, aber verzichtbar?

Die Landespolitik soll sich auf ihre wichtigsten Aufgaben konzentrieren. Sie soll teure Prestigeprojekte und kostspielige Wahlgeschenke kritisch prüfen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf einen Staat, der wirksam arbeitet und sorgfältig mit ihren Steuergeldern umgeht.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Landes gehören für uns:

- Bildung und Forschung,
- innere Sicherheit,
- eine leistungsfähige Justiz,
- verlässliche Bedingungen für Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt,
- eine moderne Infrastruktur,
- eine sichere Versorgung im ganzen Land.

Gleichzeitig wächst die Zahl der Stellen in der Landesverwaltung weiter. Auch die Ausgaben für externe Gutachten und Beratungsfirmen sind auf einem Rekordniveau.

Das wirft Fragen auf. Wenn das Land mehr Personal einstellt, muss die Verwaltung ihre Aufgaben auch selbst erledigen können. Hier brauchen wir mehr Klarheit und mehr Zurückhaltung.

Gesetze und Verordnungen werden außerdem oft beschlossen, ohne dass alle späteren Kosten vollständig bekannt gemacht werden. Die Belastungen für Städte und Gemeinden, Unternehmen und Bürger bleiben häufig unklar.

Wir wollen deshalb ein unabhängiges Normenkontrollgremium schaffen. Das ist eine unabhängige Stelle, die neue Gesetze und Verordnungen vor ihrer Verabschiedung prüft.

Sie soll untersuchen:

- Welche Kosten entstehen?
- Wie viel neue Bürokratie entsteht?
- Welche Belastungen entstehen für Kommunen, Wirtschaft und Bürger?

Die Ergebnisse dieser Prüfung müssen veröffentlicht werden.

Auch der Landeshaushalt selbst muss verständlicher und offener werden. Bis heute fehlt ein vollständiger Überblick über das Vermögen und die Schulden des Landes.

Sondervermögen können die wirkliche Finanzlage verschleiern. Sondervermögen sind getrennte Geldtöpfe außerhalb des normalen Haushalts.

Neben sichtbaren Krediten gibt es auch langfristige Verpflichtungen. Dazu gehören zum Beispiel spätere Pensionen für Beamtinnen und Beamte oder Bürgschaften des Landes. Bei einer Bürgschaft übernimmt das Land das Risiko, wenn ein anderer seine Schulden nicht bezahlen kann.

Diese Verpflichtungen erscheinen nicht sofort als Schulden im Haushalt. Sie belasten aber spätere Generationen. Man nennt sie deshalb auch implizite Schulden, also versteckte oder zukünftige Schulden.

Wir fordern einen vollständigen Gesamtabschluss für das Land. Dieser soll ähnlich wie die Bilanz eines großen Unternehmens aufgebaut sein.

Darin sollen alle Beteiligungen und wirtschaftlichen Tätigkeiten des Landes erfasst werden. Auch der Verlust von Vermögenswerten muss sichtbar sein.

Straßen, Brücken und Gebäude werden mit der Zeit abgenutzt. Dadurch verlieren sie an Wert. Dieser Verbrauch von staatlichem Vermögen muss ehrlich dargestellt werden.

Nur mit vollständiger Offenheit können wir gerecht zwischen den Generationen handeln. Unser Grundsatz ist klar: Jede Generation soll die Mittel, die sie verbraucht, auch wieder erwirtschaften.

Wir wollen keine versteckten Belastungen hinterlassen. Wir wollen ein starkes und handlungsfähiges Mecklenburg-Vorpommern.

Wir von der FDP wollen:

- dafür sorgen, dass sich die Ausgaben des Landes nach den Einnahmen richten und nicht umgekehrt.
- den Anteil der laufenden Ausgaben deutlich senken. Das gilt besonders für Gutachten und externe Beratungsfirmen, deren Kosten inzwischen ein Rekordniveau erreicht haben.
- staatliche Zuschüsse und Förderprogramme auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit prüfen. Auch die Kosten für die Verwaltung dieser Programme sollen begrenzt werden. Programme ohne nachweisbaren Nutzen oder ohne ausreichende Wirtschaftlichkeit wollen wir beenden.
- einen verständlichen und aussagekräftigen Bericht über staatliche Zuschüsse fordern. Der Bericht soll zeigen, wer Geld erhält, welche Ziele damit verfolgt werden und welche Ergebnisse erreicht wurden. So sollen unnötige oder unübersichtliche Förderungen abgeschafft werden.
- notwendige Reformen in der Landesverwaltung umsetzen. Die Verwaltung soll zu einer der modernsten und wirksamsten Verwaltungen Deutschlands werden und sich auf ihre wichtigsten Aufgaben konzentrieren.
- einzelnen Behörden und Bereichen mehr Verantwortung für ihre eigenen Budgets geben. Dadurch sollen sie stärkere Anreize bekommen, verantwortungsvoll mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen.
- die Einnahmen des Landes durch wirtschaftliches Wachstum erhöhen. Wir lehnen dafür Steuererhöhungen und neu erfundene Abgaben ab.
- eine Finanzrechnung einführen, die auch gegenüber kommenden Generationen gerecht ist. Sie soll offen darstellen:
 - welche Ressourcen das Land verbraucht,
 - wie sich das Vermögen entwickelt,

- welche sichtbaren Schulden bestehen,
- welche zukünftigen und versteckten Schulden bestehen.

Nur so kann das Land langfristig verantwortungsvoll handeln.

- die Rolle des Landesrechnungshofes stärken. Der Landesrechnungshof prüft, ob der Staat sorgfältig und rechtmäßig mit Geld umgeht. Seine Feststellungen dürfen nicht nur zur Kenntnis genommen werden. Sie müssen auch Folgen haben.
- vorschreiben, dass vor jedem neuen Gesetz und jeder neuen Verordnung alle späteren Kosten realistisch geprüft werden. Dabei müssen die Folgen für Verwaltung, Bürger und Unternehmen dargestellt werden.
- alle wirtschaftlichen Beteiligungen des Landes kritisch prüfen. Das Land soll nur an Unternehmen beteiligt bleiben, wenn diese Beteiligung einen wichtigen strategischen Zweck erfüllt und klare, messbare Ziele erreicht.
- dafür sorgen, dass Aufsichtsräte mit fachlich geeigneten und parteipolitisch unabhängigen Personen besetzt werden. Aufsichtsräte kontrollieren die Arbeit von Unternehmen und ihrer Leitung.
- uns für eine rechtssichere und verbindliche Regel für neue Schulden von Bund und Ländern einsetzen. Diese Regel soll sowohl im Grundgesetz als auch in der Landesverfassung stehen.
- die Geldströme zwischen Bund, Ländern und Kommunen klarer trennen. Steuerzahler sollen erkennen können, auf welcher staatlichen Ebene ihr Geld wofür ausgegeben wird.
- Großprojekte vor einer Entscheidung umfassend und offen auf ihre Wirtschaftlichkeit prüfen. Dabei müssen nicht nur die Baukosten beachtet werden. Auch spätere Betriebs-, Erhaltungs- und Folgekosten müssen berücksichtigt werden.

Außerdem sollen die sogenannten Opportunitätskosten geprüft werden. Das sind Nachteile, die entstehen, weil das Geld dann nicht mehr für andere mögliche Projekte zur Verfügung steht.

- streng darauf achten, dass Investitionen aus neuen Rekordschulden zusätzlich zu bereits geplanten Projekten umgesetzt werden. Das Land darf nicht gleichzeitig seine eigenen Investitionen verringern und durch neues Kreditgeld ersetzen.
- einen festen Plan zum Abbau alter Schulden fordern. Dieser Schuldenabbau soll nicht durch höhere Steuern finanziert werden. Zuerst muss das Land selbst sparen und seine Ausgaben ordnen.

Steuersysteme einfacher und gerechter gestalten

Der Staat erhebt Steuern. Damit bezahlt er seine Aufgaben für die Bürger und die Unternehmen. Das ist richtig und notwendig.

Der Staat darf aber nicht ständig neue Aufgaben schaffen. Er muss mit dem Geld der Steuerzahler wirksam und sparsam umgehen. Er darf nicht schlecht arbeiten, nur weil ihm Steuergeld zur Verfügung steht.

Jede Steuer greift in das Eigentum und die wirtschaftliche Freiheit der Menschen ein. Wenn die Steuern unnötig hoch sind, bleibt den Menschen zu wenig von dem, was sie sich erarbeitet haben.

Wir von der FDP wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger einen fairen Anteil an Wachstum und Wohlstand behalten.

Die Belastung durch Steuern und Abgaben ist in Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Staaten besonders hoch. Die OECD ist ein Zusammenschluss vieler Industrieländer. Die hohe Belastung trifft Familien, Unternehmen und Beschäftigte deutlich.

Die Politik muss Steuergeld verantwortungsvoll verwalten. Jeder Euro muss sinnvoll und gezielt eingesetzt werden.

Bei der Reform der Grundsteuer hat die Landesregierung ein kompliziertes und wenig verständliches Modell gewählt. Außerdem verteilt dieses Modell die Belastungen ungerecht zwischen den Bürgern.

Wir fordern deshalb eine umfassende Prüfung der Grundsteuerreform. Starke Verschiebungen der Belastung müssen verringert werden. Wir wollen eine einfache, verständliche und gerechte Grundsteuer.

Auch die Grunderwerbsteuer ist ein Problem. Diese Steuer wird beim Kauf eines Grundstücks oder einer Immobilie fällig. In Mecklenburg-Vorpommern liegt ihr Steuersatz bei 6 Prozent. Das ist der zweithöchste Wert in Deutschland.

Wir halten diesen Steuersatz für zu hoch. Er erschwert oder verhindert den Kauf von Wohneigentum.

Wir lehnen auch höhere Erbschaftsteuern und die Wiedereinführung einer Vermögensteuer klar ab.

Ein Erbe oder ein Eigentümer darf nicht gezwungen sein, Teile eines Betriebs oder einer vermieteten Immobilie zu verkaufen, nur um solche Steuern bezahlen zu können. Dadurch würden Betriebsvermögen oder Wohnungen der Wirtschaft und dem Wohnungsmarkt entzogen.

Diese Steuern greifen das vorhandene Vermögen direkt an. Das betrifft besonders das Vermögen von Unternehmen. Die Nachteile solcher Steuern wären unserer Meinung nach deutlich größer als ihre Vorteile.

Mecklenburg-Vorpommern soll sich aktiv für ein einfaches und gerechtes Steuersystem einsetzen. Das gilt für die Einkommensteuer, die Unternehmensteuer und die Umsatzsteuer.

Wir wollen nicht nur abwarten, was die Bundesregierung in Berlin entscheidet. Das Land soll eigene Ideen entwickeln und Reformen anstoßen.

Wir von der FDP wollen:

- auf eine umfassende Prüfung der Grundsteuerreform drängen. Starke Verschiebungen der Belastung wollen wir verringern.

Wir fordern ein einfaches und gerechtes Grundsteuerrecht. Dabei soll vor allem die Fläche des Grundstücks zählen.

- Das heutige komplizierte Verfahren wollen wir ersetzen. Derzeit sind mehrere Behörden beteiligt. Außerdem werden Merkmale berücksichtigt, die unserer Meinung nach nicht zur Grundsteuer passen.

- den Steuersatz der Grunderwerbsteuer wieder von 6 Prozent auf 3,5 Prozent senken. Wohneigentum ist kein Luxus.

- bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von 500.000 Euro einführen. Er soll für Wohnraum gelten, den die Käufer selbst nutzen. Dadurch wollen wir besonders jungen Familien den Kauf eines eigenen Hauses oder einer eigenen Wohnung erleichtern.

- jede Form von Steuern auf die vorhandene wirtschaftliche Substanz ablehnen. Dazu gehören eine Vermögensteuer, die Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie eine Gewerbekapitalsteuer.

Solche Steuern greifen das Vermögen und die wirtschaftliche Grundlage von Unternehmen an. Das schwächt Investitionen und gefährdet Arbeitsplätze.

- dafür sorgen, dass die Landesregierung dem Landtag mindestens alle drei Monate über die Verwendung von Sondervermögen berichtet. Sondervermögen sind besondere staatliche Geldtöpfe außerhalb des normalen Haushalts. Die Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, wofür ihr Geld verwendet wird.

- digitale und bereits vorausgefüllte Steuererklärungen voranbringen. Mecklenburg-Vorpommern soll ein Modellland für eine moderne Steuerverwaltung werden. Wer Steuern zahlt, verdient einfache Verfahren statt großer Mengen Papier.

- wirksame Verfahren einführen, um die Verschwendung von Steuergeld regelmäßig aufzudecken und zu bestrafen. Jeder verschwendete Euro fehlt an einer anderen Stelle.

- über den Bundesrat eine Reform der Einkommensteuer voranbringen. Wir wollen Beschäftigte deutlich entlasten, Familien stärken und dafür sorgen, dass sich Leistung wieder stärker lohnt.

Dazu wollen wir:

- den steuerlichen Grundfreibetrag deutlich erhöhen, mindestens um 1.000 Euro. Der Grundfreibetrag ist der Teil des Einkommens, auf den keine Einkommensteuer gezahlt werden muss.

- Betreuungskosten und Unterhaltszahlungen steuerlich stärker berücksichtigen. Dadurch sollen Familien gezielt entlastet werden.
- Zuschläge für Überstunden bei Vollzeitbeschäftigten von der Steuer befreien. Das soll die Bereitschaft zu zusätzlicher Arbeit fördern und gegen den Mangel an Fachkräften helfen.
- Steuersätze, Einkommensgrenzen und Freibeträge automatisch an die Inflation anpassen. So wollen wir die sogenannte kalte Progression verhindern.
- Kalte Progression bedeutet: Beschäftigte erhalten wegen steigender Preise mehr Lohn. Obwohl sie sich davon nicht mehr leisten können, müssen sie einen größeren Anteil ihres Einkommens als Steuer zahlen.
- den heutigen gleichmäßig ansteigenden Steuertarif möglichst durch ein Modell mit vier klaren Steuerstufen ersetzen. Wir halten den heutigen Tarif für ungerecht und leistungsfeindlich.
- den höchsten Einkommensteuersatz erst bei deutlich höheren Einkommen anwenden. Er soll tatsächlich nur Spitzenverdiener betreffen.
- weniger Nachweise verlangen, Ausnahmen abschaffen und realistische Pauschalen einführen. So wollen wir Bürokratie abbauen.
- für mehr Verlässlichkeit und Rechtssicherheit bei verbindlichen Auskünften der Finanzämter sorgen. Unternehmen und Bürger sollen sich auf eine solche Auskunft verlassen können.
- die vielen steuerlichen Ausnahmen auf ihre Wirkung prüfen und ihre Zahl verringern. Dadurch soll die Steuerbürokratie einfacher werden.
- Familien durch höhere oder bessere Familienfreibeträge tatsächlich stärker entlasten.
- Steuerformulare vereinfachen und mehr Pauschalen sowie abschließende Steuerregelungen nutzen.
- den Solidaritätszuschlag vollständig und nach einem festen Plan abschaffen.
- sogenannte Bagatelsteuern abschaffen. Das sind kleine Steuern, die wenig Geld einbringen, aber viel Verwaltung verursachen.
- Forschung und Entwicklung steuerlich stärker fördern. So sollen mehr neue Ideen und Technologien in unserem Land entstehen.
- über den Bundesrat eine umfassende Reform der Unternehmensteuern voranbringen. Unternehmen brauchen verlässliche Regeln und müssen international wettbewerbsfähig sein.

Dazu wollen wir:

- bessere Abschreibungsmöglichkeiten schaffen. Unternehmen sollen Ausgaben für Investitionen schneller von der Steuer abziehen können.
- das Steuersystem mittelfristig grundlegend vereinfachen. Am Ende soll es nur noch drei Arten von Steuern geben:
 - eine Steuer auf Erträge,
 - eine Steuer auf bestimmte Geschäfte und Rechtsvorgänge,

- eine kommunale Steuer.
- Bei der kommunalen Steuer sollen Städte und Gemeinden ihren Steuersatz offen festlegen. Dieser soll auf Werte angewendet werden, die bereits für die Ertragsteuer festgestellt wurden.
- verhindern, dass Städte und Gemeinden ihre Steuersätze sofort erhöhen, ohne vorher ihre Haushalte grundlegend zu verbessern und Ausgaben zu prüfen.
- ertragsunabhängige Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer abbauen. Heute müssen Unternehmen teilweise auch Ausgaben wie Mieten oder Zinsen zum steuerpflichtigen Gewinn hinzurechnen. Unternehmen sollen stattdessen nach ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden.
- Unternehmensübergaben ohne zusätzliche Steuerbelastung ermöglichen. So wollen wir die Nachfolge in Unternehmen und bestehende Arbeitsplätze sichern.
- eine unbegrenzte Verrechnung von Verlusten ermöglichen, wenn das Unternehmen diese Verluste wirtschaftlich tatsächlich getragen hat.
- entschlossener gegen aggressive internationale Modelle zur Steuervermeidung und gegen Steuerhinterziehung vorgehen. Für alle Unternehmen sollen faire Wettbewerbsbedingungen gelten.
- die Umsatzsteuer vereinfachen. Es soll weniger und klarere Ausnahmen bei Steuerbefreiungen und ermäßigten Steuersätzen geben. Das gesamte System soll verständlicher aufgebaut sein.
- die Ist-Versteuerung zum gesetzlichen Normalfall machen. Dabei wird die Umsatzsteuer erst fällig, wenn ein Kunde seine Rechnung bezahlt hat. Unternehmen sollen auf Antrag zur Soll-Versteuerung wechseln können. Dabei wird die Steuer bereits fällig, wenn die Rechnung geschrieben wurde.
- eine international wettbewerbsfähige Unternehmensteuer schaffen. Die Besteuerung soll nicht von der Rechtsform des Unternehmens abhängen. Die gesamte Steuerbelastung soll höchstens 20 Prozent betragen.
- Eigenkapital und geliehenes Geld steuerlich ausgewogen behandeln. Unternehmen sollen leichter Rücklagen bilden und sich besser auf Krisen vorbereiten können.


Du willst was reißen?
Wir auch.

Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern

FDP

Starke Städte und Gemeinden

Starke Städte und Gemeinden für Freiheit und Lebensqualität

Unsere Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen die Menschen leben, arbeiten und älter werden. Sie sollen dort frei und selbstbestimmt leben können.

Lebensqualität beginnt vor Ort. Kinder sollen sicher spielen, lernen und aufwachsen können.

Jugendliche brauchen Freiheit und gute Möglichkeiten, unterwegs zu sein. Sie brauchen Freizeitangebote und eigene Räume. Dort sollen sie sich entwickeln und ihre Interessen verfolgen können.

Erwachsene erwarten gute Wohnungen, eine funktionierende Grundversorgung und sichere, zuverlässige Verkehrsangebote. Außerdem brauchen Familien ein gutes Umfeld.

Ältere Menschen brauchen eine verlässliche Betreuung. Sie sollen auch im hohen Alter möglichst selbstbestimmt leben können.

Starke Städte und Gemeinden sind die Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmung und Lebensqualität. Sie ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern auch, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen.

Die kommunale Verwaltung muss die erste und wichtigste Anlaufstelle für die Anliegen der Bürger sein.

Wir von der FDP stehen für das Prinzip der Subsidiarität. Das bedeutet: Aufgaben sollen möglichst dort entschieden und erledigt werden, wo sie entstehen.

Was eine Gemeinde vor Ort selbst regeln kann, soll sie auch selbst regeln dürfen. Wir lehnen es ab, wenn dieselben Aufgaben von mehreren Behörden gleichzeitig erledigt werden.

Der Rückzug öffentlicher Angebote aus ländlichen Regionen darf nicht die einzige Antwort auf den Bevölkerungsrückgang sein. Auch die Zusammenlegung vieler kleiner Einrichtungen zu großen zentralen Strukturen darf nicht die einzige Lösung sein.

Zuerst muss geprüft werden, auf welcher Ebene eine Aufgabe am besten erledigt werden kann:

- in der Gemeinde,
- im Landkreis,
- oder auf Landesebene.

Danach müssen sich die Strukturen und die Finanzierung richten.

Wir halten nicht an bestehenden Strukturen fest, nur weil es sie schon lange gibt. Für uns zählt eine gute Leistung. Die Verwaltung muss wirksam, nah an den Bürgern und gut erreichbar sein.

Genug finanzieller Spielraum und ein verantwortungsvoller Haushalt

Städte, Gemeinden und Landkreise brauchen genug Geld, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Viele Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern haben große finanzielle Probleme. In der Vergangenheit haben sie immer mehr Aufgaben bekommen. Oft wurde aber nicht geklärt, wie diese Aufgaben bezahlt werden sollen.

Höhere Steuern und Abgaben sind für uns keine Lösung. Deutschland verlangt schon heute deutlich höhere Abgaben als viele Nachbarländer. Trotzdem sind vor Ort viele Straßen und Schulen in einem schlechten Zustand.

Wir von der FDP wollen den Kommunen keine zusätzlichen Aufgaben übertragen. Stattdessen wollen wir bestehende Aufgaben kritisch prüfen. Nur so kann ihre Finanzierung dauerhaft gesichert werden.

Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise verdienen Vertrauen. Sie brauchen eigene Entscheidungsmöglichkeiten und genug Geld. Nur dann können sie ihre Aufgaben selbstständig gestalten.

Auch freiwillige Angebote sind wichtig. Dazu gehören zum Beispiel:

- Unterstützung für Vereine und Kultur,
- Parks und Begegnungsstätten,
- Spielplätze und Sportanlagen,
- Badestellen.

Diese Angebote machen Städte und Dörfer lebenswert. Sie müssen auch in finanziell schwierigen Zeiten erhalten bleiben.

Wir stellen uns entschieden dagegen, dass Dörfer und Städte immer mehr wichtige Angebote verlieren und dadurch unattraktiv und leer werden.

Mehr finanzielle Freiheit können Kommunen nur mit eigenen Einnahmen erreichen. Wer Verantwortung für den Haushalt trägt, muss deshalb auch über Steuersätze, Gebühren und Beiträge entscheiden können.

Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sollen aktiv daran beteiligt werden, welche Aufgaben und Ausgaben Vorrang haben.

Faire und verlässliche Verteilung von Geld

Die Landesregierung hat Städte, Gemeinden und Landkreise in den vergangenen Jahren oft wie Bittsteller behandelt. Sie mussten um Geld bitten und konnten nicht frei darüber entscheiden.

Wir wollen, dass die Kommunen wieder selbstständig über ihre Mittel entscheiden können.

Sie sollen nicht von ungeeigneten Förderprogrammen abhängig sein. Solche Programme machen oft zu viele Vorgaben und schränken die Kommunen ein. Sie sollen auch nicht auf besondere Geldtöpfe angewiesen sein, mit denen eine Landesregierung vor Wahlen Geschenke verteilt.

Geld, das der Bund für die Kommunen bereitstellt, muss vollständig und schnell bei ihnen ankommen.

Wenn der Bund oder das Land den Kommunen Aufgaben überträgt, müssen sie auch genug Geld für diese Aufgaben bereitstellen.

Dabei muss das Prinzip der Konnexität streng gelten. Das bedeutet: Wer eine Aufgabe bestellt, muss auch für ihre Finanzierung sorgen.

Wir wollen die Geldflüsse zwischen dem Land und den Kommunen klarer trennen. Der kommunale Finanzausgleich soll einfacher und verständlicher werden. Der kommunale Finanzausgleich regelt, wie das Land Geld an Städte, Gemeinden und Landkreise verteilt.

Bei der Verteilung des Geldes sollen die tatsächlichen Aufgaben und Belastungen der Kommunen stärker berücksichtigt werden.

Geld darf nicht ohne klaren Grund umverteilt werden. Umverteilung darf kein Ziel für sich selbst sein.

Außerdem wollen wir Bürokratie und unnötige Berichtspflichten deutlich verringern.

Moderne, bürgernahe Verwaltung

Der Kontakt mit der kommunalen Verwaltung kostet oft noch zu viel Zeit. Wir von der FDP wollen eine Verwaltung, die für die Menschen da ist. Sie soll schnell, einfach und digital arbeiten. Persönliche Beratung soll aber weiterhin möglich sein.

Dafür braucht es funktionierende Strukturen, eine gute digitale Ausstattung und genug Personal.

Das Onlinezugangsgesetz soll dafür sorgen, dass Verwaltungsleistungen auch digital angeboten werden. Bisher sind viele digitale Abläufe aber noch nicht gut umgesetzt.

Das Land trägt dafür Verantwortung. Es darf nicht sein, dass jede Stadt und jede Gemeinde eigene digitale Lösungen entwickeln muss. Das Land soll gemeinsame digitale Angebote und technische Unterstützung über seine eigenen IT-Strukturen bereitstellen.

Auch die digitalen Systeme der Landesverwaltung und der Kommunen müssen gut miteinander verbunden sein. Daten und Vorgänge sollen ohne technische Probleme zwischen den Behörden ausgetauscht werden können.

Wir von der FDP sehen große Chancen in Künstlicher Intelligenz, kurz KI. KI kann dabei helfen, Verwaltungsleistungen schneller, wirksamer und näher an den Bedürfnissen der Bürger zu gestalten.

Das Land soll Wissen und technische Lösungen an einer Stelle bündeln. Dafür wollen wir einen gemeinsamen KI-Pool für die Kommunen aufbauen. Dieser soll grundlegende Programme bereitstellen. Sie können zum Beispiel:

- Anträge und andere Vorgänge automatisch einordnen,
- erste Entwürfe für Bescheide erstellen,
- eingehende Post an die richtige Stelle weiterleiten.

Vorgänge sollen im ganzen Land digital bearbeitet werden können. Daten sollen nur einmal abgefragt und danach von den zuständigen Behörden weiter genutzt werden. Dieses Prinzip nennt man Once-Only-Prinzip.

Faxgeräte und der Versand von Papierbriefen zwischen Behörden sollen der Vergangenheit angehören.

Wir wollen die Kommunen bei der Digitalisierung beraten und unterstützen. Beschäftigte sollen passende Weiterbildungen erhalten.

So soll die digitale Modernisierung in jeder Stadt und jeder Gemeinde vorankommen. Unser Ziel ist ein gemeinsames System für das ganze Land. Nicht jede Verwaltung soll ihre digitalen Lösungen von Grund auf selbst entwickeln müssen.

Städte und Gemeinden sollen wirtschaftlich mit Augenmaß handeln

Viele Städte, Gemeinden und Landkreise sind wirtschaftlich tätig. Dafür besitzen sie oft eigene Unternehmen oder Anteile an Unternehmen.

Dabei gibt es Risiken. Verluste dieser Unternehmen können die kommunalen Haushalte belasten. Gleichzeitig können private Handwerksbetriebe und Dienstleister vom Markt verdrängt werden.

Steuergeld darf nicht dafür genutzt werden, schlecht arbeitende kommunale Unternehmen dauerhaft zu unterstützen.

Wir von der FDP wollen, dass Kommunen bei wirtschaftlichen Tätigkeiten mit Augenmaß handeln. Die Rückkehr von Aufgaben in kommunale Hand muss sorgfältig geprüft werden. Das nennt man Rekommunalisierung. Auch die Übernahme neuer Aufgaben muss genau geprüft werden.

Kommunen sollen wirtschaftlich arbeiten. Dies darf aber nicht zulasten der örtlichen Unternehmen oder der Steuerzahler gehen.

Wir von der FDP wollen:

- das Prinzip der Subsidiarität konsequent umsetzen. Das bedeutet: Entscheidungen sollen möglichst dort getroffen werden, wo sie die Bürger direkt betreffen. So schützen wir die Selbstverwaltung der Kommunen.
- dafür sorgen, dass die kommunale Verwaltung schlank, wirksam und für alle Bürger erreichbar bleibt. Dazu gehören auch mobile Verwaltungsangebote und digitale Dienstleistungen.
- eine neue und klare Aufteilung der kommunalen Aufgaben fordern. Die Aufgaben von Bund, Land und Kommunen müssen klar voneinander getrennt werden. Doppelte Strukturen und unnötige Bevormundung sollen beseitigt werden. Dabei soll auch geprüft werden, ob die heutige Struktur der Landkreise noch sinnvoll ist.
- unnötige Vorschriften abschaffen und den Städten und Gemeinden mehr Möglichkeiten für eigene Entscheidungen geben.
- Investitionen in moderne Schulen sowie in Sport- und Kulturangebote ermöglichen. Das gilt auch für den Brand- und Katastrophenschutz, eine langfristig nutzbare Infrastruktur und digitale Angebote.
- einen Zukunftspakt für starke ländliche Regionen schließen. Dadurch sollen die Menschen im ganzen Land gleichwertige Chancen erhalten.
- eine Finanzierung der Kommunen fordern, die zu ihren Aufgaben passt. Dabei muss das Konnexitätsprinzip gelten. Das bedeutet: Die staatliche Ebene, die eine Aufgabe überträgt, muss diese Aufgabe auch bezahlen.

- Geld des Bundes, das über das Land an die Kommunen gezahlt wird, vollständig und ohne Verzögerung weitergeben.
- die Bürger stärker daran beteiligen, welche Aufgaben und Ausgaben Vorrang haben. Dies kann zum Beispiel durch Bürgerhaushalte geschehen. Dabei können Bürger direkt an Entscheidungen über die Verwendung von Steuergeld mitwirken.
- im Finanzausgleichsgesetz einen Mindestumfang für freiwillige kommunale Angebote festschreiben. So sollen Vereine, Kultur, Sport und Spielplätze auch in finanziell schwierigen Zeiten gesichert bleiben.
- die besonderen Bedürfnisse ländlicher Regionen bei der Verteilung von Geld stärker berücksichtigen. Unübersichtliche Förderprogramme von Bund und Land sollen eingeschränkt werden. Solche Programme setzen oft falsche Anreize und verursachen später hohe Kosten für die Kommunen.
- eine vorbeugende Kommunalaufsicht fordern. Sie soll nicht erst handeln, wenn eine Kommune bereits große finanzielle Probleme hat. Sie soll frühzeitig beraten und mögliche Lösungen zeigen.
- die kommunalen Rechnungsprüfungsämter zusammenfassen. Zusätzlich wollen wir eine zentrale kommunale Prüfungsbehörde schaffen. Sie soll dem Landesrechnungshof unterstellt sein. Diese Behörde soll prüfen, ob Kommunen rechtmäßig und sparsam mit Geld umgehen.
- dafür sorgen, dass Kommunen nur dann wirtschaftlich tätig werden, wenn kein privates Unternehmen dieselbe Leistung genauso gut anbieten kann.
- dafür eintreten, dass die Kontrollgremien kommunaler Unternehmen nach fachlicher Eignung besetzt werden. Ein Verwaltungsamt oder die Mitgliedschaft in einer Partei dürfen nicht entscheidend sein.
- die freiwillige Zusammenarbeit zwischen Kommunen fördern. Sie können zum Beispiel gemeinsame Verwaltungseinheiten bilden. Auch gemeinsame Beauftragte für Datenschutz oder Gleichstellung sind möglich.
- das Land stärker für die Digitalisierung verantwortlich machen. Es soll digitale Verbindungen zwischen dem Land, den Kommunen und den Bürgern schaffen. Dieselben Daten sollen nicht mehrfach abgefragt werden.
- gemeinsame digitale Angebote des Landes schaffen. Künstliche Intelligenz, kurz KI, soll dabei helfen, die Arbeit in den Kommunen zu verbessern und Abläufe zu vereinfachen. Einzelne technische Lösungen, die nicht miteinander funktionieren und die Zusammenarbeit erschweren, sollen vermieden werden.
- gute Beispiele für kommunale Arbeitsweisen im ganzen Land sammeln. Daraus sollen praktische Pläne für die Umsetzung entstehen. So können alle Kommunen erfolgreiche Ideen nutzen.


Du willst was reißen?
Wir auch.

Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern

FDP

Beste Bildung für Mecklenburg- Vorpommern

Kinder früh fördern und allen einen fairen Start geben

Jedes Kind soll mit Freude lernen und mit guten Chancen ins Leben starten können.

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für echte Chancengerechtigkeit von Anfang an ein. Dafür brauchen wir eine sichere, zuverlässige und gute frühkindliche Bildung.

Die ersten Lebensjahre sind besonders wichtig. In dieser Zeit entwickeln sich die Persönlichkeit, die Lernfähigkeit und viele Grundlagen für den späteren Bildungserfolg. Das ist wichtig für ein selbstbestimmtes Leben.

Deshalb sollen alle Kinder ihre Talente, Interessen und Fähigkeiten entwickeln können. Herkunft und Lebensumstände dürfen dabei keine Rolle spielen.

Für uns stehen die Verantwortung der Eltern und ihre Wahlfreiheit im Mittelpunkt. Das Land soll nicht ohne klaren Grund neue Strukturen schaffen. Zusätzliche Angebote sollen dort entstehen, wo es nachweislich zu wenige Plätze oder andere Probleme gibt.

Entscheidend sind für uns:

- eine hohe Qualität,
- verschiedene Träger und pädagogische Konzepte,
- weniger Bürokratie,
- ein sinnvoller und sparsamer Einsatz von Geld.

Unsere Kinder haben ein Recht auf beste Bildung. Sie sollen von Anfang an möglichst gute Chancen bekommen.

Wir von der FDP wollen:

- keine neuen allgemeinen Versprechen für eine ganztägige Betreuung abgeben. Stattdessen wollen wir den bestehenden Rechtsanspruch überall zuverlässig erfüllen. Familien sollen passende Angebote bekommen und nicht überall dieselbe Einheitslösung.
- die Zahl der Fachkräfte im Verhältnis zur Zahl der Kinder schrittweise verbessern. Die Maßnahmen müssen sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen und sicher finanziert sein.
- Vorrang haben Einrichtungen, in denen Kinder besonders viel Unterstützung brauchen. Vorrang haben auch Maßnahmen, die Fachkräfte entlasten und Bürokratie abbauen.
- die Qualität wichtiger nehmen als allgemeine staatliche Zuschüsse für alle. Zusätzliches Geld soll zuerst für mehr Personal, Sprachförderung und eine zuverlässige Betreuung eingesetzt werden.

- Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf sollen gezielt entlastet werden. Begrenzte Mittel sollen nicht ohne genaue Prüfung gleichmäßig an alle verteilt werden.
- die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern weiterentwickeln. Ein wichtiger Teil soll eine duale Ausbildung sein. Dabei wechseln sich Unterricht und praktische Arbeit in einer Einrichtung ab.
- Auch Fachkräfte aus der Logopädie und Ergotherapie sollen flexibler in Kitas arbeiten können. Das gilt auch für Kinderpädagoginnen und Kinderpädagogen mit einem Hochschulabschluss.
- mehr Fachkräfte gewinnen. Dafür wollen wir unnötige Hürden in der Ausbildung senken, den Anteil der praktischen Arbeit erhöhen und genug Ausbildungsplätze schaffen.
- die Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher in einzelne Bausteine aufteilen. So soll die Qualität der Ausbildung in ganz Deutschland auf ein hohes und einheitliches Niveau gebracht werden.
- Die einzelnen Bausteine sollen weitere berufliche Entwicklungen ermöglichen. Abschlüsse sollen in allen Bundesländern einheitlich anerkannt werden.
- Zugewanderte Fachkräfte sollen schnell in Kitas arbeiten können. Dazu wollen wir Sprachkurse ermöglichen, die sie neben ihrer Arbeit besuchen können.
- mehr Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher anbieten. Das gilt besonders für die Bereiche Sprache, Bewegung und Gesundheit.
- Kindern mit Problemen beim Sprechen und Verstehen früh eine möglichst gute Sprachförderung geben. Dafür soll in Kitas auch mehr vorgelesen werden.
- die Vielfalt der Träger und pädagogischen Konzepte erhalten. Es soll einen fairen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Anbietern der Kinderbetreuung geben.
- Kommunale und freie Träger sind wichtig. Auch Tagesmütter und Tagesväter sind ein wichtiger Teil der Betreuung.
- Verschiedene Träger und Konzepte können besser auf die Bedürfnisse von Kindern, Eltern und Fachkräften eingehen. So können zum Beispiel Betreuungszeiten und Öffnungszeiten an den wirklichen Bedarf angepasst werden.
- die Auswahl bei der frühkindlichen Bildung vergrößern. Auch private Träger und Betriebskindergärten sollen staatliche Unterstützung erhalten, wenn sie die geltenden Qualitätsstandards erfüllen.
- kindgerechte Lern- und Erlebnisangebote ausbauen. Kinder sollen spielerisch forschen, bauen, ausprobieren und Zusammenhänge verstehen können.
- Wer früh erlebt, wie spannend Naturgesetze, Technik und digitale Anwendungen sind, entwickelt mehr Selbstvertrauen. Kinder lernen dadurch, Probleme zu lösen, und bekommen Freude am Lernen in diesen Bereichen.
- die Kindertagespflege rechtlich sicherer machen und stärken. Wir wollen Bürokratie abbauen und die Bedingungen verbessern. Tagespflegepersonen sollen zuverlässig planen und arbeiten können.

- die Arbeit von Tagesmüttern und Tagesvätern angemessen bezahlen. Sie sollen Kinder auch nach dem dritten Geburtstag weiter betreuen dürfen.
- Tagespflegepersonen sind eine wichtige Stütze der Kinderbetreuung. Sie verdienen mehr Anerkennung und bessere Unterstützung durch den Staat.
- dafür sorgen, dass Beschäftigte in Kindertageseinrichtungen bei gleicher Ausbildung und gleicher Leistung auch gleich bezahlt werden.
- die Leitungen von Kitas stärken. Dafür wollen wir bessere Arbeitsbedingungen, weniger Berichtspflichten, digitale Verwaltungsabläufe und klare Aufgaben schaffen.

Digital stark von Anfang an

Kinder wachsen heute ganz selbstverständlich mit digitalen Medien auf. Deshalb sollen sie früh lernen, digitale Technik sicher, kreativ und verantwortungsvoll zu nutzen.

Wir wollen Kinder altersgerecht und spielerisch an die digitale Welt heranzuführen. Pädagogische Fachkräfte sollen sie dabei begleiten. Die Chancen neuer digitaler Technik beginnen schon im frühen Kindesalter.

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, digitale Hilfsmittel und Systeme mit Künstlicher Intelligenz, kurz KI, in Kitas nur dann zu nutzen, wenn sie pädagogisch sinnvoll und rechtlich sicher sind. Sie müssen die Fachkräfte bei ihrer Arbeit wirklich entlasten.

Der Einsatz solcher Systeme muss freiwillig und offen nachvollziehbar sein. Es sollen nur so wenige persönliche Daten wie nötig verarbeitet werden. Außerdem muss wissenschaftlich geprüft werden können, ob die Systeme sinnvoll und zuverlässig sind.

KI darf die Verantwortung der pädagogischen Fachkräfte nicht ersetzen. Sie darf ihre Arbeit nur unterstützen.

Unser Ziel ist eine moderne frühkindliche Bildung, die offen für neue Ideen und Technik ist. Dabei müssen das Wohl der Kinder, die Rechte der Eltern und die Selbstständigkeit der Träger geschützt bleiben.

Wir von der FDP wollen:

- bestehende Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte praktisch weiterentwickeln. Sie sollen auch Themen wie Medienbildung, Datenschutz und digitale Hilfsmittel behandeln.
- dafür sorgen, dass die Träger digitale Arbeitsmittel passend zum tatsächlichen Bedarf kaufen können. Sie sollen selbst entscheiden dürfen, welche Technik sie einsetzen. Dabei müssen die Kosten, die Offenheit für verschiedene technische Lösungen und der praktische Nutzen im Kita-Alltag beachtet werden.
- Eltern in ihrer Verantwortung für die Erziehung stärken. Dafür wollen wir verständliche, freiwillige und wissenschaftlich geprüfte Informationen anbieten. Diese sollen zum Beispiel die Nutzung digitaler Medien, die Dauer der Bildschirmzeit und die Sicherheit im Internet erklären.
- KI-Systeme zur Unterstützung der Sprachförderung nur freiwillig testen. Dafür ist die ausdrückliche Zustimmung der Eltern nötig.
- Solche Systeme dürfen nur wenige persönliche Daten verarbeiten. Sie dürfen pädagogische Entscheidungen nicht automatisch treffen. Außerdem müssen sie von Anbietern stammen, deren Systeme nachweislich zuverlässig sind.
- die bestehenden Regeln zu Datenschutz und KI verständlich zusammenfassen. Dafür wollen wir eine einheitliche Musterhilfe für alle Kitas und Träger im Land erstellen.

Moderne Schulen braucht das Land

Wir von der FDP wollen, dass jedes Kind in Mecklenburg-Vorpommern gerne zur Schule geht. Jedes Kind soll passend zu seinen Stärken und Schwächen gefördert werden.

Neugier, Kreativität und die Bereitschaft, gute Leistungen zu bringen, sollen im Mittelpunkt stehen. Dafür brauchen Schulen moderne Methoden zum Lehren und Lernen. Auch neue Erkenntnisse aus der Forschung sollen genutzt werden.

Unser Ziel ist klar: Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern sollen in Schulen lernen, die zu den besten der Welt gehören. Sie stehen später im Wettbewerb mit jungen Menschen aus der ganzen Welt.

Wir von der FDP wollen:

- Schulen zuerst dort sanieren, wo der Bedarf am größten ist. Dafür soll es im ganzen Land ein klares und öffentlich nachvollziehbares System geben.

Städte und Gemeinden sollen schneller in Schulen investieren können. Dafür wollen wir Bürokratie abbauen und einheitliche Regeln schaffen. Fördermittel sollen nur eingesetzt werden, wenn eine Maßnahme wirtschaftlich, sinnvoll und pädagogisch nützlich ist.

Neue Förderprogramme des Landes oder zusätzliche Verwaltungsstellen lehnen wir ab.
- den Schulen vor Ort mehr Freiheit bei Personal, Unterricht und Organisation geben. Schulen mit besonderen Schwierigkeiten sollen gezielt Unterstützung erhalten. Geld soll nicht ohne genaue Prüfung gleichmäßig auf alle Schulen verteilt werden.
- auch bei den Schulfinanzen die gegenseitige Deckungsfähigkeit ermöglichen. Das bedeutet: Schulen sollen nicht verbrauchtes Geld aus einem Bereich für einen anderen Bereich nutzen können. So können sie ihre Mittel selbstständiger verwalten.
- Schulnoten beibehalten.
- dafür sorgen, dass auch Schülerinnen und Schüler mit besonderen Schwierigkeiten im sozialen und emotionalen Verhalten Schulnoten erhalten können, wenn ihre Eltern das wünschen.
- fachliches Wissen und wichtige Fähigkeiten für die Zukunft miteinander verbinden.

Lesen, Schreiben, Rechnen und die Grundlagen der Naturwissenschaften bleiben der wichtigste Teil des Unterrichts. Hinzu kommen verbindlich:
 - gute Kommunikation,
 - Zusammenarbeit,
 - Kreativität,
 - kritisches Denken.

- die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bildungsbereich rechtssicher erweitern. So sollen dauerhaft Investitionen in gute Bildung, digitale Technik und vergleichbare Standards möglich werden.
- uns dafür einsetzen, die großen Unterschiede zwischen den 16 Schulsystemen der Bundesländer zu verringern.

Schulen und Abschlüsse sollen in ganz Deutschland besser vergleichbar sein. Dafür brauchen wir:

- gemeinsame Bildungsstandards,
 - einheitliche Anforderungen bei Abschlussprüfungen,
 - eine offene und verständliche Bewertung der einzelnen Schulen.
- wieder ein vielfältiges Angebot an Schulformen einführen. Dazu gehören:
- Grundschulen,
 - Förderschulen,
 - Hauptschulen,
 - Realschulen,
 - Gesamtschulen,
 - Gymnasien,
 - berufliche Schulen.

So soll jedes Kind die Schulform besuchen können, die am besten zu ihm passt.

Gleichzeitig muss ein Wechsel zwischen den Schulformen einfach möglich sein. Dafür müssen die Zahl und die Verteilung der Unterrichtsstunden stärker angeglichen werden.

- Investitionen in Fachräume für Naturwissenschaften bevorzugen. Schülerinnen und Schüler sollen dort sicher, praktisch und regelmäßig Versuche durchführen können.
- das Fach Arbeit, Wirtschaft, Technik und berufliche Orientierung weiter stärken. Dazu gehört auch praktischer Werkunterricht in der Orientierungsstufe. Die Orientierungsstufe umfasst die ersten gemeinsamen Schuljahre nach der Grundschule.
- Talentschulen überall dort ermöglichen, wo Schulen ein überzeugendes pädagogisches Konzept für die besondere Förderung von Begabungen haben.

Vorhandene Fördermittel und besondere Schulbudgets sollen zuerst Schulen in besonders schwierigen Lagen erhalten.

- Schulen auf dem Land und in der Stadt gleichwertig fördern. Der Schulweg soll möglichst kurz sein. Dadurch soll das Leben auf dem Land für junge Familien attraktiver werden.
- im ganzen Land einheitliche Regeln für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern einführen.

Kinder und Jugendliche brauchen eine echte Auswahl zwischen verschiedenen Schulkonzepten. Nur so können ihre persönlichen Bedürfnisse ausreichend berücksichtigt werden. Diese Wahlfreiheit darf nicht an den Kosten für den Schulweg scheitern.

- Gymnasien selbst entscheiden lassen, ob sie den Weg bis zum Abitur von sechs auf sieben Jahre verlängern oder zusätzlich einen siebenjährigen Weg anbieten.
- die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessern. Dafür wollen wir:
 - weniger Bürokratie,
 - eine bessere digitale Grundausstattung,
 - klare Aufgaben für Wartung und technische Hilfe.
- eine Unterrichtsgarantie an allen Schulen einführen. Gute Bildung ist nur möglich, wenn der Unterricht tatsächlich stattfindet.

Dafür muss genau erfasst werden, wie viel Unterricht ausfällt. Außerdem muss klar festgelegt werden, wann Unterricht als ausgefallen und wann er als vertreten gilt.

- klarere Anforderungen für den Besuch eines Gymnasiums einführen.

Schülerinnen und Schüler sollen vor dem Wechsel auf ein Gymnasium Prüfungen bestehen. Diese Prüfungen müssen sich an klaren und öffentlich nachvollziehbaren Bildungsstandards orientieren.

Gleichzeitig müssen an allen Schulformen hohe Leistungsstandards gelten.

Gute Schulen stärken Kinder und Jugendliche

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für Schulen ein, die sich auf gute Bildung konzentrieren. Schulen sollen außerdem verlässlich und sicher sein. Dort sollen Respekt, Schutz vor Gewalt und die persönliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler wichtig sein.

Bildung gelingt am besten, wenn klare Regeln gelten. Mobbing und Gewalt müssen konsequent verfolgt werden. Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler sollen in einem respektvollen Umfeld arbeiten und lernen können.

Deshalb wollen wir Mobbing, Cybermobbing, Gewalt und Streit im digitalen Raum früh verhindern. Cybermobbing bedeutet, dass Menschen über das Internet oder soziale Medien beleidigt, bedroht oder ausgegrenzt werden.

Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte müssen bestehende Hilfsangebote leicht erreichen können.

Lehrkräfte sollen schon in ihrer Ausbildung und später in Fortbildungen lernen, wie sie mit solchen Problemen umgehen. Sie brauchen klare Regeln für das richtige Vorgehen und geeignete Materialien. Allgemeine Aufforderungen allein reichen nicht aus.

Medienbildung muss zum Alter der Kinder und Jugendlichen passen. Sie soll auch den Umgang mit sozialen Medien behandeln.

Schülerinnen und Schüler sollen lernen, Informationen zu prüfen und Gefahren zu erkennen. Sie sollen sich im Internet selbstbestimmt, sicher und verantwortungsvoll bewegen können.

Mehr Lehrkräfte für Mathe, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

Der Mangel an Lehrkräften ist eine der größten Herausforderungen für unsere Schulen. Besonders stark fehlt es an Lehrkräften in den MINT-Fächern. MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

Vor allem regionale Schulen sind davon betroffen. Wenn wir Kindern gute Chancen für ihre Zukunft geben wollen, müssen wir entschlossen handeln.

Das Land muss die Ausbildung von Lehrkräften in den MINT-Fächern deutlich stärken. Dafür brauchen wir gezielte Investitionen, bessere Bedingungen im Studium und eine langfristige Planung. Die Ausbildung muss sich am tatsächlichen Bedarf der Schulen orientieren.

Nur so können wir sicherstellen, dass MINT-Unterricht regelmäßig stattfindet und Schülerinnen und Schüler begeistert.

Wir von der FDP wollen:

- an der Universität Greifswald ein Lehramtsstudium für alle MINT-Fächer einführen. Damit wollen wir heute und in Zukunft genug Lehrkräfte für Mecklenburg-Vorpommern ausbilden.
- den MINT-Unterricht stärker mit der Praxis verbinden. Schülerinnen und Schüler sollen nicht nur Wissen lernen. Sie sollen auch verstehen, wie dieses Wissen im Alltag und im Beruf angewendet wird.

Deshalb wollen wir im Unterricht mehr echte Fragen aus Technik, Naturwissenschaft und Wirtschaft behandeln.

- Schulen stärker für die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Hochschulen und anderen Praxispartnern aus Deutschland und dem Ausland öffnen.

Schülerinnen und Schüler sollen MINT-Fächer nicht nur theoretisch kennenlernen. Sie sollen auch echte Technologien, Anwendungen aus der Industrie und neue Erfindungen erleben können.

- Staat und Kirche nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis klar voneinander trennen.

Die christlichen Kirchen bestimmen teilweise selbst Lehrkräfte für den Religionsunterricht. Dadurch können sie den Unterricht im Sinne ihres eigenen Glaubens gestalten. Wir von der FDP sehen darin einen deutlichen Widerspruch zur notwendigen Trennung von Staat und Kirche.

Stattdessen kann es einen neutralen Unterricht geben, der sachlich über alle Religionen informiert.

Sichere Schulen in MV: Vorbeugung statt Wegsehen

Sichere Schulen sind wichtig, damit Kinder und Jugendliche erfolgreich lernen können. Deshalb brauchen Schulen klare Regeln, handlungsfähige Schulleitungen und wirksame Schutzkonzepte.

Bestehende Regeln des Schulrechts müssen konsequent angewendet werden. Maßnahmen zur Vorbeugung dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Sie müssen im Schulalltag praktisch funktionieren.

Wir von der FDP wollen:

- die Schulordnungen auf wenige, klare und rechtssichere Regeln beschränken. Gewalt, Mobbing, Bedrohungen und das Mitbringen von Waffen müssen darin eindeutig geregelt sein.

Für solche Fälle muss es feste Reaktionen geben. Diese sollen je nach Schwere des Vorfalls abgestuft sein.
- prüfen, ob die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten an allen Schulen sicher und ohne unnötige Bürokratie angewendet werden können.

Dafür wollen wir einheitliche Verfahren und Vorlagen für Entscheidungen bereitstellen. Auch die Schulaufsicht und die Fachberatung sollen die Schulen verbindlich unterstützen.
- sicherstellen, dass Schutzpläne, Notfallpläne und Krisenpläne an allen Schulen verbindlich umgesetzt werden.

Diese Pläne müssen regelmäßig geübt werden. Im Ernstfall müssen sie sofort angewendet werden können.
- bestehende Fortbildungen verbindlich in die Qualitätsentwicklung der Schulen einbinden.

Dazu gehören Fortbildungen zu:
 - Notfällen und Krisen,
 - der Beruhigung von Konflikten,
 - rechtlichen Handlungsmöglichkeiten der Schulen,
 - dem Umgang mit Gewalt.
- dafür sorgen, dass Jugendliche, die vorübergehend vom Unterricht ausgeschlossen wurden, sinnvoll beschäftigt werden.

Jugendliche, die durch Gewalt auffallen, sollen durch Bildungs- und Berufsangebote unterstützt werden. Dafür sollen Schulen besonders mit Handwerksbetrieben und Einrichtungen der Jugendhilfe zusammenarbeiten.

- die Zusammenarbeit zwischen Schulen und den zuständigen Behörden und Einrichtungen verbessern.

Es braucht klare Aufgaben, kurze Wege und feste Abläufe.

- Schulen bei der Vorbeugung, der Vorbereitung auf Notfälle und der altersgerechten Erklärung von Rechten und Regeln unterstützen.

Dafür sollen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste feste und verlässliche Ansprechpartner bereitstellen.

Mehr als Klassenzimmer: Lernräume für Kinder und Jugendliche

Nicht alle Kinder und Jugendlichen haben zu Hause genug Ruhe oder Unterstützung zum Lernen.

Deshalb wollen wir zusätzliche Lernräume schaffen. Solche Orte kann es zum Beispiel geben:

- in Schulen,
- in Bibliotheken,
- in gemeinsam genutzten Arbeitsräumen,
- in Einkaufszentren,
- bei Sportvereinen.

Überall dort soll gemeinsames Lernen möglich sein.

Unser Ziel sind offene und flexibel nutzbare Lernräume. Sie sollen leicht erreichbar sein und zum Alltag junger Menschen passen. So sollen mehr Kinder und Jugendliche gute Bildungschancen und bessere Aussichten für ihre Zukunft erhalten.

Wir von der FDP wollen:

- bestehende Lernorte außerhalb der Schule besser nutzbar machen. Dafür wollen wir freiwillige Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kommunen, Vereinen und privaten Anbietern fördern. Unnötige Bürokratie soll abgebaut werden.
- den Zugang zu unterstützenden Lernorten erleichtern. Die Herkunft und der Wohnort von Schülerinnen und Schülern sollen weniger stark über ihre Bildungschancen entscheiden.
- die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kommunen, Unternehmen und Gruppen aus der Gesellschaft stärken. Gemeinsam sollen sie neue Lernräume einrichten und betreuen.
- weitere Lernorte für Kinder öffnen. Dazu gehören zum Beispiel:
 - Wälder und Naturparks,
 - Bauernhöfe und Tierparks,
 - Botanische Gärten,
 - Labore und Museen,
 - Bibliotheken und Theater,
 - Feuerwachen und Polizeistationen,

- Unternehmen und Werkstätten.
- Diese Orte sollen feste Bestandteile der frühkindlichen Bildung werden. Kinder sollen dort praktische Erfahrungen sammeln und neue Dinge kennenlernen können.

Sicher schwimmen – von Anfang an

Mecklenburg-Vorpommern hat viele Seen und eine lange Küste. Deshalb ist Schwimmen eine lebenswichtige Fähigkeit.

Wir wollen, dass jedes Kind so früh wie möglich sicher schwimmen lernt.

Wir von der FDP wollen:

- ermöglichen, dass jedes Kind schon vor der Einschulung einen Schwimmkurs besuchen und das Seepferdchen-Abzeichen machen kann.

Dabei sollen auch Angebote von Krankenkassen genutzt werden, die einen Teil der Kosten übernehmen.

Dafür brauchen wir leicht erreichbare Angebote im ganzen Land. Dazu gehören zum Beispiel Kurse zur Gewöhnung an Wasser und Schwimmkurse im Sommer an Badeseen.

- dafür sorgen, dass der Schwimmunterricht an Schulen zuverlässig stattfindet.

So lernen Kinder, sich sicher im Wasser zu bewegen. Gleichzeitig fördern wir Bewegung, Selbstvertrauen und die Teilnahme am gemeinsamen Leben von Anfang an.

Gute Begleitung braucht gute Ausbildung

Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf brauchen im Schulalltag eine verlässliche und gut ausgebildete Begleitung. Diese Hilfe ist wichtig, damit sie am Unterricht und am Schulleben teilnehmen können.

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich deshalb für eine Integrationshilfe ein, die Kinder unterstützt, schützt und selbstständiger macht.

Unser Ziel ist eine inklusive Schule. Das bedeutet: Kinder mit und ohne Behinderung sollen gemeinsam lernen können. Die Unterstützung muss fachlich gut, zuverlässig und respektvoll sein. So schaffen wir gerechte Bildungschancen und echte Teilhabe von Anfang an.

Gleichzeitig wollen wir Förderschulen erhalten. Sie sollen für Eltern und Kinder weiterhin eine mögliche Alternative sein.

Wir von der FDP wollen:

- dafür sorgen, dass alle Schulbegleiterinnen, Schulbegleiter und Integrationshilfen vor ihrem ersten Einsatz schnell und praktisch qualifiziert werden können.
- dafür eintreten, dass sie wichtige Kenntnisse über verschiedene Behinderungen erhalten. Sie sollen auch medizinische Grundlagen und pädagogische Möglichkeiten zur Unterstützung kennenlernen.

So können sie jedes Kind passend zu seinen Bedürfnissen und sicher begleiten.

Lehrkräfte-Ausbildung neu denken: nah an der Praxis, modern und gut für die Zukunft

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für eine mutige Reform der Lehrkräfte-Ausbildung ein.

Wir wollen ein Lehramtsstudium, das eine gute wissenschaftliche Grundlage hat. Es soll aber auch stärker auf die Praxis vorbereiten. Junge Lehrkräfte müssen besser lernen, wie der Alltag im Klassenzimmer wirklich ist.

Darum wollen wir mehr Praxiszeiten im Studium. Diese Praxiszeiten sollen von Anfang an fest zum Studium gehören. Gleichzeitig wissen wir: Dafür müssen auch die Strukturen verbessert werden. Genau daran wollen wir arbeiten.

Wir von der FDP wollen:

- die Lehrkräfte-Ausbildung so gestalten, dass Praxis in Schulen vom Beginn des Studiums an Pflicht ist. Diese Praxis muss eine gute Qualität haben. Sie soll eng mit den Fachinhalten, der Fachdidaktik und den Bildungswissenschaften verbunden sein. Fachdidaktik bedeutet: Wie man ein Fach gut unterrichtet.
- die Grundlage für ein duales Lehramtsstudium in ganz Mecklenburg-Vorpommern schaffen. Dual bedeutet: Das Studium findet an der Universität und in der Praxis statt. Wer die Bildung von morgen gestalten will, muss heute mutig reformieren.
- die Zusammenarbeit mit verschiedenen Berufsgruppen im Lehramtsstudium stärken. Dazu sollen auch Angebote aus diesen Studiengängen gehören: Soziale Arbeit, Sonderpädagogik, Erziehungswissenschaften und Psychologie.
- gemeinsam mit den Universitäten klare und einfache Standards festlegen. Diese Standards sollen zeigen, wie Studium, Praktika und Arbeit in der Schule gut zusammenpassen.

Bildung, die stark macht – von Anfang an

Unsere Kinder sind die Zukunft. Gute Bildung ist wichtig, damit alle Kinder faire Chancen haben.

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich deshalb für eine Bildungspolitik ein, die Leistung und sehr gute Bildung unterstützt. Wir wollen Schulen, in denen Talente gefördert werden. Kinder und Jugendliche sollen neugierig bleiben und ihre eigenen Stärken entwickeln können.

Hohe Anforderungen in der Bildung sind für uns kein Problem. Sie helfen jungen Menschen dabei, gute Chancen für ihre Zukunft zu bekommen.

Wir von der FDP wollen:

- alle Kinder und Jugendlichen dabei unterstützen, digitale Medien sicher und verantwortungsvoll zu nutzen. Dafür wollen wir moderne digitale Lernmittel im Unterricht einsetzen. Außerdem sollen Schülerinnen und Schüler Grundlagen der Informatik und des Programmierens lernen.
- eine Unterrichtsgarantie an allen Schulen einführen. Gute Bildung ist nur möglich, wenn der Unterricht wirklich stattfindet. Dafür müssen wir genau erfassen, wann Unterricht ausfällt. Außerdem brauchen wir klare Regeln dafür, was Unterrichtsausfall ist und was Vertretungsunterricht ist.
- klarere Anforderungen für den Besuch des Gymnasiums festlegen. Schülerinnen und Schüler sollen vor dem Wechsel auf das Gymnasium Prüfungen bestehen. Diese Prüfungen sollen sich an klaren Bildungsstandards orientieren. An allen Schulformen müssen hohe Leistungsstandards gesichert werden.

Wirtschaft verstehen und selbstständig entscheiden können

Wirtschaftliches Wissen ist wichtig für ein selbstständiges Leben. Viele junge Menschen wollen wissen:

- Wie kann man Vermögen aufbauen?
- Wie gründet man ein Unternehmen?
- Wie sorgt man für das Alter vor?

Schule muss genau dieses Wissen vermitteln. Denn es ist Wissen, das im echten Leben wichtig ist.

Darum gehören diese Themen in den Unterricht: Eigentum, Marktwirtschaft, Kapitalmärkte und unternehmerisches Denken. Kapitalmärkte sind zum Beispiel Orte, an denen Aktien und andere Geldanlagen gehandelt werden.

Junge Menschen sollen lernen, Verantwortung für ihre eigene Zukunft zu übernehmen. Für ein selbstbestimmtes Leben braucht man wirtschaftliches Grundwissen. Mecklenburg-Vorpommern braucht außerdem eine neue Kultur für Gründungen und sozialen Aufstieg. Dafür legen wir den Grundstein in der Schule.

Wir von der FDP wollen:

- wirtschaftliche Bildung an allen Schulformen stärken. Sie soll Teil einer modernen Allgemeinbildung sein. So bereiten wir Kinder und Jugendliche besser auf ein selbstbestimmtes Leben vor.
- das Fach Arbeit-Wirtschaft-Technik modernisieren und um finanzielle Bildung erweitern. Dabei sollen wichtige Themen im Mittelpunkt stehen: Marktwirtschaft, Geldwissen, Verträge, Versicherungen, Preise, Eigentum, Unternehmensgründung, Rente und Kapitalmärkte.
- mehr finanzielle und wirtschaftliche Bildung anstoßen. Jugendliche sollen auf das echte Leben vorbereitet werden. Schülerinnen und Schüler sollen altersgerecht und praktisch lernen:
 - wie man ein Budget plant,
 - wie man spart,
 - wie man investiert,
 - wie man Kredite und Schulden versteht und Schulden vermeidet,
 - was Zinsen und Inflation bedeuten.
- Unternehmertum im Unterricht stärken. Unternehmertum schafft Wohlstand. Dazu gehören die Gründung und Leitung eines Unternehmens, neue Ideen, der Umgang mit Risiken und verantwortliches Handeln im Geschäftsleben.

- Medienkompetenz im Bereich Finanzen stärken. Schülerinnen und Schüler sollen lernen, Werbung, Finanzangebote und Berichte über Wirtschaft und Finanzen kritisch zu prüfen.
- uns dafür einsetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern beim Finanz-PISA teilnimmt. Finanz-PISA ist eine Untersuchung. Sie misst, wie gut Schülerinnen und Schüler sich mit Geld und Finanzen auskennen. So kann finanzielle Bildung gezielt verbessert werden.

Schule als Lebensraum – echte Chancen für jedes Kind

Wir von der FDP wollen, dass jedes Kind seine Talente entwickeln kann. Das soll für alle Kinder gelten: unabhängig davon, woher sie kommen und wie sie leben.

Gute Bildung ist wichtig für Freiheit. Sie ist auch wichtig für die Zukunft jedes einzelnen Menschen.

Wir von der FDP wollen:

- die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulsozialarbeit und Jugendhilfe stärken. Dabei sollen bestehende Angebote genutzt werden. Außerdem muss klar sein, wer für welche Aufgabe zuständig ist.
- Inklusion mit Augenmaß umsetzen. Inklusion bedeutet: Kinder mit und ohne Förderbedarf lernen gemeinsam, wenn das gut für sie ist. Dafür brauchen wir nicht immer neue Strukturen und immer neue Stellen. Wir brauchen klare Regeln für gute Qualität, verlässliche Diagnosen, Wahlfreiheit für Eltern und gute Bedingungen an Regelschulen und Förderzentren. Der passende Lernort muss sich danach richten, was das Kind braucht.
- die umfassende und teilweise zu schnelle Schließung von Förderzentren ablehnen. Wir kritisieren außerdem, dass Inklusion bisher zu schnell umgesetzt werden sollte. Es fehlten klare Qualitätsstandards, ausreichend Sachausstattung und genug Fachkräfte für Sonderpädagogik.
- allen Menschen lebenslanges Lernen und gute Weiterbildung ermöglichen. Dafür sollen Volkshochschulen viele verschiedene und moderne Angebote machen. Das gilt zum Beispiel für den Kampf gegen Analphabetismus, also gegen große Probleme beim Lesen und Schreiben. Es gilt auch für kulturelle Bildung, politische Bildung und berufliche Weiterbildung. Weiterbildung für das Gemeinwohl soll allen Menschen offenstehen. Sie soll helfen, Schwächen zu verringern und Stärken auszubauen.

Motivierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer

Motivierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sind sehr wichtig für den Erfolg unserer Kinder.

Auch ein gutes Arbeitsklima an Schulen ist wichtig. Lehrkräfte sollen genug Freiheit haben, ihren Unterricht selbst zu gestalten.

Wir von der FDP wollen:

- in einem ersten Schritt eine Lehrkräfte-Versorgung von mindestens 105 Prozent schaffen. Mittelfristig wollen wir 108 Prozent erreichen. Das bedeutet: Es sollen mehr Lehrkräfte vorhanden sein, als für den normalen Unterricht direkt gebraucht werden. So gibt es eine Reserve für Vertretung und für neue Ideen in der Schule. So garantieren wir mehr Lehrerstellen statt Leerstellen.
- nicht pauschal alle Klassen kleiner machen. Stattdessen wollen wir die Mittel dort einsetzen, wo sie am meisten helfen. Das gilt besonders für Brennpunktschulen, Eingangsklassen, Sprachlernphasen und Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf. Schulen vor Ort sollen stärker selbst entscheiden können, wie sie Lerngruppen organisieren.
- auf eine Ausbildung setzen, die stärker mit der Praxis verbunden ist. Außerdem wollen wir eine Bezahlung, die Leistung stärker berücksichtigt. Dafür müssen Anwerbung, berufliche Entwicklung und Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern grundlegend neu geregelt werden.
- Schulleitungen und Lehrkräfte deutlich von Verwaltungsaufgaben entlasten, die nichts direkt mit Bildung zu tun haben. Dafür wollen wir Verwaltungsabläufe digitalisieren. Außerdem sollen die Aufgaben zwischen Schule und Schulträger klarer und praktischer geregelt werden. Organisatorische Unterstützung soll auch flexibel für mehrere Schulen gemeinsam für mehrere Schulen möglich sein.
- sicherstellen, dass jede Schule eine Kraft für Schulsozialarbeit im Haus hat. Diese Person soll pädagogisch unterstützen und beraten. So können schwierige soziale Konflikte besser gelöst werden.
- Schulleitungen gezielt auf Führungs- und Managementaufgaben vorbereiten. Dazu gehören Personalführung, Organisation und Verantwortung für die Entwicklung der Schule. Diese Aufgaben sollen bei der Qualifizierung und Auswahl von Schulleitungen stärker beachtet werden.

Digitale Bildung beginnt jetzt

Die Welt verändert sich sehr schnell. Automatisierung, Künstliche Intelligenz und digitale Vernetzung werden immer wichtiger. Künstliche Intelligenz bedeutet: Computerprogramme können Aufgaben übernehmen, für die sonst Menschen denken oder entscheiden müssen.

Diese Entwicklungen verändern unseren Alltag und die Arbeitswelt der Zukunft. In Zukunft wird fast jeder Beruf digitale Kenntnisse brauchen.

Darum ist digitale Bildung sehr wichtig. Sie hilft Menschen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Sie hilft auch beim Erfolg im Beruf. Mecklenburg-Vorpommern darf hier nicht länger zurückbleiben.

Wir von der FDP setzen uns für bessere Technik an Schulen ein. Wir wollen auch bessere Bedingungen zum Lernen, Lehren und Verstehen schaffen.

Es reicht nicht, Schulen einfach mit Computern auszustatten und dann zu hoffen, dass alles gut läuft.

Wir wollen Lehrkräfte von technischen Zusatzaufgaben entlasten. Dafür brauchen wir:

- klare Aufgaben der Schulträger,
- einheitliche Regeln beim Kauf von Technik,
- Systeme, die gut zusammenarbeiten,
- Unterstützung von außen, wenn das wirtschaftlicher ist als eigene Lösungen.

Unser Ziel ist: Schulen sollen Orte werden, an denen junge Menschen digitale Selbstständigkeit lernen. Sie sollen Technik verstehen und Freude an neuen Ideen bekommen.

Digitale Bildung soll junge Menschen stark machen. Sie sollen die Welt aktiv mitgestalten können: kreativ, kritisch und kompetent. Dafür brauchen wir moderne Lehrpläne, gute digitale Ausstattung und verlässliche politische Regeln.

Wir von der FDP wollen:

- digitale Kompetenzen und gute Methoden für digitalen Unterricht für alle Lehrerinnen und Lehrer festschreiben. Das soll im Lehramtsstudium gelten, in den Anforderungen an Auszubildende und in Weiterbildungen.
- Medienbildung für alle Kinder und Jugendlichen verbindlich machen. Sie sollen lernen, neue Medien kritisch, sicher und selbstbestimmt zu nutzen.
- allen staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen einen Glasfaseranschluss zur Verfügung stellen. Glasfaser ist eine besonders schnelle Internetverbindung. Außerdem soll es in allen Schulen und Hochschulen gutes WLAN geben.

- digitale Lehr- und Lernkonzepte dort einsetzen, wo sie den Unterricht nachweislich besser machen. Dazu gehören zum Beispiel:
 - Blended Learning, also eine Mischung aus Unterricht vor Ort und digitalem Lernen,
 - Web Based Trainings, also Lernen über das Internet,
 - Learning Analytics, also die Auswertung von Lerndaten,
 - Massive Open Online Courses, also offene Online-Kurse für viele Menschen,
 - Serious Games, also Lernspiele mit ernstem Inhalt,
 - Virtual Reality und Augmented Reality, also Lernen mit digitalen oder erweiterten Wirklichkeiten.

Diese Angebote sollen nur dort genutzt werden, wo sie den Unterricht verbessern, Lehrkräfte entlasten oder Lernfortschritte besser sichtbar machen.

- gemeinsam mit den Vertretungen der Städte, Gemeinden und Landkreise regeln, wie IT-Unterstützung an Schulen gesichert wird. Gut wären regionale Dienstleister. Sie könnten einheitliche Lösungen für jede Schule anpassen, einrichten und betreuen.
- die Möglichkeiten der Digitalisierung endlich für die Schulverwaltung nutzen. Dafür sollen alle Schulen allgemeine Schulverwaltungsprogramme bekommen. Diese Programme müssen offene Schnittstellen haben. Das bedeutet: Sie müssen gut mit anderen Programmen zusammenarbeiten können.
- landesweit einheitliche Mindestanforderungen für Datenschutz, Urheberrecht und Zusammenarbeit von Systemen festlegen. So können Schulträger Technik rechtssicher ausschreiben und wirtschaftlich einkaufen.
- dafür sorgen, dass Lernplattformen des Landes Mecklenburg-Vorpommern auch praktisch genutzt werden. Das soll in der Lehramtsausbildung und im Schulalltag berücksichtigt werden.
- bestehende digitale Strukturen in Bildung und Wissenschaft besser miteinander verbinden. Wichtig sind dabei: gute Zusammenarbeit der Systeme, einfacher Zugang und ein echter Nutzen für Unterricht und Forschung.
- mehr passende Fortbildungen für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte anbieten. Diese Fortbildungen sollen praxisnah zeigen, wie digitale Geräte in Schule und Unterricht genutzt werden können.
- Schulen weiter die Freiheit geben, selbst Regeln für die Smartphone-Nutzung festzulegen. Die Schulen sollen dabei die pädagogische Situation, das Personal und die Organisation vor Ort berücksichtigen.

KI in die Schule – Für kluge Köpfe von morgen

Die digitale Zukunft macht auch vor Schulen nicht halt. Wir sagen: Das ist eine große Chance.

Künstliche Intelligenz, kurz KI, kann beim Lernen helfen. KI bedeutet: Computerprogramme können Aufgaben übernehmen, für die sonst Menschen denken oder entscheiden müssen.

KI kann Lerninhalte besser an jedes Kind anpassen. Sie kann auch das Lerntempo anpassen. So können Kinder besser nach ihren eigenen Bedürfnissen lernen. KI kann außerdem das gemeinsame Lernen stärken.

Gleichzeitig kann KI Lehrerinnen und Lehrer entlasten. Damit das gelingt, brauchen wir Mut zum Ausprobieren. Wir brauchen klare Regeln für den Datenschutz. Und wir brauchen praktische Erfahrung mit KI-Programmen.

Nur durch Pilotprojekte können wir gut erkennen: Welche Chancen hat KI? Welche Risiken gibt es? Pilotprojekte sind Tests in der Praxis.

Wir wissen: Der Wandel gelingt nur gemeinsam mit den Menschen an unseren Schulen.

Wir von der FDP wollen:

- KI-Anwendungen an Modellschulen testen. Modellschulen sind Schulen, die neue Ideen zuerst ausprobieren. Diese Tests sollen auf allen Stufen des Bildungssystems in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden. Dabei sollen vor allem Programme getestet werden, die Schülerinnen und Schüler gezielt und individuell unterstützen. Außerdem sollen Programme getestet werden, die Lehrkräften helfen können:
 - bei der Bewertung von Leistungen,
 - bei der Einschätzung von Lernfortschritten,
 - beim frühen Erkennen möglicher Schulabbrüche.

Die pädagogische Entscheidung und Verantwortung müssen dabei immer beim Menschen bleiben.

- KI-Anwendungen in Schulen nur unter klaren Regeln testen. Die Nutzung muss zeitlich begrenzt sein. Sie muss den Datenschutz einhalten. Die Systeme müssen gut mit anderen Systemen zusammenarbeiten können. Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern sollen vermieden werden. Unnötige dauerhafte Zusatzkosten sollen ebenfalls vermieden werden.
- die Tests von KI-Anwendungen unabhängig prüfen lassen. Dabei soll auch Wissen aus den Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern genutzt werden. Die Ergebnisse sollen nach einheitlichen Kriterien veröffentlicht werden. So können Schulen auf einer verlässlichen Grundlage entscheiden, ob sie KI einsetzen wollen.

- bei jedem Test von KI-Anwendungen an staatlichen Schulen Freiwilligkeit sichern. Eltern und Schülerinnen und Schüler müssen vorher gut informiert werden und zustimmen können. Wer nicht teilnehmen will, darf dadurch keinen Nachteil haben. Pilotprojekte müssen in einzelnen Teilen organisiert werden können. So müssen nicht alle Eltern einer Schule oder Klasse zustimmen, damit ein Test stattfinden kann.

Starke Psyche – starke Kinder

Mentale Gesundheit ist sehr wichtig für ein gutes Leben. Sie ist auch wichtig für gute Bildung und dafür, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Mentale Gesundheit bedeutet: Es geht einem seelisch und psychisch gut.

Wir von der FDP Mecklenburg-Vorpommern wollen eine Schule, die sich auf Bildung konzentriert. Schulen sollen psychische Belastungen früh erkennen. Wenn Schülerinnen und Schüler Hilfe brauchen, sollen sie schnell an passende Unterstützungsangebote vermittelt werden.

Wir von der FDP wollen:

- die bestehenden Angebote der Schulpsychologie im Land besser organisieren. Schulpsychologie hilft Schülerinnen und Schülern bei seelischen Problemen in der Schule. Wir wollen auch digitale Erstberatung stärken. Außerdem sollen die Wege zur Hilfe klarer werden. Bei akuten Belastungen muss es verbindliche Regeln geben: Wie schnell wird reagiert? Wohin werden Betroffene vermittelt?
- Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter dort einsetzen, wo sie gebraucht werden. So sind Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen nicht allein.
- sicherstellen, dass jede Schülerin und jeder Schüler psychisch stark durch die Schulzeit gehen kann. Dafür braucht es Begleitung durch Fachleute, echte Unterstützungsstrukturen und ein Umfeld, das zuhört und handelt.

In der Schule lernen, mit Krisen umzugehen

Wir setzen auf Eigenverantwortung. Das bedeutet: Menschen sollen Verantwortung für sich selbst übernehmen können.

Wir setzen auch auf eine Gesellschaft, die gut vorbereitet ist. Denn wer Wissen und praktische Fähigkeiten hat, kann in Krisen ruhig und entschlossen handeln.

Junge Menschen sollen früh lernen, was Zivil- und Katastrophenschutz bedeutet. Zivilschutz schützt Menschen zum Beispiel bei Krieg oder großen Gefahren. Katastrophenschutz hilft zum Beispiel bei Hochwasser, Bränden oder anderen Notlagen.

In der Schule sollen junge Menschen nicht nur für den Alltag lernen. Sie sollen auch auf Ausnahmesituationen vorbereitet werden.

Wir von der FDP wollen:

- ein Landesprogramm für verpflichtende Kurse zum Zivil- und Katastrophenschutz einführen. Diese Kurse sollen an allen weiterführenden Schulen ab Klasse 8 stattfinden. Wir wollen auch sicherstellen, dass diese Kurse gut organisiert werden.
- die Kurse zum Zivil- und Katastrophenschutz fest in den Jahresplan der Schulen aufnehmen. Dafür sollen auch die zusätzlich notwendigen Mittel bereitgestellt werden.
- die Kurse und die Strategie regelmäßig überprüfen. Dafür sollen Rückmeldungen von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Ausbildungskräften genutzt werden. So können die Kurse immer weiter verbessert werden. Außerdem können sie an aktuelle Gefahren angepasst werden.

Sicherheit erklären: Jugendoffiziere ins Klassenzimmer

Freiheit ist nicht selbstverständlich. Man muss Freiheit verstehen, schützen und an andere weitergeben.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt, wie unsicher Frieden sein kann. Auch die zunehmende Gewalt im Nahen Osten zeigt das.

Junge Menschen sollen deshalb besser verstehen, welche Verantwortung Deutschland in der Welt hat. Sie sollen auch verstehen, warum Verteidigungsbereitschaft wichtig ist. Verteidigungsbereitschaft bedeutet: Ein Land ist darauf vorbereitet, sich und seine Freiheit zu schützen.

Auch internationale Partnerschaften sind wichtig. Das bedeutet: Deutschland arbeitet mit anderen Ländern zusammen, zum Beispiel für Frieden und Sicherheit.

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr können dabei helfen. Jugendoffiziere sind Offiziere der Bundeswehr, die über Sicherheitspolitik informieren. Sie erklären diese Themen verständlich, sachlich und aus der Praxis. Sie sprechen mit Schülerinnen und Schülern im Unterricht und in Bildungseinrichtungen.

Wir von der FDP wollen:

- die Bildungsangebote der Jugendoffiziere der Bundeswehr an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern leichter zugänglich machen. Die Zusammenarbeit soll freiwillig sein und einfacher möglich werden.
- freiwillige und praxisnahe Fortbildungen für Lehrkräfte ermöglichen. Das gilt besonders für Lehrkräfte in Sozialkunde und Geschichte. In diesen Fortbildungen soll es um Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehen. Jugendoffiziere sollen dabei einbezogen werden können. Dafür sollen keine neuen Verwaltungsstrukturen geschaffen werden.

Weltweit denken – europäisch handeln: Bildung verbindet

Die Welt ist heute stark vernetzt. Das ist eine Chance.

Globalisierung, internationale Zusammenarbeit und die europäische Einigung gehören längst zu unserem Alltag. Europäische Einigung bedeutet: Die Länder in Europa arbeiten enger zusammen.

Wir wollen Wohlstand, Freiheit und Frieden auch in Zukunft sichern. Dafür brauchen wir eine Bildungspolitik, die junge Menschen stark macht. Sie sollen weltoffen, selbstbewusst und handlungsfähig werden.

Andere Länder wie die USA, Australien und Großbritannien fördern internationalen Austausch schon seit vielen Jahren gezielt. Mecklenburg-Vorpommern hat hier noch viel Potenzial.

Wir wollen den Austausch von Schülerinnen und Schülern, Jugendlichen und Auszubildenden deutlich ausbauen. Austausch soll ein wichtiges Ziel in der Bildungspolitik werden. Denn wer die Welt kennt, kann sie mitgestalten.

Europa ist mehr als ein gemeinsamer Markt. Europa steht auch für Freiheit, Demokratie und Vielfalt.

Gerade junge Menschen, die mit 16 Jahren bei der Europawahl wählen dürfen, sollen Europa erleben können. Sie sollen Europa nicht nur wählen, sondern auch kennenlernen.

Austauschprogramme und Partnerschaften schaffen eine echte europäische Identität. Sie machen Demokratie erlebbar. Sie zeigen, wie Frieden im Alltag funktioniert.

Darum setzen wir uns besonders für mehr Austausch in der beruflichen Bildung ein. Das gilt vor allem für den Austausch mit unseren Nachbarn Polen und Frankreich.

Wir von der FDP wollen:

- uns das bildungspolitische Ziel setzen, dass jede Schülerin und jeder Schüler in Mecklenburg-Vorpommern mindestens einmal während der Schulzeit an einem internationalen Austausch teilnehmen kann. Das soll unabhängig davon gelten:
 - aus welcher sozialen Familie das Kind kommt,
 - wie viel Geld die Familie hat,
 - welche Schulart das Kind besucht.
- internationale Austauschprogramme auch fest in die Lehrpläne der beruflichen Ausbildung aufnehmen.

- dem Schüleraustausch an Schulen mehr Verlässlichkeit geben. Lehramtsstudierende und Lehrkräfte sollen einfachen Zugang zu bestehenden Angeboten bekommen. Dazu gehören Austausch, Hospitationen und Vernetzung. Hospitation bedeutet: Man besucht eine Schule oder einen Unterricht, um daraus zu lernen.
- schulische Austauschaktivitäten unterstützen. Dafür wollen wir bestehende Fortbildungen ergänzen. Die neuen Bausteine sollen freiwillig und gut in der Praxis nutzbar sein. Wir wollen keine neuen verpflichtenden Ausbildungsstrukturen schaffen.
- Schulen in Mecklenburg-Vorpommern gut über bestehende Angebote informieren. Die Informationen sollen kurz, modern und verständlich aufbereitet sein. Sie sollen bei der Organisation und bei Verwaltungsfragen helfen.

Freie Schulen als starke Partner

Schulen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Teil einer vielfältigen und starken Bildungslandschaft. Freie Schulen sind Schulen, die nicht vom Staat getragen werden. Sie werden zum Beispiel von Vereinen, Kirchen oder anderen Trägern betrieben.

Sie bringen zusätzliche pädagogische Ideen in die Bildung. Sie fördern Kinder oft auf eigene Weise. Und sie zeigen gesellschaftliches Engagement. Damit bereichern sie das Schulwesen in Mecklenburg-Vorpommern.

Wer Vielfalt will, muss aber auch Verlässlichkeit bieten. Wir sagen klar: Wenn Freie Schulen Aufgaben und Verantwortung übernehmen, brauchen sie faire Bedingungen.

Wir von der FDP wollen:

- die Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft rechtssicher, transparent und planbar gestalten. Rechtssicher bedeutet: Die Regeln müssen klar und verlässlich sein. Transparent bedeutet: Alle wichtigen Informationen müssen offen nachvollziehbar sein. Die Grundlagen für die Berechnung der Finanzierung sollen regelmäßig offengelegt werden. Nachteile gegenüber vergleichbaren öffentlichen Angeboten sollen abgebaut werden. Dabei wollen wir aber keine neuen Doppelstrukturen und keinen pauschalen Anspruch auf vollständige Gleichstellung schaffen.
- die Gründung, Erweiterung und den Betrieb von Schulen in freier Trägerschaft erleichtern. Dafür sollen Genehmigungsverfahren einfacher, digital und mit klaren Fristen ablaufen.

Kulturelle Bildung braucht Freiheit.

Schule ist ein Ort für Bildung. Schule soll kein Ort sein, an dem der Staat junge Menschen politisch oder ideologisch prägt.

Kulturelle Angebote können den Unterricht sinnvoll ergänzen. Dazu gehören zum Beispiel Angebote aus Kunst, Musik, Theater oder Kultur. Sie können jungen Menschen helfen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Sie können auch helfen, eine eigene Meinung zu bilden und sich besser auszudrücken.

Wichtig ist dabei nicht, dass der Staat Kultur stark steuert. Wichtig sind Offenheit, gute Qualität und die Freiheit der Schulen vor Ort.

Wir von der FDP wollen:

- Schulen die Freiheit geben, kulturelle und künstlerische Angebote einzubinden. Das soll dort geschehen, wo es pädagogisch sinnvoll ist und den Unterricht wirklich bereichert.
- keine neuen Förder-, Steuerungs- oder Netzwerkstrukturen für kulturelle Bildung schaffen. Stattdessen wollen wir bestehende Zusammenarbeit einfacher möglich machen. Das gilt zum Beispiel für Vereine, Musikschulen, Kultureinrichtungen und freie Träger.
- darauf achten, dass kulturelle Bildungsangebote offen für verschiedene Weltanschauungen sind. Sie dürfen nicht für politische oder ideologische Einflussnahme auf Schülerinnen und Schüler missbraucht werden.
- kulturelle Bildung als Ergänzung zum Bildungsauftrag verstehen. Sie darf kein Vorwand sein für mehr Verwaltung, neue dauerhafte Aufgaben oder weitere Belastungen der Schulen.

Kulturelle Bildung ist Zukunftsbildung – Kreativität fördern, Persönlichkeiten stärken

Kulturelle Bildung hilft Menschen, selbstbestimmt in einer offenen und freien Gesellschaft zu leben. Kunst und Kultur sollen für alle Menschen zugänglich sein. Herkunft, Bildung oder soziale Situation dürfen dabei keine Rolle spielen.

Kulturelle Bildung bedeutet aber mehr als nur den Zugang zu Kunst. Sie stärkt die Persönlichkeit und soziale Fähigkeiten. Sie fördert Kreativität und kritisches Denken. Wir von der FDP wollen deshalb kulturelle Bildung als wichtigen Teil moderner Bildungspolitik stärken.

Wer schon früh Musik, Theater, Tanz, Literatur oder Kunst kennenlernt, lernt auch, sich auszudrücken und anderen zuzuhören. Junge Menschen lernen, Dinge zu hinterfragen und andere Sichtweisen zu verstehen. Das stärkt Mitgefühl, die eigene Identität und das Verständnis für die Werte unserer Gesellschaft.

Kindheit und Jugend sind dafür besonders wichtig. Deshalb wollen wir Kinder möglichst früh für Kunst begeistern. Das kann im Museum, bei einem Theaterprojekt, in der Musikschule oder digital geschehen. Kreative Erfahrungen machen Mut und fördern Fantasie. Sie stärken auch das Verständnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Vielfalt.

Kulturelle Bildung findet an vielen Orten statt: in Schulen, Jugendzentren, Orchestern oder bei Graffiti-Workshops.

Wir wollen Angebote in Schulen und andere Bildungsangebote außerhalb des normalen Unterrichts fördern und besser miteinander verbinden. Schulen bleiben wichtige Orte für kulturelle Teilhabe. Sie sind aber nicht die einzigen.

Wir von der FDP wollen:

- das kulturelle Profil der Schulen stärken. Kulturelle Bildung soll zusätzlich zum normalen Lehrplan fest zum Schulalltag gehören. Schülerinnen und Schüler sollen regelmäßig verschiedene Formen von Kunst und Kultur kennenlernen. Dafür brauchen wir genug gut ausgebildete Lehrkräfte an Schulen und Musikschulen. Auch Ganztagsangebote sollen kulturelle Bildung enthalten.
- kulturelle Bildungsangebote für alle Menschen zugänglich machen. Einkommen, Herkunft oder Wohnort dürfen keine Hindernisse sein. Angebote soll es auf dem Land und in den Städten geben. Die Menschen vor Ort sollen möglichst an der Planung beteiligt werden. So können ihre Wünsche und Bedürfnisse berücksichtigt werden.
- Kreativität durch gute Angebote fördern. Kitas, Schulen und andere Bildungseinrichtungen sollen kreative Fähigkeiten gezielt stärken. Künstlerinnen und Künstler sollen Fortbildungen machen können, um zu lernen, wie sie gut mit den jeweiligen Zielgruppen arbeiten.
- kulturelle Bildung mit anderen Fachgebieten verbinden. Sie soll nicht für sich allein stehen, sondern Teil einer umfassenden Bildung sein.
- die Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden ausbauen. Schulen sollen stärker mit Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstlern zusammenarbeiten. Dafür brauchen wir gute lokale und regionale Netzwerke. Auch Vereine und ehrenamtliche Initiativen gehören dazu. Besonders auf dem Land sind ehrenamtliche Vereine eine wichtige Stütze. Sie schaffen viele kulturelle Angebote und leisten wichtige Jugendarbeit.

Mehr Lehre statt Leere in der Ausbildung

Handwerk, Technik, Pflege, Gastronomie und Landwirtschaft sind wichtige Bereiche unserer Wirtschaft. Ausbildungsberufe sichern Wohlstand und Lebensqualität in Mecklenburg-Vorpommern.

Doch viele Unternehmen finden keine Auszubildenden. Besonders auf dem Land bleiben viele Ausbildungsplätze frei. Gleichzeitig haben viele junge Menschen keine klare berufliche Perspektive. Das wollen wir von der FDP ändern.

Wir von der FDP wollen:

- dafür sorgen, dass berufliche Ausbildung schon bei der Berufsorientierung in Schulen eine wichtige Rolle spielt. Unternehmen, Kammern, Verbände, Arbeitsagenturen und Schulen sollen besser zusammenarbeiten.
- junge Menschen durch persönliche Beratung, Ausbildungsbotschafter und Berufsmessen besser über die Chancen einer betrieblichen Ausbildung informieren.
- ein Berufsabitur fördern. Dabei sollen Schülerinnen und Schüler in vier Jahren gleichzeitig eine Berufsausbildung und eine Berechtigung zum Studium an einer Hochschule erwerben können.
- das duale Studium ausbauen. Beim dualen Studium werden Studium und praktische Arbeit in einem Unternehmen miteinander verbunden.
- die Qualität der beruflichen Schulen sichern. Dafür wollen wir Bürokratie abbauen, Bildungsgänge gezielt weiterentwickeln und moderne Berufsbilder schaffen.
- berufliche Schulen technisch modern ausstatten. Lehrkräfte sollen außerdem mehr technische Weiterbildung und Unterstützung erhalten.
- das Lehramt an beruflichen Schulen stärken. Studium, Praxis und Weiterbildung im Beruf sollen besser miteinander verbunden werden. Fachkräfte aus Bereichen mit Lehrkräftemangel sollen verlässliche Wege in den Lehrerberuf bekommen.
- sicherstellen, dass Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger gut fachlich und pädagogisch ausgebildet sind, bevor sie an beruflichen Schulen unterrichten.
- benachteiligten Jugendlichen und jungen Menschen mit Migrationsgeschichte, die rechtmäßig im Land bleiben, den Einstieg in eine Ausbildung erleichtern. Aufgaben sollen gebündelt, Verfahren beschleunigt und bestehende Hilfen einfacher nutzbar werden.
- Anreize für Arbeitgeber schaffen, wenn sie jungen Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf sowie jungen geduldeten oder bleibeberechtigten Flüchtlingen einen Ausbildungsplatz geben.
- berufliche und akademische Bildung gesellschaftlich gleichwertig behandeln. Ein Meister soll genauso viel Anerkennung bekommen wie ein Master.
- Menschen unterstützen, die sich beruflich weiterqualifizieren wollen. Wer einen Meisterkurs und die Meisterprüfung erfolgreich abschließt, soll die Kosten dafür erstattet bekommen.
- die Beantragung des Meister-BAföG vereinfachen. Das Meister-BAföG ist eine staatliche Unterstützung für berufliche Weiterbildung. Mecklenburg-Vorpommern braucht mehr gut qualifizierte Meisterinnen und Meister, auch für die Gründung und Übernahme von Handwerksbetrieben.
- günstige Azubi-Tickets für Bus und Bahn weiter fördern. Niemand soll wegen hoher Fahrtkosten oder fehlender Mobilität auf einen gewünschten Ausbildungsberuf verzichten müssen.
- die Vereinbarkeit von Familie, Selbstständigkeit und Beruf verbessern. Dafür brauchen wir eine bessere Kinderbetreuung.

- Auszubildende, Unternehmen und berufliche Schulen dabei unterstützen, Erasmus+ stärker zu nutzen. Das ist ein europäisches Programm für Bildungs- und Auslandserfahrungen.
- den Wechsel zwischen Berufsausbildung und Studium erleichtern. Leistungen aus einer Ausbildung sollen einfacher für ein Studium anerkannt werden. Umgekehrt sollen Leistungen aus einem Studium leichter für eine Ausbildung angerechnet werden.

Future Skills an Berufsschulen

Wir von der FDP wollen bessere Bedingungen für Auszubildende. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verändern die Arbeitswelt. Wir wollen diesen Wandel positiv gestalten.

Dafür brauchen wir eine moderne und digitale berufliche Ausbildung. Digitaler Unterricht sowie der berufliche Einsatz digitaler Werkzeuge und von Künstlicher Intelligenz sollen dazugehören.

Berufsschulen brauchen dafür schnelles Internet sowie moderne Software und Geräte.

Wir von der FDP wollen:

- digitale Bildung zu einem verpflichtenden Teil der Aus- und Weiterbildung von Berufsschullehrkräften machen.
- regelmäßig Fachleute und Praktiker für Digitalisierung und KI an Berufsschulen bringen, um dort Schulungen anzubieten.
- die internationale Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung stärken. Die von der Bundesregierung gestartete „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“ soll auch in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt werden.
- Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern den Weg erleichtern. Kürzere Ausbildungswege sollen ihnen eine zweite Chance für ihren gewünschten Beruf geben.
- den Einstieg in eine Ausbildung erleichtern und Betriebe und Bewerber besser zusammenbringen. So wollen wir die Zahl von weit über 3.000 freien Ausbildungsplätzen trotz Fachkräftemangel senken. Eine Berufsausbildung ist für uns ein genauso guter Start ins Berufsleben wie ein Studium.
- digitale Technik an beruflichen Schulen dort zuerst verbessern, wo sie den Unterricht besser macht, Verwaltung vereinfacht oder die Zusammenarbeit mit Unternehmen erleichtert. Fortbildungen für Lehrkräfte sollen verbindlich Teil der Personalentwicklung werden.

Ausbildung schafft Chancen für die Zukunft

Ein selbstbestimmtes Leben ist eine besonders wichtige Form von Freiheit. Dazu gehört wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Wir wollen jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gute Voraussetzungen geben, ihr Leben unabhängig vom Elternhaus selbst zu gestalten.

Viele Unternehmen suchen dringend Nachwuchs. Trotzdem bleiben jedes Jahr Hunderte Ausbildungsplätze frei. Gleichzeitig ist die Jugendarbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin besorgniserregend hoch. Das darf kein Dauerzustand sein.

Wir wollen eine Bildungspolitik, die Hindernisse abbaut, Chancen zeigt und Talente gezielt fördert. Gerade bei Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel dürfen wir kein Talent verlieren.

Wir von der FDP wollen:

- wissenschaftlich untersuchen, wie viele junge Menschen sogenannte NEET-Personen sind und warum. NEET bedeutet „Not in Education, Employment or Training“. Gemeint sind junge Menschen, die weder eine Schule oder Ausbildung besuchen noch studieren oder arbeiten. Auf Grundlage von Daten sollen passende Maßnahmen entwickelt werden.
- den NEET-Indikator dauerhaft in die Sozialberichterstattung aufnehmen. Er soll als wichtige Zahl für Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik genutzt werden.
- gemeinsam mit Fachleuten Maßnahmen für junge Erwachsene in NEET-Situationen entwickeln. Außerdem wollen wir eine langfristige Strategie für die verstärkte EU-Jugendgarantie erarbeiten.
- wie Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen die Schülerdatennorm nach § 31a SGB III umsetzen. Damit soll Berufsberatung früher und gezielter möglich werden. Junge Menschen sollen beim Übergang von der Schule in Ausbildung oder Studium besser begleitet werden.

Studieren, Forschen, Lehren - Unser Hochschulpakt

Mecklenburg-Vorpommern hat großes Potenzial als Standort für Bildung, Forschung und neue Ideen.

Staatliche und private Hochschulen sind wichtig für gesellschaftlichen Fortschritt, die Wirtschaft und die persönlichen Aufstiegschancen der Menschen. Sie eröffnen jungen Menschen neue Möglichkeiten und sind wichtig für die Zukunft unseres Landes.

Wir von der FDP wollen Hochschulen, die für hohe Qualität, Offenheit gegenüber der Welt und Freiheit stehen. Hochschulen sollen nicht nur Wissen vermitteln. Sie sollen auch Raum für neue Ideen, kritisches Denken und wissenschaftliche Neugier bieten.

Wissenschaft braucht Freiheit. Neue Ideen können nur entstehen, wenn Forschung offen, unabhängig und vielfältig ist. Wissenschaftsfreiheit ist für uns nicht verhandelbar.

Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern zu einem attraktiven Ort für Bildung und Forschung machen. Menschen aus aller Welt sollen hier studieren, forschen und arbeiten wollen.

Starke Hochschulen sollen zu mehr Unternehmensgründungen aus der Wissenschaft, dauerhaften Arbeitsplätzen und einem offenen und zukunftsorientierten Mecklenburg-Vorpommern beitragen.

Wir von der FDP wollen:

- Hochschulen mehr Freiheit bei Entscheidungen über Personal, Lehre und Geld geben. Sie sollen ihre Mittel selbst dort einsetzen können, wo Betreuung, Lehre und Studienerfolg dadurch am besten werden.
- Hochschulen möglichst frei entscheiden lassen, welche Master-Studiengänge sie anbieten. Die Angebote sollen sich an der Nachfrage orientieren und international vergleichbar sein. Der Staat soll sie nicht zentral steuern.
- die Selbstständigkeit der Hochschulen stärken. Hochschulen sollen bei Bauten, Finanzen, Personal und ihrer eigenen Organisation mehr selbst entscheiden können. Wir sind überzeugt: Vor Ort kann man solche Entscheidungen besser treffen als eine Behörde.
- unnötige Bürokratie für Hochschulen abbauen und ihre internationale Ausrichtung stärker verlangen und fördern.
- die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre verteidigen. Dazu gehört für uns eine offene Debatte. Auch schwer erträgliche Meinungen müssen möglich sein, solange sie nicht gegen das Grundgesetz oder Strafrecht verstoßen.
- nicht nur neue staatliche Wohnheime schaffen. Wir wollen allgemein mehr Wohnungsbau ermöglichen. Ein größeres Angebot soll auch die Mieten für Studierende senken.

- Online-Studiengänge, Übertragungen von Lehrveranstaltungen im Internet und Teilzeitstudiengänge ausbauen.
- uns für ein BAföG einsetzen, das nicht vom Einkommen der Eltern abhängt. Studierende führen ein eigenständiges Leben. Deshalb soll das Einkommen ihrer Eltern nicht über die staatliche Förderung entscheiden.
- wissenschaftliche Literatur fairer und möglichst digital zugänglich machen.
- die Zahl der Studienplätze in der Hochschulmedizin nach dem tatsächlichen Bedarf weiterentwickeln. Dabei setzen wir auf effiziente Strukturen, digitale Lehre, Zusammenarbeit und klare Prioritäten im Wissenschaftshaushalt.
- Maßnahmen gegen Studienabbrüche anhand von Daten und wissenschaftlichen Erkenntnissen prüfen. Geld soll vor allem in Angebote fließen, die nachweislich den Studienerfolg verbessern.
- den Studiengang Rechtswissenschaften mit Staatsexamen an der Universität Rostock wieder einführen.
- rechtliche und organisatorische Hindernisse für flexible Hochschulangebote abbauen. Dazu gehören einzelne Module, Zertifikate und berufsbegleitende Angebote. So soll lebenslanges Lernen leichter werden.
- uns für die Weiterentwicklung einer Exzellenzstrategie einsetzen. Damit sollen besonders leistungsfähige Hochschulen und Forschung gestärkt werden.
- prüfen, wie die studentische Verwaltung und die Hochschulverwaltung reformiert werden können.
- verhindern, dass Hochschulen gezwungen werden, Rücklagen zu bilden. Bereits gebildetes Geld soll seinen vorgesehenen Zweck nicht verlieren, nur weil das Land gerade Geld braucht.
- die Hochschulen mit Globalhaushalten unabhängiger machen. Ein Globalhaushalt gibt einer Hochschule mehr Freiheit bei der Verwendung ihres Budgets.
- Bibliotheksverbünde modernisieren, digitale Zugänge verbessern und Mittel besser gemeinsam nutzen. Studierende und Forschende sollen schneller und zuverlässiger auf wissenschaftliche Literatur zugreifen können.
- Unternehmensgründungen aus Hochschulen einfacher machen und stärker fördern.
- Unternehmergeist und Gründerzentren an Hochschulen stärker fördern.
- ein Gründungssemester fest in den Regeln der Hochschulen verankern. Studierende sollen dadurch Zeit und Raum für eine Unternehmensgründung bekommen.
- Wissenschaft und Wirtschaft stärker miteinander verbinden.
- Studentenverbindungen und die Vielfalt des akademischen Lebens im freiheitlich-demokratischen Rahmen schützen. Wir wollen die Vereinigungsfreiheit und offene Debatten an Hochschulen gegen politischen oder sozialen Druck schützen.

Psychische Gesundheit hilft beim Lernen

Psychische Gesundheit ist ein wichtiges Thema. Sie ist eine Voraussetzung dafür, erfolgreich zu lernen, faire Chancen zu haben und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Viele Studierende stehen unter großem Druck. Sie sollen später Verantwortung im Beruf und in der Gesellschaft übernehmen. Damit das gelingt, brauchen sie frühzeitig Unterstützung.

Hilfe bei psychischen Krisen kann dazu beitragen, das Studium erfolgreich zu beenden und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Schon mit vergleichsweise wenig zusätzlichem Personal, zum Beispiel einer halben Fachkraft pro Hochschulstandort, können Wartezeiten sinken und vorbeugende Angebote verbessert werden.

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern will deshalb an allen Hochschulen eine verlässliche und leicht erreichbare psychosoziale Beratung. Digitale Angebote sollen diese Beratung ergänzen.

Wir von der FDP wollen:

- regelmäßig prüfen, wie viel psychosoziale Beratung an den Hochschulen gebraucht wird. Die Ergebnisse sollen bei den Haushaltsberatungen berücksichtigt werden. Das Ziel ist eine dauerhaft ausreichende Finanzierung. So bekommen Hochschulen Planungssicherheit.
- die normale Versorgung um digitale Angebote für psychische Gesundheit erweitern. Programme, mit denen Studierende selbst an ihrer psychischen Stabilität arbeiten können, sollen bekannter werden. Auch online unterstützte Hilfen sollen Teil der Beratung der Studierendenwerke werden. Dafür brauchen Hochschulen schnell die nötige digitale Umgebung.
- bürokratische Genehmigungen vereinfachen. Studierende sollen in den ersten vier bis sechs Wochen bis zu einer regulären Behandlung zumindest sofort eine online unterstützte Hilfe bekommen können.
- Fortbildungen mit Zertifikat für Beschäftigte in Forschung, Lehre und Verwaltung schaffen. Sie sollen Vorurteile gegenüber Menschen mit psychischen Problemen abbauen und einen sicheren Umgang mit Betroffenen fördern. Diese Fortbildungen sollen Teil des lebenslangen Lernens für Hochschulpersonal sein.

Ja zu Kunst und Kultur – Freiheit statt Lenkung

Kunst und Kultur gehören zu einer freien Gesellschaft. Sie leben von verschiedenen Meinungen, Offenheit, dem Wettbewerb der Ideen und dem Einsatz der Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen nicht vom Staat bevormundet werden.

Wir von der FDP wollen die Freiheit von Kunst und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern stärken. Wir wollen Bürokratie abbauen und Platz für private, kommunale und gesellschaftliche Initiativen lassen.

Kulturpolitik soll Kultur ermöglichen. Sie soll Menschen nicht erziehen. Der Staat soll gute Bedingungen schaffen, aber keine Inhalte vorgeben.

Kultur in Mecklenburg-Vorpommern – stark, frei und voller Möglichkeiten

Kunst und Kultur gehören überall in Mecklenburg-Vorpommern zum täglichen Leben. Dazu zählen große Staatstheater und Landesmuseen ebenso wie private Projekte, zum Beispiel die Störtebeker Festspiele oder das Fusion Festival.

Solche Projekte wirken weit über ihre Region hinaus. Sie geben auch kommunalen, kirchlichen und privaten Initiativen neue Ideen.

Künstlerinnen und Künstler aus allen Bereichen machen unser Land mit ihren Ideen und ihrer Arbeit vielfältiger.

Wir von der FDP wollen:

- die regionale und kommunale Kulturpolitik als verlässlicher Partner unterstützen.
- Bürokratie bei der Kulturförderung möglichst verringern. Künstlerinnen und Künstler sollen mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit haben.
- private Unterstützung für Kulturschaffende und Kultureinrichtungen fördern.
- Festivals in Mecklenburg-Vorpommern bei der Umsetzung ihrer Konzepte unterstützen.
- Clubs und Festivals als Teil unserer Kultur- und Kreativwirtschaft anerkennen.

Mecklenburg-Vorpommern – ein lebendiger Kulturraum mit Zukunft

Mecklenburg-Vorpommern hat eine vielfältige Kulturlandschaft. Historische Orte, unser kulturelles Erbe und neue kreative Arbeit prägen die Identität unseres Landes.

Für uns von der FDP ist Kultur kein unwichtiger Zusatz. Sie gehört zum gesellschaftlichen Leben. Sie macht Mecklenburg-Vorpommern attraktiver, verbessert die Lebensqualität und ist wichtig für Tourismus und Zuzug.

Wir von der FDP wollen:

- fünf Kulturtrassen schaffen. Sie sollen Kulturangebote miteinander verbinden und besser bekannt machen:
 - Mecklenburg-Schwerin: Wismar, Schwerin, Ludwigslust
 - Mittleres Mecklenburg: Bad Doberan, Rostock, Schwaan, Güstrow
 - Mecklenburg-Strelitz: Neustrelitz, Neubrandenburg, Hohenzieritz, Mirow, Waren
 - Vorpommern: Barth und Putbus auf Rügen, Stralsund, Greifswald, Anklam, Pasewalk
 - Querachse: Lübeck, Bad Kleinen, Bützow, Güstrow, Teterow, Malchin, Pasewalk, Stettin
- die Initiative „Kultur ist Bildung“ schaffen. Museen, Theater, Bibliotheken, Literaturhäuser, Archive und das Filmzentrum bewahren nicht nur unser kulturelles Erbe. Sie sind auch wichtige Orte für lebenslanges Lernen. Wir wollen sie stärker mit Schule und Ausbildung verbinden.
- das Archäologische Landesmuseum in Rostock nur weiterverfolgen, wenn es ein verlässliches Finanzierungskonzept und einen verbindlichen Kostenrahmen gibt. Eine automatische Übernahme zusätzlicher Kosten lehnen wir ab.
- die Förderung von Kulturinstitutionen stärker an ihren Leistungen ausrichten und flexibel gestalten. Leistungen, die der Staat verlangt, muss er auch bezahlen. Wir wollen klar sagen, welche Leistungen erwartet werden, und sie zu angemessenen Marktpreisen bezahlen. Staatliche, öffentlich-rechtliche, kommunale und private Anbieter sollen dabei gleichbehandelt werden.
- kulturelle Projekte bei nichtstaatlicher Finanzierung unterstützen. Dazu gehören professionelle Beratung zu Fundraising, Crowdfunding, Stiftungen und Mäzenen. Fundraising bedeutet, gezielt Geld und Unterstützung für ein Projekt einzuwerben. Crowdfunding bedeutet, dass viele Menschen gemeinsam kleinere Geldbeträge geben. Bei geeigneten Projekten soll sich auch das Land an der Finanzierung beteiligen können.

- eine Initiative für kulturellen Nachwuchs starten. Die Hochschule für Musik und Theater Rostock, der Bereich Gestaltung an der Hochschule Wismar und das Kunstinstitut der Universität Greifswald sind wichtige Orte für die Entwicklung des Kulturlebens. Auch in Zukunft sollen junge Künstlerinnen und Künstler, Designer, Musikerinnen, Schauspieler sowie Musik- und Kunstlehrkräfte in unserem Land ausgebildet werden.
- uns für eine Landesmusikakademie einsetzen. Sie könnte zum Beispiel im traditionsreichen und gut erreichbaren Schloss Gadebusch entstehen.

Kultur ist digital, kreativ und voller Zukunft

Die Kultur der Zukunft ist auch digital. Neue Technik eröffnet neue Möglichkeiten für Kunst, Beteiligung und den Zugang zu Kultur. Ort, Zeit und Herkunft spielen dabei eine geringere Rolle.

Was heute noch eine Ergänzung ist, kann morgen zum normalen kulturellen Leben gehören.

Wir von der FDP sehen Digitalisierung deshalb nicht als Verlust, sondern als große Chance. Sie ermöglicht neue Formen von Kunst, neue Zielgruppen und neue Räume für Kreativität.

Wir wollen diesen Wandel aktiv mitgestalten: offen, mutig und mit Freude an neuer Technik.

Deshalb unterstützen wir Kultureinrichtungen bei der Digitalisierung. Dazu gehören digitale Ausstellungen, virtuelle Bühnen und neue Formen der Kulturvermittlung.

Wir von der FDP wollen:

- den Aufbau eines kreativen „Kulturökosystems“ und einer Gründerszene in den Kommunen fördern. Damit ist ein gutes Netzwerk aus Kulturschaffenden, Unternehmen, Vereinen, Stiftungen und anderen Unterstützern gemeint. Eine vielfältige Kultur braucht eine lebendige Gesellschaft mit engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern, Handwerkern, Selbstständigen und Kunstschaffenden vor Ort.
- Mecklenburg-Vorpommern als Standort der Kultur- und Kreativwirtschaft weiterentwickeln. Grundlage dafür ist schnelles Internet im ganzen Land. Dazu gehören auch die Filmwirtschaft und neue wirtschaftliche Möglichkeiten durch digitale Medien.

Aus der Geschichte lernen und Freiheit schützen

Weltweit nehmen autoritäre Entwicklungen zu. Deshalb ist es für uns eine demokratische Pflicht, an die SED-Diktatur zu erinnern.

Die Geschichte der SED-Diktatur, ihre Opfer und unsere heutige Verantwortung dürfen nicht verharmlost oder vergessen werden.

Der Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 war für uns ein wichtiges Zeichen für Freiheit, Meinungsvielfalt und Beteiligung der Bürger.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist noch nicht beendet. Viele gesellschaftliche und psychische Folgen sind bis heute zu spüren, besonders in Ostdeutschland.

Deshalb halten wir es für unverständlich, dass die bundesweite Forschungsförderung zum Unrecht in der DDR nicht konsequent weitergeführt wurde.

Wir von der FDP wollen:

- die historische Forschung in Mecklenburg-Vorpommern weiter aktiv unterstützen.
- die Gedenkstätten des Landes unterstützen. Das Dokumentationszentrum am Demmlerplatz in Schwerin und die ehemalige Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Rostock leisten wichtige Bildungsarbeit. Dort können Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Betroffene und andere Bürgerinnen und Bürger Geschichte verstehen und erleben.
- ein Mahnmal in Schwerin unterstützen. Es soll an einem geeigneten Ort nahe dem Landtag und der Staatskanzlei entstehen und an die Opfer der sozialistischen Unrechtsdiktatur erinnern. Zugleich soll es eine Warnung für die Zukunft sein. Über die Gestaltung soll ein Wettbewerb entscheiden. Eine Tafel soll das Unrecht des DDR-Staates erklären und an die Opfer erinnern.

Ehrenamt bedeutet Freiheit und eigene Verantwortung

Eine freie Gesellschaft lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger selbst Verantwortung übernehmen und eigene Ideen umsetzen.

Wir von der FDP setzen deshalb auf ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern. Wir vertrauen darauf, dass Menschen selbst aktiv werden, wenn ehrenamtliche Strukturen gebraucht werden.

Immer wieder gleichen engagierte Bürgerinnen und Bürger mit viel Wissen und Einsatz auch Mängel bei staatlichen Aufgaben aus. Ehrenamtliche Arbeit ist für Mecklenburg-Vorpommern unverzichtbar.

Steuerregeln, Datenschutz und andere Vorschriften dürfen Ehrenamt nicht so schwer machen, dass Menschen ihre Energie vor allem für Bürokratie brauchen.

Nicht nur Gesetze müssen angemessen sein. Auch Behörden müssen die besondere Situation von Ehrenamtlichen berücksichtigen. Ehrenamt darf nicht an Bürokratie scheitern.

Wir von der FDP wollen:

- Bedingungen schaffen, die Ehrenamt erleichtern. Vereins- und Steuerregeln sollen regelmäßig auf unnötige Belastungen geprüft und vereinfacht werden.
- Landesgesetze und Verwaltungsvorschriften regelmäßig auf unnötige Belastungen für Vereine prüfen und vereinfachen.
- die gesellschaftliche Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit stärken und sichtbarer machen.
- uns dafür einsetzen, dass Ehrenamtliche einen angemessenen Versicherungsschutz erhalten.
- unnötig aufwendige Nachweise und schwer verständliche Anträge abbauen. Wir wollen ein zentrales digitales Ehrenamtsportal. Dort sollen Förderanträge, Versicherungsfragen und Nachweise einfach online erledigt werden können.
- ermöglichen, dass Vereine und ehrenamtliche Initiativen öffentliche Räume wie Schulen, Sporthallen und kommunale Einrichtungen außerhalb der normalen Nutzungszeiten einfach und möglichst kostenlos nutzen können.
- kommunale Genehmigungen und Anträge für Veranstaltungen und Vereinsarbeit vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen.
- alle Förderprogramme des Landes für Ehrenamt und Vereine zentral zusammenführen. Sie sollen transparent und digital sein und einfache Anträge, Pauschalen und verständliche Nachweise bieten.

- die persönliche Haftung von ehrenamtlichen Vereinsvorständen begrenzen, solange sie nicht grob fahrlässig oder absichtlich gegen Regeln verstoßen.
- unterstützen, dass ehrenamtliche Arbeit von Schülerinnen und Schülern, Berufsschülern und Studierenden als Lernleistung außerhalb des Unterrichts oder als Ersatz für bestimmte Grundfertigkeiten-Seminare anerkannt werden kann.
- uns für höhere steuerfreie Beträge bei Übungsleiter- und Ehrenamtspauschalen einsetzen. Zusätzlich wollen wir prüfen, welche Entlastungen das Land anbieten kann.
- die Ehrenamtsstiftungen des Landes und des Bundes angemessen unterstützen. Für jede Form des Ehrenamts soll es kompetente Ansprechpartner geben.
- Schulen und Vereine stärker miteinander verbinden. Besonders Jugendliche sollen sich auch bei Ganztagschulen ehrenamtlich engagieren können.
- Anreize schaffen, damit auch ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen häufiger ehrenamtlich aktiv werden können.
- gezielte Programme für das Ehrenamt auf dem Land entwickeln. Das gilt besonders für Orte, in denen sinkende Einwohnerzahlen Vereine und Initiativen gefährden.
- Ehrenamtliche, die sich für die Allgemeinheit einsetzen, rechtlich verlässlich vor körperlichen und verbalen Angriffen schützen.
- einfache und verlässliche Erstattungen für Arbeitgeber schaffen, wenn Beschäftigte für ehrenamtliche Einsätze oder Ausbildungen freigestellt werden.
- ehrenamtliche Arbeit im Brand- und Katastrophenschutz besonders fördern. Dazu gehören unter anderem Freiwillige Feuerwehren, DRK und THW.
- Vereine bei der Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung, kurz DSGVO, entlasten. Es soll praktische Vorlagen für Einwilligungen, Internetseiten und Mitgliederlisten sowie eine zentrale Beratung geben. Bei kleinen Risiken sollen vereinfachte Regeln genutzt werden können. Wir wollen Datenschutz mit Augenmaß.
- die Ehrenamtskarte attraktiver machen. Auch private Unternehmen und Einrichtungen sollen Vergünstigungen anbieten können. Bestehende Nachweise sollen anerkannt werden, damit weniger Bürokratie entsteht.
- Förderprogramme für Vereine stärker mit festen Pauschalen gestalten. Anträge und Nachweise über die Verwendung des Geldes sollen deutlich einfacher werden.

Sport stärkt Eigeninitiative, Gemeinsinn und Fairness

Sport steht für Freiheit und Eigenverantwortung. Sportvereine sind einige der größten Bürgerinitiativen unseres Bundeslandes.

Ohne ehrenamtliche Vorstände, Trainerinnen und Trainer wäre das vielfältige Sportangebot in Mecklenburg-Vorpommern nicht möglich.

Sport ist auch wichtig für Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation.

Sport stärkt Eigeninitiative und die Freude an neuen Ideen. Er vermittelt Werte wie Fairness, Disziplin und Leistungsbereitschaft. Diese Werte passen zu unserem liberalen Menschenbild.

Sport kann außerdem Integration und Inklusion fördern. Inklusion bedeutet, dass Menschen mit und ohne Behinderungen gleichberechtigt teilnehmen können.

Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Politik, Vereinen, Schulen, Hochschulen, Unternehmen und sozialen Einrichtungen ausbauen.

Libérale Sportpolitik setzt auf Vertrauen: weniger Vorschriften, mehr Freiheit und verlässliche Förderung.

Sport ist außerdem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er schafft Nachfrage nach Sportgeräten und Dienstleistungen. Zugleich macht er Mecklenburg-Vorpommern für den Tourismus attraktiver.

Viele Sportstätten im Land sind aber in schlechtem Zustand. Oft fehlt Geld für laufende Reparaturen. Manchmal wird erst gehandelt, wenn eine Anlage so stark beschädigt ist, dass nur noch ein Neubau möglich ist.

Wir brauchen deshalb einen ehrlichen Überblick über den Zustand der Sportstätten. Danach müssen klare Prioritäten nach Nutzung und Bedarf gesetzt werden. Wir wollen planbare Programme statt kurzfristiger Notlösungen.

Wir von der FDP wollen:

- die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen ausbauen und Sportangebote in der Ganztagsbetreuung erleichtern.
- uns bei den Kommunen dafür einsetzen, dass Schulen und öffentliche Sportanlagen außerhalb der Unterrichtszeiten für Vereine geöffnet werden.
- durch eine Landesverordnung ermöglichen, dass Schulen gemeinsam mit Sportvereinen und Sportverbänden Klassen mit besonderem Schwerpunkt auf Sport einrichten können.

- unnötige bürokratische Hindernisse im Sport abbauen. Das gilt besonders für Förderanträge, Genehmigungen und Bauvorhaben.
- die Sportfinanzierung transparent und verlässlich gestalten. Die Sportverbände sollen ihre Angelegenheiten weiterhin selbst verwalten können.
- sicherstellen, dass jedes Kind spätestens am Ende der Grundschule schwimmen kann.
- E-Sport als Teil des Sports anerkennen, fördern und unterstützen.
- regelmäßig einen aussagekräftigen Bericht über den Zustand aller Sportstätten im Land verlangen. Damit soll Geld sinnvoll eingesetzt werden.
- gemeinsam mit den Kommunen ein langfristiges Programm zur Sanierung und Modernisierung von Sportstätten schaffen. Die Förderung soll verlässlich und planbar sein.
- barrierefreie Sportstätten unterstützen, damit alle Menschen teilnehmen können.
- flexible und mobile Sportangebote fördern. Auch dünn besiedelte Regionen sollen ein vielfältiges Sportangebot haben.
- gemeinsam mit Fachgremien den Sporttourismus weiterentwickeln.

Spitzensport braucht Spitzenförderung

Wir von der FDP bekennen uns klar zum Spitzensport und zu seiner Förderung in Mecklenburg-Vorpommern.

Spitzensport und Breitensport brauchen einander. Die Förderung des Leistungssports bleibt vor allem Aufgabe des Bundes. Für Breitensport sind besonders Länder und Kommunen verantwortlich. Dafür brauchen sie eine verlässliche Finanzierung.

Wir wollen, dass Sportverbände und Organisationen Informationen über mögliche Förderungen besser austauschen.

Spitzensportlerinnen und Spitzensportler sind Vorbilder und können andere Menschen für Sport begeistern.

Für Erfolge auf nationaler und internationaler Ebene braucht man nicht nur Talent und viel Training. Es braucht auch gute Sportstätten, Trainerinnen, Trainer und Betreuung.

Besonders wichtig sind für uns die Sportschulen des Landes, die Olympiastützpunkte und die mit ihnen verbundenen Vereine.

Wir von der FDP wollen:

- finanzielle Unterstützung im Leistungssport daran ausrichten, wie konkurrenzfähig der Sport international ist.
- gemeinsam mit dem Bund, Sportverbänden und starken Partnern eine moderne Strategie für den Spitzensport entwickeln. Training, Ausbildung oder Beruf und Förderung sollen gut zusammenpassen. Mecklenburg-Vorpommern soll für Talente attraktiv bleiben.
- Bedingungen schaffen, die Nachteile im Sport sowie bei Ausbildung und Beruf vermeiden. Athletinnen und Athleten sollen sich frei entwickeln können.
- in einem dualen System Training, Wettkämpfe, Ausbildung, Studium und Arbeit besser miteinander abstimmen.
- Leistungssport, Ausbildung, Studium und Beruf durch flexible Modelle noch besser miteinander vereinbar machen.
- Unternehmen stärker für eine Unterstützung des Spitzensports gewinnen.
- die Stabsstelle Sport in der Landesregierung wieder stärken.
- allen Beteiligten in der Sportförderung mehr Planungssicherheit geben.
- den Behindertensport gezielt unterstützen. Dazu gehören barrierefreie Anlagen, qualifizierte Betreuung und inklusive Wettkämpfe.

- den Behindertensport durch große Sportveranstaltungen sichtbarer machen.

Guter Brand- und Katastrophenschutz schützt Menschen

Brände und Katastrophen können unser Leben, unsere Gesundheit, unsere Freiheit und unser Eigentum bedrohen.

Vorsorge ist deshalb eine gemeinsame Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Staat. Dafür brauchen wir starke Feuerwehren, Rettungsdienste und andere Hilfsorganisationen sowie gute Ausrüstung.

Menschen im Zivil-, Brand- und Katastrophenschutz verdienen unsere volle Anerkennung.

Sie stellen ihre Zeit, ihre eigenen Bedürfnisse und teilweise ihre eigene Sicherheit zurück, um andere zu schützen. Deshalb müssen sie bestmöglich unterstützt, ausgerüstet und miteinander vernetzt werden.

Wir stellen uns klar gegen Angriffe und Feindseligkeit gegenüber Menschen, die andere retten und schützen.

Besonders bei ehrenamtlichen Organisationen muss Anerkennung praktisch sichtbar sein: durch gute Ausrüstung, Ausbildung, Entlastung und verlässliche Finanzierung.

Für schnelle Hilfe wollen wir eine einheitliche Ersthelfer-App für das ganze Land. Qualifizierte Ersthelferinnen und Ersthelfer in der Nähe eines Notfalls können darüber sofort alarmiert werden.

Feuerwehren müssen heute oft lange für notwendige Ausrüstung kämpfen. Diese Kraft brauchen sie eigentlich für ihre Einsätze.

Deshalb wollen wir Anträge und Beschaffung vereinfachen und dafür sorgen, dass Ausrüstung auf einem modernen Stand bleibt.

Die Ausstattung von Feuerwehr, Rettungsdiensten und anderen Hilfsorganisationen darf nicht davon abhängen, wie viel Geld eine Kommune, das Land oder der Bund gerade zur Verfügung hat. Schlechte Ausrüstung, fehlende Zusammenarbeit oder Verzögerungen können später sehr viel höhere Schäden verursachen.

Wir von der FDP wollen:

- Rettungswachen modernisieren und Rettungswagen sowie Hubschrauber nach dem tatsächlichen Bedarf im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern verteilen.
- Freiwillige Feuerwehren besonders auf dem Land stärken und modernisieren. Auch ihre Nachwuchsarbeit soll gezielt unterstützt werden.
- Einsatzkräfte mit moderner Technik ausstatten. Dazu gehören digitale Alarmierung, digital abgestimmte Einsatzpläne und GPS-Unterstützung.

- die einheitliche Ersthelfer-App für das ganze Land zuverlässig betreiben, weiterentwickeln und in die Arbeit der Leitstellen einbinden.
- im ganzen Land verschiedene Warnsysteme einsetzen: Sirenen, Warn-Apps, Cell Broadcast und die Überwachung von Wasserständen. Cell Broadcast kann Warnmeldungen direkt an Mobiltelefone in einer bestimmten Region senden. So sollen Menschen bei Starkregen, Stromausfällen und anderen Krisen schnell gewarnt werden.
- wichtige Einrichtungen wie Rettungswachen, Leitstellen und Einrichtungen des Katastrophenschutzes mit Notstrom versorgen.
- transparenter machen, wie Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer verwendet werden. Das Geld soll vor allem für Ausrüstung, Ausbildung und Infrastruktur der Feuerwehren verwendet werden.
- einheitliche Regeln im ganzen Land für Freistellung, weitere Lohnzahlung und Entschädigung schaffen. Sie sollen für anerkannte Hilfsorganisationen, Feuerwehren und THW gelten, auch wenn offiziell noch keine Katastrophenlage festgestellt wurde.
- ermöglichen, dass Schulen Kurse oder sogar Teile einer Grundausbildung von Feuerwehr, THW, DRK und ähnlichen Organisationen anbieten können. Das kann in Projekten, Wahlfächern, Wahlpflichtfächern oder Arbeitsgemeinschaften geschehen.
- regelmäßig große Katastrophenschutzübungen im ganzen Land durchführen und die Zusammenarbeit aller Beteiligten verbessern.



Du willst was reißen?
Wir auch.

Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern

FDP

Rechtsstaatlichkeit

Innen und Recht

Der Rechtsstaat ist die Grundlage unserer freiheitlichen Ordnung.

Er schützt die Freiheit jedes Menschen. Er schützt vor willkürlichen Entscheidungen des Staates, weil auch der Staat an Recht und Gesetz gebunden ist. Jeder Mensch kann außerdem Gerichte anrufen.

Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass Recht schnell durchgesetzt wird, Straftaten verfolgt werden und staatliche Einrichtungen handlungsfähig sind.

Sicherheit entsteht für uns nicht durch immer neue Vorschriften. Wir brauchen klare Regeln, eine sichtbare Polizei, leistungsfähige Sicherheitsbehörden und eine funktionierende Justiz.

Wenn Regeln schwer verständlich sind, nicht durchgesetzt werden, Verfahren sehr lange dauern, Straftaten ungeklärt bleiben oder Behörden überlastet sind, sinkt das Vertrauen in den Rechtsstaat.

Dieses Vertrauen wollen wir stärken. Dafür brauchen wir klare Gesetze, klare Prioritäten, verständliche Entscheidungen und funktionierende Strukturen.

Sicherheit und Ordnung

Wir von der FDP wollen eine leistungsfähige Polizei, die im ganzen Land für die Bürger sichtbar und erreichbar ist.

Polizei auf der Straße und eine hohe Zahl aufgeklärter Straftaten sind uns wichtiger als eine große Verwaltung.

Zurzeit steht nur etwa ein Drittel der Polizeistellen tatsächlich für den Dienst auf der Straße zur Verfügung. Das ist zu wenig. Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf.

Die Landesregierung hat unserer Meinung nach nicht früh genug auf die große Zahl bevorstehender Pensionierungen reagiert.

Neue Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte müssen zuerst ausgebildet werden. Die Ausbildungsstätte in Güstrow arbeitet aber schon heute an ihren personellen und organisatorischen Grenzen.

Deshalb setzen wir auf zwei Maßnahmen: mehr Plätze in der Ausbildung und weniger Aufgaben für die Polizei, die keine eigentlichen Polizeiaufgaben sind.

Polizistinnen und Polizisten sollen wieder stärker das tun können, wofür sie ausgebildet sind: Bürger schützen und Straftaten verfolgen.

Dafür wollen wir Dokumentationspflichten und Verwaltungsarbeit deutlich verringern. Reine Verwaltungsaufgaben, Transportdienste und regelmäßige Schreibarbeiten sollen nicht dauerhaft von Polizeivollzugsbeamten erledigt werden.

Für solche Aufgaben wollen wir gezielt Verwaltungsangestellte einsetzen. Jede Stunde im Streifendienst zählt.

Eine immer größere Sammlung von Daten durch den Staat lehnen wir ab. Große Datenmengen allein schaffen keine Sicherheit.

Entscheidend sind gut ausgebildete, modern ausgestattete und motivierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte.

Dafür brauchen sie gute Arbeitsbedingungen und eine Bezahlung, die ihrer Aufgabe und Belastung entspricht. Der hohe Krankenstand zeigt für uns, dass Verbesserungen notwendig sind.

Lange Wartezeiten bei Beförderungen wollen wir vermeiden. Leistung muss sich lohnen.

Gerade bei Polizei und Sicherheitsbehörden ist Offenheit besonders wichtig, weil der Staat dort weitreichende Rechte zum Eingreifen hat.

Wir von der FDP wollen Straftaten ehrlich erfassen. Dazu gehören auch Angaben zur Herkunft der Täter oder die Zuordnung zu extremistischen politischen Richtungen. Probleme zu verschweigen, schwächt unserer Meinung nach das Vertrauen in den Rechtsstaat.

Der Fall des früheren Innenministers Caffier und die bis heute nicht vollständig aufgeklärten Aktivitäten der extremistischen Gruppe „Nordkreuz“ haben Vertrauen beschädigt. An „Nordkreuz“ waren auch frühere oder aktive Angehörige von Sicherheitsbehörden beteiligt.

Solche Fälle dürfen sich nicht wiederholen.

Gleichzeitig leistet die sehr große Mehrheit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten täglich gute Arbeit und verdient Respekt und Unterstützung. Fehler einzelner Personen dürfen nicht das Bild der gesamten Polizei bestimmen.

Extremistische Aktivitäten in Polizei, Landeskriminalamt und Verfassungsschutz müssen vollständig aufgeklärt werden.

Beschäftigte müssen sich bei Problemen vertraulich an eine unabhängige Stelle wenden können. Offenheit, klare Regeln und ein korrektes Verhalten staatlicher Stellen sind für einen starken Rechtsstaat notwendig.

Wir von der FDP wollen:

- die Zahl und Verteilung der Stellen bei der Landespolizei an den tatsächlichen Aufgaben und Bedarf anpassen. Wieder mehr Polizeibeamte sollen direkt im Einsatz arbeiten. Sicherheit entsteht durch Präsenz.
- eine verlässliche Polizei auch auf dem Land sichern. Menschen in Vorpommern oder der Mecklenburgischen Seenplatte haben denselben Anspruch auf schnelle Hilfe wie Menschen in Städten.
- eine Ausbildung und Weiterbildung auf hohem Niveau sicherstellen. Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow soll mehr Personal und ausreichende Finanzierung erhalten.
- eine flächendeckende Videoüberwachung und automatische Gesichtserkennung klar ablehnen. Freiheit darf nicht durch dauernde Beobachtung ersetzt werden.
- die Polizei von zu viel Bürokratie entlasten. Dokumentation und interne Verwaltungsarbeit sollen deutlich reduziert und stärker von Verwaltungsangestellten erledigt werden.
- moderne und vollständig digitale Arbeitsabläufe schaffen. Streifenwagen und mobile Geräte sollen ermöglichen, Daten direkt vor Ort einzugeben. Doppelte Eingaben und unnötiges Papier sollen entfallen.
- Ressourcen gemeinsam und effizient nutzen. Polizeihubschrauber sollen zum Beispiel stärker gemeinsam mit der Bundespolizei und anderen Landespolizeien genutzt werden. Bußgeldstellen sollen zusammengelegt werden.
- Verbindungen von Beschäftigten der Sicherheitsbehörden zu extremistischen Netzwerken konsequent aufklären und möglichst schon im Vorfeld verhindern.
- eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte bei Einsätzen einführen. Dabei sollen keine persönlichen Namen sichtbar sein, sondern Nummern oder andere Kennzeichen. Polizeiliches Handeln wird dadurch nachvollziehbar, ohne die persönliche Sicherheit der Beamten zu gefährden.
- die Rolle des Polizeibeauftragten stärken. Er soll eine unabhängige Anlaufstelle für Beschwerden von Bürgern und für interne Konflikte von Polizeibeschäftigten sein.
- eine Sonderkommission zur Aufklärung von Angriffen auf Sicherheitskräfte schaffen. Solche Angriffe sollen konsequent verfolgt werden. Wer Polizeibeamte angreift, greift für uns auch den Rechtsstaat an.
- Femizide entschlossen bekämpfen. Ein Femizid ist die Tötung einer Frau wegen ihres Geschlechts oder im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt. Gefahren sollen früher erkannt, Behörden besser abgestimmt und Opfer wirksamer geschützt werden. Bis es eine bundesweite Regelung gibt, wollen wir das Sicherheits- und Ordnungsgesetz so ändern, dass bei häuslicher Gewalt auch eine elektronische Fußfessel angeordnet werden kann.
- die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden anderer Bundesländer, des Bundes und unserer Nachbarstaaten verbessern.

- über eine Initiative im Bundesrat eine „Föderalismuskommission III“ anstoßen. Sie soll die Aufgaben und Aufgaben der Sicherheitsbehörden klarer ordnen. Bei Gefahren sollen Behörden dadurch schneller handeln können.
- Massenüberwachung ohne konkreten Verdacht ablehnen. Wir wollen keine Speicherung von Kommunikationsdaten ohne Anlass und keine flächendeckende Erfassung aller Fahrzeug-Kennzeichen. Stattdessen setzen wir auf das Quick-Freeze-Verfahren. Dabei werden Daten erst dann gesichert, wenn ein konkreter Verdacht besteht.
- uns für eine einheitliche Lösung zur Abwehr von Drohnen in ganz Deutschland einsetzen. Sicherheitsbehörden sollen technisch und rechtlich in der Lage sein, wichtige Infrastruktur, Großveranstaltungen und Sicherheitsbereiche zu schützen.
- die Einsatzfähigkeit der Bereitschaftspolizei langfristig sichern und sie durch einen zusätzlichen Standort in Anklam stärken.

Cyberkriminalität bekämpfen – ohne Staatstrojaner

Unser Leben wird immer digitaler. Wir arbeiten im Internet, speichern Daten in der Cloud und steuern sogar Energie- und Wasserversorgung mit digitalen Systemen.

Das schafft viele Chancen. Es schafft aber auch neue Gefahren.

Wenn Hacker Krankenhäuser lahmlegen, Unternehmen erpressen oder Behörden angreifen, geht es um mehr als Computertechnik. Es geht um Freiheit, Vertrauen in den Staat und Sicherheit.

Für uns von der FDP gehört Cybersicherheit deshalb zur öffentlichen Sicherheit. Ein moderner Staat kann ohne sichere IT nicht funktionieren.

Der Staat darf aber nicht selbst neue Risiken schaffen. Wenn Behörden Sicherheitslücken kennen, sollen sie diese schließen. Sie sollen die Lücken nicht geheim halten, um sie später für Überwachung zu nutzen.

Hier ziehen wir eine klare Grenze.

Ein sogenannter Staatstrojaner erlaubt Behörden, heimlich in Computer oder Smartphones einzudringen und Kommunikation mitzulesen.

Dafür werden Sicherheitslücken teilweise bewusst nicht geschlossen oder genutzt. Das macht die IT aller Menschen und Unternehmen unsicherer.

Wir setzen deshalb auf gezielte Strafverfolgung und sehr gut ausgebildete Fachleute statt auf Massenüberwachung.

Wir von der FDP wollen:

- Personal und Technik der Behörden für Cybersicherheit gezielt stärken.
- Spionage durch Staaten oder Unternehmen entschlossen bekämpfen und Bürger, Unternehmen und Behörden schützen.
- digitale Selbstständigkeit und Cybersicherheit als Teil der staatlichen Grundversorgung anerkennen. Für uns ist Cybersicherheit öffentliche Sicherheit.
- Aufgaben im Bereich Cybersicherheit klar regeln. Bei einem Angriff darf keine Zeit durch Streit über Aufgaben verloren gehen.
- die IT-Systeme des Landes und der Kommunen umfassend auf ihre Sicherheit prüfen und solche Prüfungen unterstützen.

- besonders wichtige Einrichtungen wie Krankenhäuser, Energieversorger, Wasserwerke und kommunale Verwaltungen schützen. In Kommunen sollen außerdem mehr regelmäßige IT-Notfallübungen stattfinden.
- bis 2031 Quanten-Kryptographie und Post-Quanten-Kryptographie, kurz PQC, in besonders sensiblen Bereichen der Landesverwaltung einführen. Dabei handelt es sich um neue Formen der Verschlüsselung, die Daten auch gegenüber zukünftigen leistungsfähigen Quantencomputern schützen sollen.
- Hochschulen bei der Forschung an modernen Verfahren zur Verschlüsselung stärker fördern.
- nationale und internationale Zusammenarbeit bei der Cybersicherheit stärken.
- „Ethical Hacking“ einführen und fördern. Dabei suchen Fachleute mit guten Absichten gezielt nach Sicherheitslücken und melden sie. Wer Sicherheitsprobleme in der IT von Land und Kommunen verantwortungsvoll entdeckt und meldet, soll unterstützt und belohnt statt bestraft werden.
- klare Sicherheitsstandards für die IT des Landes und der Kommunen festlegen.
- kleine und mittlere Unternehmen mit Beratung und Informationen dabei unterstützen, ihre IT sicherer zu machen.

Unabhängige Justiz stärken

Ein Rechtsstaat kann nur funktionieren, wenn Recht schnell und konsequent durchgesetzt wird.

In unserer Gewaltenteilung hat die Justiz eine besondere Aufgabe. Gewaltenteilung bedeutet, dass Parlament, Regierung und Gerichte getrennte Aufgaben haben und sich gegenseitig kontrollieren.

Gesetze des Landtags und Entscheidungen der Verwaltung müssen vor Gerichten geprüft werden können.

Gerichtsverfahren in Mecklenburg-Vorpommern dauern häufig zu lange. Viele Staatsanwaltschaften und Gerichte sind schon heute stark belastet.

In den nächsten Jahren wird die Lage schwieriger. Rund zwei Drittel der Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte werden in den Ruhestand gehen.

Neues Personal muss zuerst gefunden, ausgebildet und eingearbeitet werden. Ohne frühes Handeln drohen schlechtere Qualität und noch längere Verfahren.

Deshalb wollen wir den Justizdienst entsprechend dem tatsächlichen Bedarf personell stärken.

Auch die Arbeitsbedingungen müssen besser werden. Mecklenburg-Vorpommern ist ein großes Flächenland. Lange Wege, Versetzungen und unsichere berufliche Perspektiven machen die Justiz für junge Juristinnen und Juristen weniger attraktiv.

Probezeiten sollen nur so lang sein wie nötig. Frühere Berufserfahrung soll anerkannt werden. Wünsche zum Arbeitsort sollen stärker berücksichtigt werden.

Versetzungen sollen grundsätzlich freiwillig sein. Wenn das nicht möglich ist, müssen familiäre Situationen berücksichtigt werden.

Wir wollen außerdem eine konkurrenzfähige Bezahlung und moderne Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten der Justiz.

Ein starker Rechtsstaat braucht eine unabhängige Justiz.

Wir lehnen politische Einflussnahme auf Staatsanwaltschaften klar ab. Der Europäische Gerichtshof hat festgestellt, dass deutsche Staatsanwaltschaften wegen möglicher Weisungen durch die Regierung keine Europäischen Haftbefehle ausstellen dürfen.

Wir wollen daraus Konsequenzen ziehen und Staatsanwaltschaften so unabhängig machen wie Richterinnen und Richter.

Auch Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen für Menschen im ganzen Flächenland erreichbar bleiben.

Gleichzeitig wollen wir die Justiz effizienter machen. Digitale Akten, moderne IT und vollständig digitale Verfahren können Beschäftigte entlasten und Verfahren schneller machen.

Im Strafvollzug brauchen wir genug Haftplätze und genug Personal.

Resozialisierung bedeutet, Gefangene auf ein straffreies Leben nach der Haft vorzubereiten. Das gelingt nur, wenn Gefangene nicht nur eingeschlossen, sondern sinnvoll betreut werden.

Auch die Beschäftigten im Strafvollzug arbeiten unter schwierigen Bedingungen. Sie brauchen bessere Ausstattung und mehr Personal.

Wir von der FDP wollen:

- die Zahl von Richterinnen, Richtern, Staatsanwältinnen, Staatsanwälten und anderen Beschäftigten der Justizbehörden sofort entsprechend dem tatsächlichen Bedarf erhöhen.
- mehr Personal für Staatsanwaltschaften, Gerichte und Strafvollzug vorsehen.
- eine sehr gute Aus- und Weiterbildung für Richter, Staatsanwälte und andere Beschäftigte der Justiz sicherstellen. Wir wollen außerdem eine angemessene und leistungsbezogene Bezahlung sowie gute Möglichkeiten für Beförderung und beruflichen Aufstieg.
- die Digitalisierung der Justiz konsequent vorantreiben. Verfahren sollen schneller werden. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte sollen Daten digital austauschen können, ohne ständig zwischen Papier und digitalen Systemen wechseln zu müssen.
- Forschung und Tests mit neuer Technik fördern, besonders mit Künstlicher Intelligenz. Sie soll Abläufe effizienter machen, ohne die Unabhängigkeit von Richterinnen und Richtern einzuschränken. Außerdem wollen wir überall eine elektronische Ermittlungsakte einführen, die mit den digitalen Akten der Polizei verbunden werden kann.
- den Beruf der Justizwachtmeister modernisieren und an neue Aufgaben anpassen.
- den Justizvollzug personell stärken und mehr Geld für Ausrüstung und Kleidung bereitstellen. Diese Mittel sollen regelmäßig angepasst werden.
- uns für vollständig unabhängige Staatsanwaltschaften einsetzen. Strafverfolgung muss frei von politischer Einflussnahme sein.
- die Gerichte vollständig digitalisieren.
- die Arbeitsbedingungen für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte verbessern. Dazu gehört eine konkurrenzfähige Bezahlung.

Ausbildung von Juristinnen und Juristen stärken

Ein Rechtsstaat braucht gut ausgebildete Juristinnen und Juristen.

Mecklenburg-Vorpommern steht dabei vor einem großen Problem. In den kommenden zehn Jahren gehen rund zwei Drittel der Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in den Ruhestand.

Nach der deutschen Wiedervereinigung wurden viele Stellen zur gleichen Zeit neu besetzt. Der spätere Generationenwechsel wurde nicht ausreichend vorbereitet. Deshalb sind heute sehr viele Beschäftigte in einem ähnlichen Alter.

Gerichten und Staatsanwaltschaften droht dadurch Personalmangel. Verfahren könnten länger dauern und die übrigen Beschäftigten stärker belastet werden.

Um die Abgänge auszugleichen, müssen in den kommenden Jahren rund 300 Proberichter eingestellt werden.

Schon heute gibt es aber zu wenige geeignete Bewerberinnen und Bewerber.

Ein Grund dafür liegt für uns bei der Ausbildung. Ein Studium der Rechtswissenschaften mit Erstem Juristischen Staatsexamen gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nur noch an der Universität Greifswald.

Seit der faktischen Schließung der juristischen Fakultät in Rostock ist die Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich gesunken. Dadurch fehlen auch junge Menschen für den juristischen Vorbereitungsdienst.

Wir wollen die Ausbildung von Juristinnen und Juristen in Mecklenburg-Vorpommern wieder attraktiver und leistungsfähiger machen. So stärken wir langfristig die Justiz.

Wir von der FDP wollen:

- die Ausbildung von Juristinnen und Juristen in Mecklenburg-Vorpommern attraktiver machen.
- die juristische Ausbildung umfassend modernisieren.
- digitale Prüfungen und moderne Arbeitsmittel in der Ausbildung einführen und ausbauen.
- die Zahl der Ausbildungsplätze flexibel nach dem tatsächlichen Bedarf erhöhen, damit geeignete Bewerberinnen und Bewerber einen Platz bekommen können.
- die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Universitäten stärken. Junge Talente sollen früh für den öffentlichen Dienst gewonnen werden.
- den Studiengang Rechtswissenschaften mit Staatsexamen an der Universität Rostock wieder eröffnen. Damit wollen wir den Justizstandort stärken und verhindern, dass junge Talente das Land verlassen.

Datenschutz und das Recht auf die eigenen Daten

Datenschutz ist in einer digitalen Gesellschaft ein wichtiger Teil eines liberalen Rechtsstaats.

Er schützt ein Grundrecht: Jeder Mensch soll selbst mitentscheiden können, wer seine persönlichen Daten erhält und wie sie genutzt werden.

Wir sehen aber auch ein anderes Problem. Datenschutz wird unserer Meinung nach immer wieder als Begründung genutzt, um digitale Angebote der Verwaltung, den Austausch von Daten zwischen Behörden oder moderne Technik wie Künstliche Intelligenz zu verhindern.

Das bremst Fortschritt und belastet Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Vereine.

Es entstehen viele Einwilligungserklärungen und Datenschutzhinweise, die kaum jemand versteht. Daten, die der Staat bereits besitzt, werden trotzdem noch einmal abgefragt. Das kostet Zeit und Geld.

Für uns ist Datenschutz Grundrechtsschutz. Er darf aber nicht zum Hindernis für neue Ideen und Technik werden.

Wir wollen einen klaren und praktischen Datenschutz.

Gleichzeitig sehen wir mit Sorge, dass im Namen der Terrorismusbekämpfung immer neue Möglichkeiten zur Überwachung beschlossen wurden.

Solche Gesetze müssen regelmäßig geprüft werden: Helfen sie wirklich? Sind sie notwendig und angemessen? Lassen sie sich sinnvoll anwenden?

Sicherheit darf Freiheit nicht langsam verdrängen.

Die jüngste Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes sehen wir kritisch. Viele Regeln halten wir für rechtlich fragwürdig oder in der Praxis nicht sinnvoll.

Wir von der FDP wollen:

- Datenschutz praktisch gestalten und ihn neben anderen wichtigen Schutzinteressen berücksichtigen. Datenschutz soll nicht automatisch immer Vorrang haben.
- klare Gesetze für die Verarbeitung und den Austausch persönlicher Daten zwischen Behörden schaffen. Daten, die schon vorhanden sind, sollen nicht immer wieder neu erhoben werden.
- Bürgerinnen und Bürger auf zentralen digitalen Verwaltungsplattformen sehen lassen, wenn Behörden ihre Daten abrufen.
- jede unnötige Erhebung, Speicherung und Verarbeitung persönlicher Daten ablehnen.

- uns auf Bundesebene für einheitliche Regeln bei der Auslegung des Datenschutzes einsetzen. Die Datenschutzbeauftragten der Länder sollen an übergeordnete Entscheidungen der Datenschutzkonferenz gebunden sein. Wir wollen außerdem offen prüfen, ob bestimmte Aufgaben stärker beim Bundesdatenschutzbeauftragten gebündelt werden können.
- alle Gesetze zu Sicherheit und Überwachung regelmäßig darauf prüfen, ob sie wirksam und notwendig sind.
- die Überwachung von Telefon und anderer Telekommunikation streng auf das notwendige Maß begrenzen.
- eine automatische Erfassung von Fahrzeug-Kennzeichen ohne konkreten Anlass ablehnen.
- konsequent das Prinzip der Datensparsamkeit umsetzen. Dazu gehört das Once-Only-Prinzip. Das bedeutet: Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen dieselben Daten nur einmal beim Staat angeben müssen.

Mehr Informationsfreiheit für demokratische Kontrolle

Informationsfreiheit ist wichtig für die Kontrolle einer Demokratie.

Bürgerinnen und Bürger müssen verstehen können, wie Behörden zu ihren Entscheidungen kommen.

Wer selbst von einer Entscheidung betroffen ist, soll grundsätzlich die passenden Unterlagen einsehen können. Ausnahmen soll es nur in wenigen Fällen geben, wenn wichtige Rechte anderer Menschen geschützt werden müssen.

Wir wollen außerdem mehr Offenheit bei öffentlichen Aufträgen und Verträgen zwischen Staat und Unternehmen.

Der Staat arbeitet mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist Offenheit für uns kein Risiko, sondern eine Stärke.

Wer Vertrauen in politische Entscheidungen will, muss Einblicke ermöglichen. Das soll einfach, digital und nachvollziehbar sein.

Wir von der FDP wollen:

- das Informationsfreiheitsgesetz von Mecklenburg-Vorpommern zu einem echten Transparenzgesetz weiterentwickeln und alle Verfahren vollständig digitalisieren.
- Open Data für alle Landesbehörden verpflichtend machen, wenn keine wichtigen Rechte anderer Menschen betroffen sind. Open Data bedeutet, dass staatliche Daten öffentlich und digital verfügbar sind. Ob Schutzrechte eine Veröffentlichung verhindern, soll nicht allein die Regierung entscheiden.
- bei Verträgen des Landes mit anderen Partnern mehr Offenheit schaffen. Die Verwendung von öffentlichem Geld soll demokratisch kontrolliert werden können.

Migration: Aufgaben und Chancen

Migration ist Realität und bietet Chancen. Sie stellt unser Land aber auch vor große Herausforderungen.

Wenn Regeln unklar sind oder Verfahren zu lange dauern, entstehen Frust und Unsicherheit.

Wir von der FDP wollen eine Politik, die Menschlichkeit und Ordnung miteinander verbindet.

Unser Rechtsstaat gibt den Rahmen vor. Er garantiert Gleichberechtigung, schützt Minderheiten und die sexuelle Identität und sichert Religionsfreiheit.

Diese Werte gelten für alle Menschen, die hier leben.

Menschen, die zu uns kommen, können und sollen unsere Gesellschaft bereichern. Unsere Regeln sind aber nicht verhandelbar. Für uns endet Toleranz dort, wo Intoleranz beginnt.

Deutschland braucht klare Regeln für Einwanderung.

Deshalb setzen wir uns für ein modernes Einwanderungsgesetz ein. Ein wichtiger Maßstab soll sein, ob jemand seinen Lebensunterhalt selbst finanzieren kann.

Auch Kriegsflüchtlinge sollen einen Antrag stellen können, auf dieser Grundlage dauerhaft in Deutschland zu bleiben, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen.

Bereits eingewanderte Menschen sollen dabei aber keinen besonderen Vorteil bekommen. Sonst entstehen unserer Meinung nach falsche Anreize, das Asylsystem für Einwanderung zu nutzen.

Humanitärer Schutz bleibt für uns selbstverständlich.

Politisch oder persönlich verfolgte Menschen brauchen Asyl. Menschen, die vor Krieg fliehen, brauchen subsidiären Schutz. Subsidiärer Schutz bedeutet einen zeitlich begrenzten Schutz, wenn im Herkunftsland ernsthafte Gefahr besteht.

Die Verwaltungsverfahren müssen dafür schneller werden. Asylanträge sollen schneller geprüft und entschieden werden.

Menschen ohne Aussicht auf ein Bleiberecht sollen nicht erst auf Kommunen im ganzen Land verteilt werden, wenn sie ohnehin wieder ausreisen müssen.

Wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, sollen Abschiebungen konsequent umgesetzt werden. Bereits beschlossene Abschiebungen dürfen nicht an Problemen bei der Durchführung scheitern.

Menschen mit einer Bleibeperspektive brauchen gute Angebote für Integration vor Ort. Dazu gehören Sprach- und Integrationskurse. Eine gemeinsame Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben.

Sozialleistungen sollen nur gezahlt werden, wenn die Identität einer Person geklärt ist. Behörden sollen Menschen dabei unterstützen, die dafür notwendigen Dokumente zu beschaffen.

Junge Geflüchtete bis 27 Jahre wollen wir gezielt in Ausbildung bringen.

Wer eine erste Berufsausbildung beginnt, soll während der Ausbildung und zwei Jahre danach Planungssicherheit haben. Damit wollen wir Geflüchteten eine Perspektive bieten und Fachkräfte für Mecklenburg-Vorpommern gewinnen.

Staatliche Leistungen sollen bei Menschen ankommen, die sie wirklich brauchen.

Deshalb wollen wir das einheitliche Bezahlkartensystem im ganzen Land konsequent umsetzen und beibehalten. Eine Bezahlkarte ermöglicht bestimmte staatliche Leistungen über eine Karte statt über normale Barauszahlungen. Sie soll unserer Meinung nach mehr Offenheit schaffen und Missbrauch verhindern.

Regeln dürfen außerdem nicht nur auf dem Papier stehen. Sie müssen umgesetzt werden.

Einen deutschen Alleingang in der Migrationspolitik lehnen wir ab. Wir wollen eine europäische Lösung für die Flüchtlingskrise und die Herausforderungen der Migration.

Wir von der FDP wollen:

- die Regeln des Rechtsstaats wirksam und konsequent für alle Menschen gleichermaßen umsetzen.
- über Initiativen im Bundesrat für ein modernes und effizientes Einwanderungsgesetz eintreten und dafür sorgen, dass es praktisch umgesetzt wird.
- Asylverfahren beschleunigen.
- Abschiebungen konsequent durchführen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Dafür soll es ausreichend Plätze in der Abschiebungshaft geben. Menschen ohne Bleibeperspektive sollen in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben und direkt von dort zurückgeführt werden.
- uns für faire Regeln bei Sozialleistungen einsetzen und Menschen bei der Suche nach Ausbildung und Arbeit unterstützen.
- Integration durch Sprache, Arbeit und gemeinsame Werte fördern. Dazu gehören verbindliche Kurse, ein direkter und schneller Zugang zum Arbeitsmarkt und ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz.
- Ausländerbehörden mit ausreichend Personal ausstatten und besser organisieren, damit Verfahren schneller abgeschlossen werden.
- die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern verstärken. Wir wollen europäische Lösungen für den Schutz der EU-Außengrenzen und stärker angeglichen Verfahren in den verschiedenen Staaten.

Jeder Extremist ist Mist

Extremismus bedroht unsere freiheitliche Demokratie.

Wir von der FDP stellen uns gegen jede Form von Extremismus.

Als Liberale sehen wir uns in der Mitte der Gesellschaft und vertrauen auf eine Demokratie, die sich selbst verteidigen kann.

Wir werden Intoleranz, Links- und Rechtsextremismus, religiösem Fanatismus und anderen Angriffen auf unsere Rechtsordnung entschieden entgegentreten.

Dazu gehört für uns auch der Kampf gegen die sogenannte Reichsbürgerbewegung.

Parallelgesellschaften, die außerhalb unserer Rechtsordnung leben und handeln wollen, lehnen wir klar ab.

Bestehende Programme zur Vorbeugung von Extremismus wollen wir überprüfen und an heutige Herausforderungen anpassen.

Ehrenamtliches Engagement ist für uns ein wichtiger Teil des Kampfes gegen Extremismus. Deshalb wollen wir das Ehrenamt stärker fördern und in staatliche Programme einbinden.

Unterstützung für die Opfer der DDR-Diktatur

Viele Behörden und Archive in Mecklenburg-Vorpommern bewahren noch Unterlagen aus der DDR-Zeit auf.

Dazu gehören zum Beispiel Krankenakten, Geburtsanzeigen, Akten der Jugendhilfe und Unterlagen aus Jugendwerkhöfen.

Die bisherige Aufbewahrung ist unübersichtlich. Es besteht die Gefahr, dass Akten vernichtet werden.

Wir von der FDP fordern deshalb eine bessere Zusammenarbeit der zuständigen Stellen.

Betroffene sollen ihre Dokumente bekommen können. Sie sollen einen gesetzlichen Anspruch darauf haben, die Unterlagen kostenlos und ohne unnötige Verzögerung zu erhalten.

Die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Bundesländern soll außerdem die Forschung und weitere Aufklärung erleichtern.

Wir von der FDP wollen:

- die Rolle des Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Mecklenburg-Vorpommern stärken und ihn ausreichend für seine Aufgaben ausstatten.
- Akten länger aufbewahren. Betroffene sollen bei einer Beratungsstelle Rat und Informationen erhalten. Wenn für die Durchsetzung von Ansprüchen wegen erlittenen DDR-Unrechts ein Anwalt notwendig ist, soll das Land die Kosten übernehmen.

- alle Akten erfassen, die Informationen über Betroffene von DDR-Unrecht enthalten könnten. Es soll klar sein, welche Unterlagen aus welchen Jahren in welchem Archiv liegen.
- Urteile, Beschlüsse und andere Entscheidungen, die Betroffene von DDR-Unrecht erreichen, in einer öffentlichen Datenbank verfügbar machen.

Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und Europa

Wir leben in einer vernetzten und digitalen Welt.

Globalisierung und technischer Fortschritt bringen Menschen näher zusammen. Informationen, Waren und Menschen können sich heute schneller bewegen als jemals zuvor.

Mecklenburg-Vorpommern liegt mitten in Europa. Unser Land verbindet Skandinavien und Osteuropa mit anderen Teilen Deutschlands.

Wir haben enge Beziehungen zu unseren direkten Nachbarn und zum übrigen Europa.

Deshalb brauchen wir eine Politik, die Chancen nutzt und Herausforderungen löst. Gute Beziehungen zu unseren Nachbarn sollen auch in Zukunft erhalten bleiben.

Die europäische Einigung bietet dabei Chancen, bringt aber auch Schwierigkeiten mit sich.

Bürokratie verringern – Politik vereinfachen

Ein Teil der Bürokratie kommt aus Brüssel. Noch mehr zusätzliche Regeln entstehen unserer Meinung nach in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern.

Ein Beispiel ist das Bundesdatenschutzgesetz, das unserer Meinung nach neben der europäischen Datenschutz-Grundverordnung teilweise unnötig ist.

Ein weiteres Beispiel ist das Vergabegesetz von Mecklenburg-Vorpommern. Es schafft zusätzliche Regeln zu europäischen Vorgaben.

Wir von der FDP wollen verhindern, dass Bürokratie weiter wächst.

Neue Regeln sollen nur entstehen, wenn sie einen echten Nutzen bringen.

Dabei gilt für uns: Ein Problem soll möglichst auf der kleinsten Ebene gelöst werden, die dafür geeignet ist.

Europa als Chance für Austausch und Vielfalt

Europa ist für uns mehr als eine Gemeinschaft, die Frieden sichern soll.

Europa bietet auch die Chance, dass Kulturen näher zusammenkommen und Menschen Ideen, Kultur und Forschung miteinander austauschen.

Die Vielfalt Europas ist eine Stärke. Wir wollen sie erhalten und fördern.

Wir setzen auch in Zukunft auf Europa.

Durch die Bologna-Reform können Studierende Teile ihres Studiums in verschiedenen europäischen Ländern absolvieren.

Wir wollen, dass ähnliche Möglichkeiten auch in der beruflichen Ausbildung in allen EU-Ländern stärker genutzt werden können.

Abschlüsse und Zeugnisse sollen gegenseitig leichter anerkannt werden.

Bestehende Zusammenarbeit wollen wir besonders bei Forschung und Wirtschaft im Ostseeraum weiter stärken.

Demokratisches Wahlrecht auch für Europa

Unserer Meinung nach erfüllt das Wahlrecht der Europäischen Union nicht die demokratischen Mindestanforderungen des deutschen Grundgesetzes. Die Wahlgrundsätze aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes werden unserer Meinung nach nicht eingehalten.

Wir setzen uns deshalb für eine Europäische Verfassung ein.

Sie soll ein demokratisches Wahlrecht enthalten. Das Europäische Parlament soll eigene Rechte zur Gesetzgebung haben. Außerdem sollen die Aufgaben der Europäischen Union und der einzelnen Mitgliedstaaten klar voneinander getrennt werden.

Vor allem Außenpolitik und Verteidigung sollen auf europäischer Ebene geregelt werden.

Mit klaren Aufgaben und einer schlanken Regierung kann Europa nach außen mit einer Stimme sprechen und gleichzeitig seine Vielfalt im Inneren erhalten.

Wir von der FDP wollen:

- dafür sorgen, dass europäisches Recht in Mecklenburg-Vorpommern einfach, sinnvoll und mit wenig Bürokratie umgesetzt wird. Das Land soll keine zusätzlichen Regeln schaffen, wenn bereits europäische Standards bestehen.
- den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit europäischen Nachbarstaaten wie Polen und Dänemark weiter stärken. Rechtliche Hindernisse für Zusammenarbeit über Grenzen hinweg sollen abgebaut und bestehende Kooperationen weiterentwickelt werden.
- einen neuen Versuch für eine Europäische Verfassung unterstützen. Unser Ziel ist ein europäischer Staat mit klaren Aufgaben und Regeln, einer direkt von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern gewählten Regierungsspitze und einer gemeinsamen Stimme in der Außenpolitik. Gleichzeitig soll die Vielfalt der Mitgliedstaaten und Regionen erhalten bleiben.

Freiheit der Meinung schützen

Meinungsfreiheit ist ein zentraler Teil unserer freiheitlichen Demokratie.

Menschen müssen ihre Meinung frei sagen können. Das gilt besonders für Meinungen, die umstritten oder unbequem sind.

Offene Diskussionen und unterschiedliche Ansichten gehören für uns zur demokratischen Willensbildung.

Strafgesetze und Regeln der Medienaufsicht dürfen unserer Meinung nach nicht dazu benutzt werden, gesellschaftliche Mehrheitsmeinungen durchzusetzen.

Demokratische Politik muss offene Diskussionen schützen. Das gilt gerade dann, wenn Aussagen unbequem sind.

Eine offene Gesellschaft lebt für uns vom Widerspruch und nicht davon, dass alle dieselbe Meinung haben.

Wir von der FDP wollen:

- alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Meinungsfreiheit als Grundrecht zu schützen und zu erhalten.
- uns dafür einsetzen, § 188 des Strafgesetzbuches vollständig und ohne Ersatz zu streichen.
- uns für eine Änderung des Digitale-Dienste-Gesetzes einsetzen. Betreiber sozialer Netzwerke sollen Inhalte nicht löschen dürfen, wenn diese Inhalte nicht strafbar sind.

Rundfunk und Medien

Heute gibt es durch Streaming-Dienste und Onlineplattformen fast unbegrenzt viele Medienangebote.

Deshalb müssen Größe und Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unserer Meinung nach konsequent an seinen tatsächlichen Auftrag zur Grundversorgung angepasst werden.

Wir von der FDP in Mecklenburg-Vorpommern wollen einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der besonders dort stark ist, wo der Markt allein kein ausreichendes Angebot schafft.

Dazu gehören für uns verlässliche Informationen, politische Bildung, Kultur, regionale Berichterstattung und Angebote zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Gleichzeitig soll sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf seine wichtigsten Aufgaben konzentrieren. Doppelte Strukturen sollen verschwinden. Er soll wirtschaftlich und sparsam arbeiten.

Wir von der FDP wollen:

- den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks neu und genauer festlegen. Der Schwerpunkt soll auf „Public Value“ liegen. Damit sind Angebote mit besonderem Nutzen für die Allgemeinheit gemeint: Information, Bildung, Kultur und regionale Inhalte. Dieser klarere Auftrag soll Grundlage für Änderungen bei Strukturen und Finanzierung sein.
- doppelte Strukturen konsequent abbauen. Das gilt besonders innerhalb der ARD und zwischen ARD, ZDF und Deutschlandradio. Verwaltung, Technik, Produktion und Einkauf sollen stärker gemeinsam organisiert werden, um Kosten zu sparen.
- die Zahl der klassischen Fernsehsender und Kanäle verringern. Neue Spezialprogramme sollen begrenzt werden, wenn dieselben Inhalte günstiger über Mediatheken oder Kooperationen angeboten werden können.
- Mediatheken stärken, statt immer mehr Senderangebote zu schaffen. Eigene und beauftragte Produktionen sollen länger im Internet verfügbar bleiben, wenn die notwendigen Rechte vorhanden sind und die Beteiligten fair bezahlt werden. So sollen öffentlich finanzierte Inhalte leichter zugänglich sein.
- den Rundfunkbeitrag mittel- bis langfristig deutlich senken. Der Finanzbedarf soll sich streng nach dem neu festgelegten Auftrag, kleineren Strukturen und den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit richten.
- alleinlebende Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende sowie Menschen im Freiwilligendienst vom Rundfunkbeitrag befreien. Damit wollen wir besonders junge Menschen und Personen in Ausbildung finanziell entlasten.
- Rundfunkräte und Verwaltungsräte weniger politisch besetzen. Aktive Politikerinnen und Politiker sollen nicht in diesen Aufsichtsgremien sitzen. Stattdessen sollen sie die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite vertreten. Die Auswahl soll transparent und nach Fähigkeiten erfolgen.

- regionale Programme konsequent auf Berichte aus den Ländern und Regionen ausrichten. Der Schwerpunkt der sogenannten „Dritten Programme“ soll auf regionalen Inhalten liegen. Außerhalb der Zeiten mit regionalen Sendungen soll ein gemeinsames Rahmenprogramm möglich sein. So sollen unnötige doppelte Angebote vermieden werden.
- teure Übertragungswege mit wenigen Nutzern kritisch prüfen. Langfristig soll die terrestrische Ausstrahlung von Fernsehen dort beendet werden, wo sie im Verhältnis zum Nutzen zu teuer ist. Terrestrische Ausstrahlung bedeutet die Verbreitung von Fernsehen über Sendemasten und Antennen. Frei werdende Funkfrequenzen sollen für moderne Anwendungen genutzt werden können, zum Beispiel für Breitbanddienste mit Rückkanal oder Sicherheitsaufgaben. Dabei müssen die Interessen der Kulturwirtschaft berücksichtigt werden, zum Beispiel bei Funkmikrofonen.